LANDTAGSSPIEGEL 2024

38. Jahrgang

75 JAHRE GRUNDGESETZ
DEINE FREIHEIT. MEIN RESPEKT.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Inhalt

→ 01 **Editorial**
Landtagspräsidentin Muhterem Aras

→ 02 **„Das, was wir machen, machen wir nicht für uns"**
Ein Gastbeitrag von Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer

→ 06 **Forum der Fraktionen**
Meinungsbeiträge von
GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD

→ 16 **Feierlichkeiten zu 75 Jahre Grundgesetz: Deine Freiheit. Mein Respekt.**
U. a. mit Auszügen der Festrede von
Bundespräsident a. D. Joachim Gauck

→ 21 **Der Landtag und seine Mitglieder**
→ 22 Der Landtag – Aufgaben und Arbeitsweise
→ 23 Das Präsidium
→ 23 Die Ausschüsse
→ 28 Sitzordnung
→ 30 Wahlkreiskarte
→ 31 Die Abgeordneten
→ 39 Die Fraktionen / Berufliche Gliederung
→ 40 Das Kabinett
→ 41 Landtags-ABC

→ 46 **Junges jüdisches Leben in Baden-Württemberg**
Muhterem Aras und Alon Bindes im Austausch

→ 48 **Demokratie fördern, Parlamentarismus stärken**
Das Referat Grundsatz und Konzepte stellt sich vor

→ 50 **Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft"**
22 Sitzungen und 136 Sachverständige

→ 52 **Der steinerne Patient**
Ein Meereskrokodil in Behandlung

→ 54 **„Neugier war mein Job"**
Burghard Hüdig – Bildjournalist der Demokratie

→ 56 **70 Jahre Landesverfassung**
Der Landtag feiert Jubiläum

→ 57 **Junge Stimmen für Europa**
Drei Fragen an Amanda, Leon und Jasmina

→ 58 **Veranstaltungen und Begegnungen**
Ein Kaleidoskop

→ 64 **Nachruf: Erich Schneider**
Ein Parlamentarier mit Leib und Seele

→ 65 **Sitzungsplan und Impressum**
Terminübersicht Juli – Dezember 2024

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

im November 2023 feierte die Landesverfassung ihren 70. Geburtstag, im Mai 2024 wurde unser Grundgesetz 75. Beide Texte bilden den Rahmen und die Grundlage für unser Zusammenleben, ihre Jubiläen waren und sind Anlass zum Innehalten und Feiern zugleich. Der Landtag hat dies in den vergangenen Monaten mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen zum Ausdruck gebracht. Darüber wie über die Bedeutung beider Verfassungen für aktuelle Debatten und künftige Fragen informieren wir mit diesem Landtagsspiegel.

Was das Parlament politisch bewegt hat, berichtet unsere Gastautorin Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer ab Seite 02. Zudem geben die im Landtag vertretenen Fraktionen selbst einen Einblick in ihre Arbeit und ihre Schwerpunkte; und in unserem Serviceteil erfahren Sie weiteres Wissenswertes zu Fraktionen und Gremienarbeit.

Wir schauen zudem auf die Ergebnisse der Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft (S. 50), die nach rund zweijähriger Arbeit ihren Abschlussbericht vorstellt und Handlungsempfehlungen ausspricht. Außerdem sprechen wir mit jungen Jüdinnen und Juden (S. 46 und 62) über ihr Leben und Wirken, aber auch über ihre Sorgen angesichts des immer stärker werdenden Antisemitismus in Deutschland. Der Landtag nimmt ihre Anliegen ernst und steuert den Ursachen vehement entgegen. Diesen und vielen anderen Aufgaben widmet sich in der Landtagsverwaltung ein neues Referat, dessen Arbeit wir mit dieser Ausgabe ausführlicher vorstellen (S. 48). In bewegten Bildern geben wir zudem ein Update zum Gesundheitsstatus des 140 Millionen Jahre alten Krokodils von der Posidonienschieferwand im Foyer des Landtags (S. 52) und wir geben jungen Europäerinnen und Europäern eine Stimme (S. 57). Ein kleiner Überblick über ausgewählte Veranstaltungen und Begegnungen ist ab der Seite 58 zu finden.

Liebe Leserinnen und Leser, unser Festredner zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes, Bundespräsident a. D. Joachim Gauck, hat die verfassungsrechtliche Erfolgsgeschichte Deutschlands als ein „Demokratiewunder" bezeichnet. Und ja, sie grenzt an ein menschengemachtes Wunder. Unsere Demokratie wurde von mittlerweile vier Generationen aufgebaut, in langer Kleinst- und Schwerstarbeit, mit vereinter Kraft in West und Ost. Das müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen und den damit verbundenen Schatz der Freiheit hüten und verteidigen. Vor allem in Zeiten, in denen die Demokratie immer mehr unter Druck von extremen Weltanschauungen steht, innen wie außen.

Als Landtagspräsidentin bin ich viel im Land unterwegs, spüre die Verunsicherung vieler Menschen, aber auch die ungeheure Kraft, die beispielsweise in gemeinsamer Vereinsarbeit oder gelebter Nachbarschaftshilfe steckt. Es macht mir Mut, wie viele Menschen für die Stärkung der Demokratie demonstrieren, sich als Besucherinnen und Besucher für die Arbeit des Landtags interessieren, die Inhalte unserer Social-Media-Kanäle liken und teilen oder ganz allgemein in den konstruktiven Austausch mit ihren Wahlkreisabgeordneten gehen. Mit unseren Angeboten erreichen wir immer mehr junge Menschen, die damit in ihrem politischen Engagement gestärkt werden und gleichzeitig selbst Akzente für Veränderung setzen. Immer wieder müssen wir uns bewusst machen: Die Mehrheit der Menschen in unserem Land schätzt die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie und steht für sie ein. Für die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg ist das eine besondere Verantwortung, der sie auf verschiedenen Ebenen nachkommen. Auch darüber informiert dieser Landtagsspiegel und lädt Sie ein, Politik kennenzulernen und sie mitzugestalten.

Ich wünsche Ihnen mit diesem Landtagsspiegel spannende Einsichten in die parlamentarische Arbeit und freue mich, Sie bei der einen oder anderen Veranstaltung im Landtag von Baden-Württemberg begrüßen zu können!

Muhterem Aras MdL
Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

„Das, was wir machen, machen wir nicht für uns“

EIN GASTBEITRAG VON BRIGITTE JOHANNA HENKEL-WAIDHOFER

Landespolitische Korrespondentin und Vorstandsmitglied der Landespressekonferenz Baden-Württemberg

Der Perspektivwechsel auf Soll und Haben in der Landespolitik lohnt, zumal in unsicheren Zeiten. Auch in Baden-Württemberg läuft längst nicht alles rund, aber wahr ist ebenso, dass 2023 vieles von dem abgearbeitet wurde, was sich die Regierungsfraktionen von Grünen und CDU vorgenommen hatten für die 17. Legislaturperiode. Manches ging regelrecht geräuschlos über die Bühne oder sogar mit Zustimmung der Opposition.

Die Initiative Volksantrag G9-Gesetz um Corinna Fellner und Anja Plesch-Krubner übergab im Oktober 2023 den Volksantrag formell an den Landtag.

Michael Blume, der Beauftragte der Landesregierung für jüdisches Leben und Antisemitismus, spricht im Plenum anlässlich der Beratung seines zweiten Antisemitismusberichts.

Das Klimagesetz ist auf den Weg gebracht, das modernste republikweit, sagen die Grünen. Finanzanlagen des Landes werden stärker an ökologischen, sozialen und ethischen Grundsätzen ausgerichtet, Windkraftgenehmigungen sind beschleunigt, Teile des Baurechts digitalisiert und der Ausbau des Mobilfunknetzes erleichtert worden. Die Vorgaben für Kitas wurden flexibler gestaltet, um mehr Plätze anbieten zu können. An erste Brennpunktschulen kommen mehr Lehrkräfte, die Rückkehr zu G9 nimmt Gestalt an, selbst komplizierte Kompromisse, wie zur Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten bei Großeinsätzen, sind geschlossen. Michael Blume, der international renommierte Beauftragte des Landes für jüdisches Leben und Antisemitismus bekommt nach einigem Hin und Her mehr Geld und Personal, das Land rückt im Bundesranking der Biobetriebe auf Platz drei vor, hinter Bayern und Brandenburg. Und das deutschlandweite 365-Euro-Jahresticket für junge Menschen bis 21, für Schüler und Schülerinnen, für Studierende, Azubis und Freiwilligendienstleistende unter 27 ist ebenfalls eingeführt.

Die Liste ließe sich beträchtlich verlängern. Auch um große Brocken wie die Wasserstoffstrategie oder die Öffnung des passiven Wahlrechts für 16-Jährige, das bei den Kommunal- und Europawahlen im Juni 2024 erstmals zur Anwendung kommt. Schlagzeilen allerdings machen häufig nur jene Langzeitbaustellen, die selbst bei bestem Willen nicht im Handumdrehen zu bewältigen sind, schon allein wegen fehlender Kompetenzen des Landesparlaments. So haben beim Thema Migration in etlichen Plenardebatten alle Fraktionen die zunehmende Überforderung von Kommunen und Ehrenamtlichen beschworen, häufig mit drastischen Formulierungen vom Ende der Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung und vom gefährdeten gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber die beschlossenen weitgehenden neuen EU-Regelungen brauchen mindestens zwei oder drei Jahre, bis vor Ort Konsequenzen spürbar werden.

Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in den Kommunen.

Wie die erfolgreiche Integration Zugewanderter sind die Bildungspolitik, die Energie- oder Mobilitätswende zentrale Komplexe, bei denen sich sehr viel ums liebe Geld und die knappen Kassen dreht. Die SPD-Fraktion hatte dafür nicht benötigte Coronahilfen ins Spiel gebracht. Monatelang bewarb der Fraktions- und Landesvorsitzende Andreas Stoch die Idee einer „Bildungsmilliarde", um zum Beispiel in Kitas und Schulen zu investieren, in unbestritten notwendige IT-Fachleute, in Psychologen, multiprofessionelle Teams oder neue Studienplätze. Am Ende und nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Umgang mit Coronahilfen durfte sich der Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) auf der richtigen Seite sehen, weil das Land anders als andere Länder gerade keine der zu Pandemie-Zeiten bewilligten Notkredite in andere Töpfe verschoben hatte.

Überhaupt die Pandemie. Sie hat die öffentliche und veröffentlichte Meinung lange Zeit bestimmt – bis Corona im Februar 2023 und damit nach knapp drei Jahren im Südwesten offiziell herabgestuft wurde und alle Verordnungen weggefallen sind. Der Landtag hatte über Fraktionsgrenzen hinweg 14,6 Milliarden Euro für die Bewältigung der Folgen bewilligt, für Überbrückungshilfen, Masken, Tests und Testzentren, für Schulen, Gesundheitsämter oder Informationen. Tatsächlich ausgegeben wurden davon gut zehn Milliarden. „Es ging buchstäblich jeden Tag auch darum, die Menschen zu schützen und Leben zu retten", erinnert Sozialminister Manne Lucha (Grüne) an „die riesigen Herausforderungen". Dafür sei das viele Geld „sehr gut angelegt". Aber es fehlt an anderer Stelle, und zwar 23 Jahre lang. Denn bis 2047 ist die Tilgung der aufgenommenen Schulden nach heutigem Stand gestreckt.

Ähnlich weit über die Legislaturperiode hinaus gerichtet ist der Umgang mit Einnahmen und Ausgaben insgesamt. Viele Beratungen im Plenum wie in den Fachausschüssen drehten sich um den Begriff Enkelgerechtigkeit und werden sich weiter darum drehen. Für die einen bezeichnet er eine „solide, nachhaltige und vorausschauende Haushaltspolitik", so Tobias Wald, der langjährige finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, heute Spielbanken-Geschäftsführer, in einer seiner letzten Reden im Plenum. „Schulden sind die Steuern von morgen", heißt es in der FDP-Fraktion. Kein Einnahmen-, sondern allein ein Ausgabenproblem ortet auch die AfD. Eine ganz andere Definition von Enkelgerechtigkeit eint Grüne und SPD, weil Kindern und Enkeln eben nicht eine marode Infrastruktur oder eine eskalierende Klimakrise hinterlassen werden darf, wie Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz mahnt. „Es kann nicht enkeltauglich sein, jetzt nicht in die Transformation der Wirtschaft und in Klimaneutralität zu investieren", warnt sein SPD-Kollege Stoch, genau das Gegenteil sei der Fall.

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" holte sich den Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg an die Seite und führte eine Kinderbeteiligung durch. Damit wollte das Parlament gezielt junge Menschen fragen, wie sie Krisen erleben und was die Politik in Krisensituationen speziell für Kinder und Jugendliche tun kann.

In die Zukunft wird auch die Arbeit jenes parlamentarischen Untersuchungsausschusses tragen, der sich unter anderem mit der Beförderungspraxis bei der Polizei befasst. Zumindest Merkwürdigkeiten bei der Beurteilung von Bewerbern sind bereits zutage getreten, weil, wie FDP-Obfrau Julia Goll bisherige Erkenntnisse zusammenfasst, der Aufstieg eben nicht der Benotung der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten folgt, sondern umgekehrt Karrieren „gezimmert" würden. So hatte nach mehreren übereinstimmenden Zeugenaussagen Innenminister Thomas Strobl (CDU) den inzwischen wegen des Verdachts sexueller Übergriffe vom Dienst suspendierten früheren Inspekteur der Polizei mit gehörigem Nachdruck zu seinem Lieblingskandidaten für diesen Spitzenjob erklärt. Andere Bewerber wurden mit genau dieser Botschaft zum Rückzug aufgefordert.

Das zweite aufwendige Gremium hat sich vorgenommen, noch intensiver in die Zukunft zu wirken: die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft". Insgesamt sind in 22 Sitzungen fast 140 Fachleute und Sachverständige angehört sowie 75 Stellungnahmen von Verbänden und anderen Organisationen verarbeitet worden. Eine zufällige Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern hat Empfehlungen beigesteuert. Während der Bund noch auf der Suche nach Wegen zur richtigen Aufarbeitung der Pandemie und ihrer Folgen ist, liefert Baden-Württembergs Landtag bereits. Interessierte können alle Beratungen nachverfolgen, weil Protokolle und Sitzungsvideos im Internet zugänglich sind. Wenn es nach dem Vorsitzenden Alexander Salomon (Grüne) geht, wird diese Tätigkeit mit Übergabe des Abschlussberichts keineswegs zu Ende sein, sondern sie soll vielerorts erst richtig losgehen, um die nötigen Lehren aus der Pandemie zu ziehen und Baden-Württemberg auf künftige Krisen vorzubereiten. Denn: „Das, was wir machen, machen wir nicht für uns, sondern für die Bürgerinnen und Bürger."

Der Satz könnte gemünzt sein auf noch einen ganz anderen Großkomplex, die weiter wuchernde Bürokratie. Seit Jahrzehnten ist keine Landesregierung und ist kein Parlament, sind keine Fachleute und keine Beauftragten ihrer Herr geworden. Inzwischen ist sie allgemein identifiziert als die Wurzel vielen Übels. Der Ruf nach schnelleren Verfahren, nach weniger Formularen und Vorgaben wird immer lauter. Dem entgegen steht allerdings die in der Bundesrepublik bisher jedenfalls fest verankerte Einzelfallgerechtigkeit. Generelle schlanke Regelungen bergen die Gefahr, dass die berechtigten Ansprüche Einzelner durchs Raster fallen. „Wir müssen deshalb Riesenbretter bohren", sagt der Ministerpräsident im sicheren Wissen, dass in seiner zu Ende gehenden Ära große Erfolge nicht mehr zu verkünden sein werden: Wer immer ihm im Amt folgt, muss ran an diese Herausforderung.

Packen wir's an:

Mit Mut und Ehrgeiz gemeinsam für ein lebenswertes Baden-Württemberg

MEINUNGSBEITRAG DER FRAKTION GRÜNE

Uns geht's ums Ganze: die Grüne Fraktion zu Anfang der Legislaturperiode.

Hören, was den Menschen am Herzen liegt – das ist aufgrund der vielen Herausforderungen wichtiger denn je und zugleich die Messlatte unserer politischen Arbeit. Damit wollen wir auch in Zukunft Baden-Württemberg zu einem lebenswerten und sicheren Ort machen. Ob gute Bildung, starke Wirtschaft oder bezahlbares Wohnen – als führende Fraktion im Landtag schreiben wir uns die drängendsten Themen auf die Fahne. Doch wie sieht das konkret aus?

Gute Bildung für alle: von klein auf bis zum Schulabschluss
Wir wollen gute Bildung für alle – unabhängig der sozialen Herkunft. Daher setzen wir, auch finanziell, einen Fokus auf die frühkindliche Bildung, denn die Weichen für den Lebensweg werden schon vor der Kindergartenzeit gestellt. Das ist unter anderem deshalb wichtig, um den Übergang in die Grundschule zu vereinfachen. Angekommen in der Grundschule liegt der Fokus besonders auf der Stärkung von Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen.

Wir kümmern uns zudem darum, den weiteren Bildungsweg der Kinder zukunftsgerecht zu gestalten. Dabei sollen Unterrichtsformate weiterentwickelt und individuell auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler abgestimmt werden. Die nötigen „Future Skills", also Kommunikation, Kooperation, Kreativität und kritisches Denken, lernen junge Menschen in unserem Schulsystem bisher viel zu wenig.

Beim Thema Gymnasium haben Lehrer, Eltern und Schüler eine klare Entscheidung getroffen: Baden-Württemberg soll zurück zu G9. Doch wir wollen keine Retroversion, sondern Schule neu denken. Wir arbeiten intensiv daran, ein geeignetes Modell zu entwickeln, das den Ansprüchen der Zeit gerecht wird. Gleichzeitig stärken und stabilisieren wir unsere Gemeinschaftsschulen und Realschulen. Unsere Kinder sollen, egal welchen Weg sie einschlagen, bestmöglich auf die spätere Arbeitswelt vorbereitet werden.

Fachkräften den Weg in die Arbeit erleichtern: Wirtschaft fördern, Wohlstand sichern
Wie können wir Menschen für die Stellen gewinnen, an denen Bedarfe besonders groß sind? Der Mangel an qualifizierten Fachkräften ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Um unsere Wirtschaft auf Kurs zu halten, ist die Integration von Fachkräften aus dem Ausland unerlässlich. Allerdings sind die Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen langatmig und aufwendig. Die Wirtschaft fordert seit Langem eine Entbürokratisierung der Verfahren. Wir setzen uns daher

GRÜNE

gruene-landtag-bw.de

gruenelandtagbw FraktionGruenBW fraktiongruenbw

Zu Besuch in der Elly-Heuss-Knapp-Grundschule in Heilbronn: Unsere Kinder sind die Zukunft!

für eine zentrale Ausländerbehörde ein, die die Anerkennung erleichtert und Nachqualifizierungsmöglichkeiten ausbaut. Zudem sollen Sprachkurse berufsbegleitend angeboten werden, um Sprachbarrieren zu überwinden. So können wir die Menschen leichter in den Job bringen.

Entbürokratisierung ist das Schlagwort der Stunde. Wir wollen das Leben einfacher machen und setzen uns dafür ein, dass Behördengänge weniger kompliziert sind – vom Bauantrag über die Steuererklärung bis hin zu Gutachten für Photovoltaikanlagen. Kleine Änderungen wie eine bürgernahe Verwaltungssprache oder digitale Antragsverfahren können schon Großes bewirken.

Im Kampf gegen die Regelflut hat die Landesregierung die sogenannte Entlastungsallianz ins Leben gerufen. Das Arbeitsgremium geht unter anderem den Fragen nach, wie wir Windräder schneller bauen oder Fachkräfte rascher anwerben können.

Unser Baden-Württemberg ist Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort, Unternehmen aus allen Ecken der Welt entwerfen hier die Zukunft. Dieses Engagement fördern wir, um unser Land an der Spitze zu halten. Mit dem Cyber Valley haben wir beispielsweise einen Innovationscampus für Künstliche Intelligenz aufgebaut, der europaweit Strahlkraft besitzt.

Macht Platz für grüne Energie!
Bis zum Jahr 2040 machen wir Baden-Württemberg klimaneutral. Dazu werden mehr als zwei Prozent der Landesfläche für grünen Strom durch Wind und Sonne bereitgestellt. Beim Ausbau der Photovoltaikanlagen erzielen wir Rekordergebnisse und auch beim Windkraftausbau machen wir Fortschritte: Mehrere Hundert Windräder stehen gerade in der Pipeline, die bald an den Start gehen. So treiben wir die Energiewende voran und liefern günstigen Strom für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Bei der Veranstaltung „Zukunftsforum" erarbeiteten Fraktionsvorsitzender Andreas Schwarz (2. v. l.) und Grüne Abgeordnete mit Expertinnen und Experten wie nachhaltiges Bauen und günstiges Wohnen gelingt.

Bequem und günstig durch das Ländle fahren
Ob E-Mobilität oder öffentlicher Nahverkehr: In Baden-Württemberg soll sich jeder günstig, unkompliziert und klimafreundlich fortbewegen können.

Unser Ziel ist, dass Bürgerinnen und Bürger den Nahverkehr bis 2030 doppelt so häufig nutzen können wie bisher. Wichtige Wegmarken haben wir erreicht: Durch das Jugendticket BW ermöglichen wir, dass Jugendliche mit nur einem Euro pro Tag durch Baden-Württemberg fahren können. Seit Ende letzten Jahres haben wir das Jugendticket BW auf das Deutschland-Ticket JugendBW umgestellt. Damit kommen junge Menschen jetzt deutschlandweit von A nach B.

Wohnraum schaffen: unsere Ideen für günstige und klimafreundliche Wohnungen
Der Wohnraumbedarf nimmt zu – das heißt für uns: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen auch morgen gut und günstig im Land leben können.

Deshalb haben wir im Landeshaushalt 2023/24 über eine Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Höhere Preise machen sich auch beim Thema Baukosten bemerkbar – wir suchen nach effizienten Wegen, um die Preise zu senken. Dazu gehört beispielsweise die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen, mehr Baustoff-Recycling und die Förderung von klimafreundlichem Bauen mit Holz. Außerdem sehen wir, dass einiges an Wohnpotenzial in ungenutzten Büroflächen liegt. Diese wollen wir in Wohnungen umwandeln.

Gemeinsam Demokratie gestalten
Es gibt einiges zu tun – und die Arbeit liegt nicht nur in den Parlamenten, sondern bei jeder und jedem Einzelnen vor der Tür. Die größte Aufgabe wird es in den kommenden Jahren sein, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, um jeglichen Tendenzen der Spaltung entgegenzuhalten, die die Demokratie gefährden. Das ist Aufgabe und Gebot zugleich – packen wir's an!

Mit Zuversicht fürs Land!

MEINUNGSBEITRAG DER CDU-FRAKTION

Baden-Württemberg ist eine Erfolgsgeschichte. Wir Christdemokraten wollen jetzt gemeinsam mit den Menschen in unserem Land das nächste Kapitel dieser Erfolgsgeschichte schreiben. Die Werte, die unser Land seit 1952 prägen, sind für die Zukunft die beste Grundlage für ein lebenswertes Baden-Württemberg. Fleiß und Erfindergeist, Pragmatismus und Zuversicht haben uns in den vergangenen Jahrzehnten viele Krisen bestehen lassen und unser Land immer noch ein bisschen besser gemacht. Wir Christdemokraten glauben an eine gute Zukunft und an die Fähigkeiten der Menschen. In einer Welt im Wandel stehen wir für Zuversicht und eine Ordnung, die den Menschen in unserem Land Sicherheit und Freiheit dafür gibt, ihre Talente frei entfalten zu können.

Besuch bei der Bergwacht Schwarzwald e.V. im Zuge der Fraktions-Kampagne „Ehrenamt? Ehrensache!".

Leistung, Freiheit und Innovation: damit Baden-Württemberg stark bleibt

Baden-Württembergs wirtschaftliche Stärke lebt vom Fleiß und Ideenreichtum der Menschen. Wir setzen auf Eigenverantwortung und Selbstbestimmung und wollen Menschen und Unternehmen entlasten. Weniger Regulierung schafft Freiraum für neue Ideen. Technologieoffenheit ermöglicht Innovation und Fortschritt.

Wir machen eine Politik, die neuen Wohlstand schafft und nicht nur alten Wohlstand umverteilt. Für uns gilt: Arbeit muss sich lohnen. Indem wir die steuerliche Entlastung von Überstunden und freiwilliger Mehrarbeit vorantreiben, schaffen wir die richtigen Anreize. Wir wollen die arbeitende Mitte der Gesellschaft entlasten und den Vermögensaufbau ermöglichen. Für uns gilt: Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten. Die Solidarität der Gemeinschaft gilt den Bedürftigen.

Der Standort Baden-Württemberg braucht Menschen, die anpacken. Wer schafft, ist bei uns richtig, egal woher sie oder er kommt. Geflüchtete Menschen, die hier bei uns sind, wollen wir möglichst schnell in Arbeit und raus aus staatlichen Leistungen bringen.

Wir Christdemokraten wollen Kinder bestmöglich fördern und fordern – jedes nach seinen Fähigkeiten und Talenten. Unser bildungspolitischer Grundsatz ist: Für jeden das Richtige statt für alle das Gleiche. Darum stehen wir für eine kluge Differenzierung und mehr Verbindlichkeit, für Qualität und Leistungsorientierung. Das alles wird nur ein modernes mehrgliedriges Schulsystem leisten können.

Im ganzen Land zu Hause

Egal, ob Straße, Schiene, Fahrrad- oder Fußweg – die Menschen und Unternehmen erwarten zu Recht, dass die Verkehrswege im Land gut ausgebaut sind. Eine gute und funktionierende Infrastruktur ist die Grundlage für Mobilität, Wohlstand und Sicherheit. Daher wollen wir Planungen beschleunigen und Kosten senken. Endlose Rechtsstreitigkeiten und zu hohe technische Standards bei der Realisierung bremsen uns aus. Damit sich in Sachen Infrastruktur wieder Zuversicht breitmacht, müssen wir vor allem eines: schneller werden!

Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden ist ungebrochen. Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen ihren Traum vom Wohnen und Leben Realität werden lassen können. Vorschriften zurückschneiden und weniger Standards zwingend vorschreiben: Das ist der richtige Weg. Denn um den Erwerb von Wohneigentum gerade auch der Mittelschicht

CDU

cdufraktion-bw.de

CDUFraktionBW

CDU_FraktionBW

CDUFraktionBW

cdu_fraktion_bw

Manuel Hagel begrüßt Prof. Dr. Lars Feld bei der Klausur der CDU-Landtagsfraktion in Sigmaringen.

und Menschen mit kleinem Einkommen wieder zu ermöglichen, braucht es niedrigere Kosten und spürbar mehr Förderung. Die Grunderwerbsteuer wollen wir modernisieren und die Wohnraumförderung der KfW muss auf realistische Bedingungen in Sachen Energiestandards ausgerichtet werden.

Die regionale Ausgewogenheit ist eine Stärke unserer Heimat. Schulen und Hochschulen, Gesundheit und Pflege, Polizei und Verwaltung – das alles braucht es bürgernah vor Ort. Gute Politik hat das ganze Land – Stadt und Dorf – im Blick. Moderne Lösungen wie Telemedizin, Online-Bürgerservice und digitale Kleinstsupermärkte müssen auch in der Fläche unseres Landes verfügbar sein. Gesunde bäuerliche Familienbetriebe sind ein wichtiger Baustein unserer ländlichen Räume. Wir stehen an ihrer Seite. So sichern wir die regionale Lebensmittelversorgung und sorgen dafür, dass Essen und Trinken für Verbraucherinnen und Verbraucher nicht immer teurer wird.

Sicher in die Zukunft

Wir denken Sicherheit umfassend und haben dabei auch die Versorgungs-, Energie- und soziale sowie medizinische Sicherheit im Blick. Eine der vordringlichsten Aufgaben des Staates bleibt aber die innere und äußere Sicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass ihr Staat sie schützt. Polizei und Justiz brauchen deshalb mehr Personal vor Ort, moderne Ermittlungsinstrumente und beschleunigte Verfahren. Deshalb wollen wir im Kampf gegen das organisierte Verbrechen mehr Kompetenzen in der Telekommunikationsüberwachung, endlich eine funktionierende Vorratsdatenspeicherung, um wirksam gegen Kinderpornografie vorgehen zu können, und den Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum für mehr Sicherheit im Alltag.

Die Schöpfung und unsere Erde brauchen unseren Schutz. Wir wollen unsere Natur und unsere einzigartige Landschaft mit ihren Wäldern, Feldern, Streuobstwiesen und Weinbergen bewahren. Zusammen haben wir einiges geleistet und werden noch mehr tun. Damit Klimaschutz im Alltag wirklich funktioniert, brauchen Klimaschutzmaßnahmen die Akzeptanz der Bevölkerung, müssen bezahlbar und dürfen nicht nur für die Elite sein. Wir wollen dort CO_2 sparen, wo es wirklich hilft. Wir stehen beim Klimaschutz für soziale Marktwirtschaft. So lenken etwa Emissionspreise Klimaschutzinvestitionen und schaffen Anreize für die Entwicklung neuer Technologien wie CCS- und CCU-Verfahren.

Im Team fürs Land

Unsere Landtagsfraktion ist ein Abbild der vielfältigen Lebenswirklichkeit der Menschen in Baden-Württemberg. Frauen und Männer. Jüngere und Ältere. Handwerker und Akademiker. Uns alle eint der Einsatz vor Ort für unsere Heimat, der Glaube an die Talente der Menschen und die Zuversicht in eine gute Zukunft. Unterschiedlichste Perspektiven zusammenzubringen, Themen mit Köpfen zu verbinden und neue Ideen zu entwickeln – das braucht den Austausch und ehrliche Debatten. Kommen Sie daher jederzeit gern auf uns zu. Wir freuen uns darauf!

Fraktionssitzung bei der israelitischen Religionsgemeinschaft in Stuttgart.

Die SPD-Landtagsfraktion stellt sich vor

Mehr tun, damit das Land mehr kann

MEINUNGSBEITRAG DER SPD-FRAKTION

Gemeinsam mit den Jusos und dem DGB demonstrieren wir vor dem Landtag für eine bessere Wohnungspolitik.

19 Abgeordnete machen die SPD zur größten Oppositionsfraktion. Die SPD fordert eine deutlich aktivere, tatkräftigere Rolle des Landes – sei es gegen die Wohnungsnot oder für bessere Kitas und Schulen, für den Klimaschutz oder beim Umbau unserer Wirtschaft. Der Landesregierung werfen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders vor, bei vielen Problemen im Land eher zuzuschauen als zuzupacken.

Die SPD steht für die Idee eines handlungsfähigen und aktiven Staats, der eine gute Zukunft nicht einfach abwartet, sondern sie gestaltet. Und immer wieder wirft die SPD als Oppositionsführerin der Landesregierung gar nicht vor, falsche Ziele zu haben – wohl aber, diese Ziele nicht entschlossen genug zu verfolgen und sie deswegen auch nicht zu erreichen. Grün und Schwarz haben sich auf ein Stillhalteabkommen zu Lasten der Zukunft unseres Landes geeinigt. Für die SPD muss gute Politik aber nicht nur wollen, sondern wirken.

Mehr für Klima und Umwelt

Ein typisches Beispiel sind Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende. Hier teilt die SPD ihre Ziele fast völlig mit den Grünen. Doch die SPD kritisiert, dass die Landesregierung auf diesem Feld kaum vorankommt und ausgerechnet das grün geführte Baden-Württemberg bei der Energiewende ein Schlusslicht unter den Bundesländern ist. Die SPD fordert einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien und erheblich mehr Anstrengungen für eine Verkehrswende mit einem deutlich attraktiveren öffentlichen Verkehr. Erst recht, seit die von der SPD geführte Bundesregierung mit dem 49-Euro-Ticket eine wichtige Vorlage liefert. Baden-Württemberg könnte die Probleme im Bahnverkehr deutlich mildern, wenn auch die Landesregierung handeln würde.

Schon lange vor den aktuellen Energiekrisen war die SPD für ein Tempolimit auf Autobahnen. Das spart nicht nur Energie, sondern auch Nerven.

Mehr für beste Bildung

In den vergangenen Jahren ist Baden-Württemberg in Bildungsvergleichen immer weiter abgerutscht. Es fehlen Fachkräfte an

SPD

spd-landtag-bw.de

spdlandtagbw
spdlandtagbw
spdlandtagbw
spdlandtag_bw
spdlandtag_bw

Unsere Abgeordneten Florian Wahl, Nicolas Fink und Sascha Binder (v. l. n. r.) in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel.

Kitas und Schulen, es fehlen eine gute digitale Ausstattung und Ganztagsangebote. Für die SPD ein untragbarer Zustand, wenn Baden-Württemberg ein Spitzenstandort bleiben will. Die SPD setzt sich für die Einstellung von erheblich mehr Fachkräften ein und will die Schulen auch durch Sozialarbeiter, Assistenten und Helfer aus der Gesellschaft stärken, also zum Beispiel durch Freiwillige aus Sport- oder Musikvereinen. Die SPD ist für kostenlose und lebenslange Bildung, also für kostenlose Kitas ebenso wie die Abschaffung aller Ausbildungsgebühren (im Handwerk wie an Hochschulen), und will zudem, dass berufliche Weiterbildung ein selbstverständliches Recht für alle ist.

Mehr für die Zukunft der Wirtschaft

Ob der Wechsel zum E-Mobil, die Digitalisierung oder veränderte Märkte für den Maschinenbau: Gerade Baden-Württemberg ist von der Transformation der Wirtschaft ganz besonders betroffen. Darum sieht die SPD das Land in der Pflicht, besonders viel zu tun, um diesen Wandel zu begleiten. Es geht darum, gute und sichere Arbeitsplätze zu erhalten und die Zukunft Baden-Württembergs als Top-Wirtschaftsstandort zu ermöglichen. Wichtig sind Strategien für angewandte Forschung und Industrieansiedlung, Programme zur Weiterbildung für alle Beschäftigten sowie eine effiziente Start-up-Förderung. Unverzichtbar sind für die SPD auch kraftvolle Wirtschaftshilfen des Landes in der Transformation. Und gerade Baden-Württemberg braucht eine Strategie für die Zuwanderung von Fachkräften. Dass die SPD die Gebühren für ausländische Studierende ablehnt, erklärt sich also von selbst.

Mehr für bezahlbares Wohnen

Baden-Württemberg ist eines der teuersten Bundesländer geworden, wenn es um das Wohnen geht. Selbst Normalverdiener geraten an ihre Grenzen, und immer mehr Menschen wohnen nicht mehr dort, wo es für sie sinnvoll wäre, sondern dort, wo sie es sich noch leisten können. Der Effekt sind gewaltige Pendlerströme, Staus und eine ungeheure Verschwendung von Energie und Zeit. Für die SPD ist längst bewiesen, dass der Immobilienmarkt alleine dieses Problem nicht lösen kann. Die Fraktion fordert darum massive staatliche Programme für den Wohnungsbau. Und einmal mehr kritisiert sie die Landesregierung. Die hat ein eigenes Ministerium geschaffen, doch das produziert aus Sicht der SPD bisher vor allem neue Kosten und kaum neue Wohnungen.

Mehr Handeln ist möglich

Die Debatte wiederholt sich praktisch bei jedem Thema: Die SPD fordert tatkräftiges Handeln, Grüne und CDU lehnen es ab. Gerne mit dem Hinweis, es sei gar kein Geld da oder das Land könne sowieso nichts bewirken. Die SPD weist darum immer wieder darauf hin, dass Baden-Württembergs Landesregierung über ganz erhebliche finanzielle Reserven verfügt – und man gerade in schlechten Zeiten dringend in die Zukunft des Landes investieren muss, statt das Sparschwein zu füllen. Zudem zeigt die SPD gerne auf andere Bundesländer, in denen die Regierungen das vormachen, was laut Grün-Schwarz gar nicht geht: erfolgreich anpacken, statt Ausreden zu suchen.

Mehr Ideen selbst aus der Opposition

Anpacken und gestalten – das gilt für die SPD sogar aus der Opposition heraus. Und auch das kann gelingen. Immer wieder setzt die Fraktion Impulse, die am Ende von der Regierung aufgegriffen werden. Das kann eine Wahlrechtsreform sein oder Auflagen für den Wechsel von Regierungsmitgliedern in Wirtschaftsunternehmen. Oder die Erkenntnis, dass moderne Schulen genauso professionelle IT-Unterstützung brauchen wie jeder Betrieb. Nicht nur in Krisen arbeitet die SPD dabei auch mit allen demokratischen Fraktionen zusammen. Um mehr zu tun, damit unser Land mehr kann.

Volles Haus bei unserem Bildungsgipfel im Landtag von Baden-Württemberg.

Vorrang für Freiheit, Recht und Eigenverantwortung

MEINUNGSBEITRAG DER FDP/DVP-FRAKTION

Die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

Es muss etwas geschehen, damit wir wieder optimistisch in die Zukunft blicken können. Die letzten Jahre haben eindrucksvoll gezeigt, dass Gesellschaften, die auf Freiheit, Rechtssicherheit und Eigenverantwortung setzen, besser aus allen Herausforderungen und Krisen kommen. Das ist auch jetzt nicht anders. Damit das aber wirklich funktioniert, brauchen wir gezielte Maßnahmen in wichtigen politischen Schlüsselbereichen. Hier sind einige Schwerpunkte unserer Arbeit als Freie Demokraten im Landtag:

Bürokratie reduzieren

Baden-Württemberg erstickt an zu viel Bürokratie: Unternehmen werden unverhältnismäßig belastet, soziales Engagement übermäßig erschwert und Innovationen unnötig verhindert. Es braucht daher einen kräftigen Bürokratieabbau für das Land.

Deshalb haben wir dies zum Kernelement unserer Arbeit gemacht und im vergangenen Jahr zwei Mal jeweils sieben konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau im Landtag zur Abstimmung gestellt. Doch beide Male sahen die grün-schwarzen Koalitionsfraktionen keinen Handlungsbedarf und lehnten all unsere Vorschläge ab. Damit haben sie und die von ihnen getragene Landesregierung ihre Zustimmung zum Bürokratieabbau verweigert.

Auch an anderer Stelle kommt die Landesregierung beim Bürokratieabbau nicht vorwärts: Zwar hat sie 2023 mit der sogenannten Entlastungsallianz und dem neu konstituierten Normenkontrollrat weitere Gremien eingerichtet, passiert ist bisher aber nichts. Das erste sogenannte „Entlastungspaket" ist ambitionslos. Der neue Normenkontrollrat hat noch keine Ergebnisse vorgelegt.

Wir brauchen aber auch keine neuen Gremien und weitere Vorschläge, sondern wir müssen endlich in die Umsetzung kommen. Ideen zum Bürokratieabbau gibt es genug, jetzt ist Handeln gefragt. Das werden wir als FDP-Fraktion daher im Landtag weiter von der Landesregierung und den Regierungsfraktionen einfordern.

FDP/DVP

fdp-landtag-bw.de

fdplandtagbw fdplandtagbw fdplandtagbw

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der Landtagsfraktion.

Flucht, Asyl, Migration

Im Jahr 2023 sind knapp 79.000 Geflüchtete nach Baden-Württemberg gekommen. Die Zahlen der Asylbewerber steigen stetig. In Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes fehlen Tausende von Plätzen. Landkreise und Gemeinden sind mit dem Zustrom immer mehr überfordert.

Wir als FDP/DVP-Landtagsfraktion setzen uns daher für eine restriktivere Migrationspolitik ein. Wir wollen den Zugang Geflüchteter wirksam begrenzen und Ordnung in das System bringen:

Ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer restriktiveren Migrationspolitik ist für uns der effektive Schutz unser Grenzen. Im Rahmen von effizienten Kontrollen an den europäischen Außengrenzen können jene ohne Bleibeperspektive gleich dort identifiziert und abgewiesen werden. Damit können sie erst gar nicht mehr einreisen.

Wer von seiner eigenen Hände Arbeit leben kann und möchte, der ist uns herzlich willkommen. Eine Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt begrüßen wir ausdrücklich. Was wir jedoch verhindern wollen, ist eine Einwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme.

Wir setzen uns für eine zeitnahe Einführung der Bezahlkarte in ganz Baden-Württemberg ein. Durch die Gewährung von Sachleistungen können Fluchtanreize gesenkt werden. Zudem wollen wir mittels des sogenannten „Financial Blockings" verhindern, dass Sozialleistungen zu Freunden und Familie in das Ausland geschickt werden können.

Straftäter und solche, die gegen unsere Gesellschaft arbeiten, müssen konsequent abgeschoben werden. Hierfür brauchen wir entsprechende Rückführungsabkommen und mehr sichere Herkunftsstaaten.

Abschließend fordern wir eine Abkehr vom Rechtskreiswechsel. Dieser gliedert ukrainische Geflüchtete bislang in das Bürgergeldsystem ein. Wir fordern, alle Geflüchteten nach Asylbewerberleistungsgesetz gleich zu behandeln.

Für anhaltenden Bildungserfolg in Baden-Württemberg

In unserem Land hat jedes Kind ein Recht auf eine seinen Begabungen entsprechende Ausbildung und Erziehung – ganz unabhängig von Herkunft und sozialem Status. Was wir in Baden-Württemberg brauchen, ist nicht die „eine Schule für alle", sondern die „passende Schule für jedes Kind". Deshalb stehen wir hinter allen Schularten und möchten diese gleichermaßen stärken. Seit über zehn Jahren hat die Bildungsqualität in Baden-Württemberg rapide abgenommen.

Diesem Negativtrend möchten wir entgegenwirken und haben deshalb zur „Allianz für gute Bildung" unter den demokratischen Fraktionen im baden-württembergischen Landtag aufgerufen. Damit wollen wir Historisches schaffen: eine anhaltende Bildungspolitik, die frei von Ideologien höchste Bildungsqualität für unsere Jüngsten zum Ziel hat. Die Themen, die wir dabei vorantreiben und für die wir kämpfen, sind insbesondere die Einführung des neunjährigen Gymnasiums (G9) in der Regelform zum Schuljahr 2025/26, die Umsetzung einer verbindlichen Grundschulempfehlung, die Stärkung der Real-, Haupt- und Werkrealschulen sowie der beruflichen Schulen und der stärkere Blick auf die frühkindliche Bildung – insbesondere bei der Sicherstellung grundlegender Sprachkenntnisse.

Die Beherrschung der deutschen Sprache bleibt ein wesentlicher Faktor für den Bildungserfolg eines jeden Kindes in Baden-Württemberg.

Bürokratieabbau – wir machen konkrete Vorschläge.

Eine passende Schule für jedes Kind in Baden-Württemberg.

Stoppen wir die Deindustrialisierung!

MEINUNGSBEITRAG DER AfD-FRAKTION

Schonungslose Aufarbeitung der Corona-Pandemie.

Es ist keine zwanzig Jahre her, da war Baden-Württemberg eine der reichsten Regionen der ganzen Welt. Aber nun nach fast drei Legislaturperioden Gesellschaftsexperimente der Kartellparteien sind wir weit vom alten Glanz entfernt.

Ein Blick auf den Zustand unserer Infrastruktur genügt. Egal ob Straßen, Brücken oder Hochwasserdämme. Alles ist an der Verschleißgrenze. Notwendige Instandsetzungen dauern Ewigkeiten dank überbordender Bürokratie und dank dem völlig übertriebenen Arten- und Naturschutz.

Diese Politik der permanenten Realitätsverweigerung ruiniert unser Land. Schon jetzt treten reihenweise Wirtschaftsunternehmen die Flucht aus Baden-Württemberg an: Porsche baut 600 Arbeitsplätze ab. Der Automobilzulieferer Bosch baut hier in Baden-Württemberg 1.500 Arbeitsplätze ab. ZF aus Friedrichshafen will bis zu 12.000 Arbeitsplätze abbauen. Lamy wurde gerade nach Japan verkauft. Wie lange noch in Heidelberg produziert wird, ist fraglich. Michelin schließt sein Werk in Karlsruhe, SAP wird 8.000 Arbeitsplätze streichen und so weiter. Die Beispiele sind schier endlos.

Grüne Wirtschaftspolitik macht uns arm

Grüne Wirtschaftspolitik macht uns Schritt für Schritt alle bitterarm! Praktisch alle angesprochenen Arbeitsplätze werden ins europäische Ausland verlagert.

Betrachten wir einmal die Gründe: Ein wichtiger Standortfaktor, bei dem wir immer mehr ins Hintertreffen geraten, ist die Forschung. Auch da war Baden-Württemberg Jahrzehnte an der Weltspitze. Aber damit ist es längst vorbei. Selbst Entwicklungsländer überholen uns.

Die Landesregierung träumt vom eigenen Raumfahrtprogramm und setzt technologisch bestenfalls auf Windmühlen und Lastenräder. Eine der Zukunftstechnologien, die den Wohlstand garantiert, ist aber die Kernenergie. Praktisch alle Industrienationen und auch die meisten Schwellenländer bauen gerade neue Kernkraftwerke, um preiswerten Industriestrom für die Betriebe bereitzustellen.

Aber was macht unsere grün-schwarze Landesregierung? Sie jagt funktionierende Kühltürme mit Sprengstoff in die Luft. Die derzeitige Energiekrise hätte mit der Annahme unseres Antrags zum Rückbaustopp von Neckarwestheim II zeitnah korrigiert werden können.

Massenmigration schadet der Wirtschaft

Die grün-schwarze Landesregierung exportiert nicht nur unsere Lebensgrundlage, sondern importiert im Gegenzug Wirtschaftsflüchtlinge in großem Stil. Hauptsächlich junge Männer aus bildungsfernen Regionen.

AfD

afd-fraktion-bw.de

AfDFraktionBW

AfDFraktionBW

Die AfD-Fraktion im Dialog mit den Bürgern.

Ein Großteil davon wird nie in sozialversicherungspflichtige Arbeit kommen. Das zeigt uns die Statistik eindrucksvoll. Sie liegen dem Steuerzahler auf der Tasche. Die Sozialversicherungsbeiträge schießen jetzt schon durch die Decke.

Auf lange Sicht kann das nicht gut gehen. Unbegrenzte Massenmigration schadet unserem Land und unserer Wirtschaft außerordentlich.

Für den Steuerzahler ist der Bau immer neuer Asylzentren nur noch belastend. Leider nicht nur in finanzieller Hinsicht. Die Aufgabe der Landesregierung wäre es, die Ansiedlung von Industriebetrieben zu fördern und nicht die Ansiedlung von immer neuen Bürgergeldempfängern.

Die exorbitanten Kosten für das Asylunwesen treiben natürlich die Lohnnebenkosten in schwindelerregende Höhen. Daher ist unser Volkwirtschaftsstandort für dringend benötigte Fachkräfte längst nicht mehr interessant. Noch nicht mal Hilfskräfte sind mehr aufzutreiben. Denn der Unterschied zwischen Bürgergeld und Vollzeitarbeit ist einfach zu gering.

Angesichts dieser Missstände ist der Arbeiter wieder einmal der Dumme.

Schlanker Staat und weniger Bürokratie
Die AfD-Fraktion möchte einen schlanken Staat und damit die Senkung der Lohnnebenkosten, um Leistung endlich wieder attraktiv zu machen.

Alice Weidel zu Gast beim Neujahrsempfang 2024 im Landtag.

Und auch die Altparteienbürokratie muss endlich wieder auf ein normales Maß zurückgekürzt werden. Die Vorschläge des Normenkontrollrates liegen auf dem Tisch, unser Gesetzentwurf zur Streichung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes ebenso. Die Landesregierung aber handelt noch immer nicht und bremst damit Arbeitgeber und Bürger aus.

Derweil plaudert Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut, anstatt Arbeit wieder lukrativ zu machen, allen Ernstes über flexiblere Arbeitszeiten. Mal davon abgesehen, dass sich die Politik hier nicht einmischen sollte, müsste sie eigentlich erkennen, dass es aufgrund der grün-schwarzen Deindustrialisierungspolitik bald gar keine Industriearbeitsplätze mehr geben wird.

Arbeit muss sich wieder lohnen
Hoffmeister-Kraut hingegen erdreistet sich zu folgender Aussage: „Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Deutschland sei einfach viel niedriger als anderswo." Das ist ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Bevölkerung!

Wenn man sich überlegt, dass das durchschnittliche Rentenalter in Frankreich, Griechenland oder Italien sehr viel niedriger ist als hierzulande. Und gleichzeitig erhalten diese Länder über den EU-Haushalt jährlich Unsummen aus der deutschen Staatskasse. Und während in den Mittelmeerländern weiter schon Mitte 50 in Rente gegangen wird, sollen die deutschen Arbeitnehmer nach Willen von Bundes- und Landesregierung künftig schuften, bis sie 70 sind.

Deindustrialisierung stoppen!
Zusammengefasst ist die Deindustrialisierung in vollem Gange. Das grüne Wirtschaftswunder war von Anfang an eine glatte Lüge.

Gleichstellungsbeauftragte, Klimamanager und andere nutzlose Versorgungsposten tragen nun mal nicht zur Wertschöpfung bei. Daher ist es an der Zeit, diese Experimente endlich zu beenden! Das geht nur mit der AfD. Denn wir stehen gleichermaßen an der Seite der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer.

Wir werden die Politik der Deindustrialisierung stoppen und rückgängig machen, wir werden den Bürgern wieder ihr bewährtes und funktionierendes Baden-Württemberg aufbauen!

75 JAHRE GRUNDGESETZ
DEINE FREIHEIT. MEIN RESPEKT.

Herzlichen Glückwunsch, liebes Grund-gesetz!

Am **8. Mai 1949** wurde das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland** im Parlamentarischen Rat beschlossen und am 23. Mai 1949 offiziell verkündet. Die Grundwerte, die in unserer Verfassung niedergeschrieben sind, waren eine Reaktion auf die Schrecken des Nationalsozialismus: Nie wieder sollten in diesem Land Diktatur und Unrecht herrschen. Das Jubiläumsjahr 2024 feiert der Landtag von Baden-Württemberg unter dem Motto: **„75 Jahre Grundgesetz: Deine Freiheit. Mein Respekt."** mit verschiedenen Veranstaltungen.

Bundespräsident a. D. Joachim Gauck bei der Abendveranstaltung „WERTSACHEN – Was uns zusammenhält" am 8. Mai 2024 im Landtag von Baden-Württemberg:

Auszüge [...] Es ist mir ein wirkliches Bedürfnis und eine Freude, dem Grundgesetz, das der Bundesrepublik zunächst als Provisorium und seit 1990 als Verfassung des ganzen wiedervereinten Landes dient, meine Reverenz zu erweisen. [...] Kein anderes deutsches Verfassungsdokument hat eine so lange Gültigkeit erlangt. Aber mit Blick auf die Lebensgefühle und die Debatten im Land frage ich mich, ob wir unsere Verfassung auch zu schätzen wissen?

Vielleicht erleben es nicht alle hier im Saal gleichermaßen. Wer lange vom Guten profitiert, gewöhnt sich so daran, dass er es oft nicht mehr zu schätzen weiß. Aber ich, der ich fünf Jahrzehnte in einer Diktatur gelebt habe, empfand und empfinde dieses Grundgesetz als ein großes Glück. Es schuf die Grundlage für ein freiheitliches Westdeutschland, das jahrzehntelang meinen Sehnsuchtsort bildete, und es hat beigetragen zur deutschen Einheit, die auch mich Teil einer demokratischen Ordnung werden ließ. Für mich ist die heutige Feier deswegen kein leeres Ritual und ganz gewiss keine Pflichtübung, sondern eine willkommene Gelegenheit, das Grundgesetz auch nach 75 Jahren als eine bewährte Grundlage für unsere Freiheit und Demokratie zu würdigen. [...]

Ich möchte mich heute konzentrieren auf die Grundrechte, die in Weimar noch im zweiten Teil der Verfassung aufgelistet worden waren, im Bonner Grundgesetz allerdings prominent an den Anfang gestellt wurden. Nach dem Schock von 50 Millionen Toten, sechs Millionen ermordeter Juden und vielen Millionen von Vertriebenen war sich die internationale Gemeinschaft einig: Menschenrechte müssen unbedingt verteidigt werden. [...] Die Menschenrechte sollten nicht rein moralische Postulate letztlich hilfloser Menschenrechtsorganisationen bleiben. Der neue demokratische Staat selbst sollte die fundamentalen Rechte des Bürgers garantieren und verteidigen.

Es bedurfte damals eines Doppelschrittes: Zunächst verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1948 die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte". „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren", lautete der erste Satz des ersten Artikels. [...]

„Wer unsere Verfassung als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und für politische Teilhabe erfasst hat, wird sie zu schätzen wissen und sie wehrhaft gegen ihre Feinde verteidigen wollen."

500 Gäste kommen nach Stuttgart und feiern gemeinsam 75 Jahre Grundgesetz.

Allerdings war diese Resolution nicht rechtsverbindlich, sondern nur eine Empfehlung. Es bedurfte also eines zweiten Schritts – der Übernahme der Menschenrechte in nationale Verfassungen, sodass sie vom Staat zu garantieren waren und für Bürger einklagbar wurden. In Deutschland fand diese Übernahme bereits wenige Monate nach Verabschiedung der Erklärung der Menschenrechte statt. Gleich in Art. 1 Absatz 1 hielten die Gründungsväter und -mütter für die Bundesrepublik Deutschland fest: „Die Würde des Menschen ist unantastbar."

Die Menschenwürde ist dabei nicht als ein Grundrecht unter anderen, sondern eher als Fundament der Grundrechte zu verstehen, als unhintergehbare politisch-moralische Leitdefinition. […]

Um die hervorgehobene Bedeutung der Grundrechte zu unterstreichen, wurden sie in der Bundesrepublik im Unterschied zur Weimarer Verfassung bindendes Recht. Sie können nicht durch Notverordnungen außer Kraft gesetzt werden, sondern sind durch Art. 79 Abs. 3 der sogenannten Ewigkeitsklausel unterstellt. Keine der drei Staatsgewalten – auch kein Bundeskanzler und kein Bundespräsident – kann etwas tun oder unterlassen, was im Widerspruch zu ihnen steht. Keiner soll daran rütteln können, dass in unserer Verfassung der Mensch im Zentrum steht. […]

Es sind im Wesentlichen die grundlegenden Festlegungen auf Menschenwürde und Grundrechte, die es mir persönlich 1990 akzeptabel erscheinen ließen, für das wiedervereinte Deutschland das Grundgesetz als gemeinsame Verfassung zu übernehmen. […] Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung drängte im Sommer 1990 auf eine schnelle Wiedervereinigung. So fehlte den Abgeordneten der Volkskammer wie den politisch Aktiven die Zeit für eine langwierige Verfassungsdebatte, die Einheit erfolgte durch den Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Ich vermag darin keine Unterwerfung zu sehen, wie manche aus der Bürgerbewegung bis heute meinen. Ich sehe diesen Schritt dagegen als eine zweite Legitimierung bzw. Beglaubigung des Grundgesetzes. […]

Mir ist natürlich die verbreitete Kritik bekannt, dass die Realität nicht hält, was die Verfassungen an Würde und Rechten versprechen. […] Und um in die Gegenwart zu gehen: Viele Bürger beklagen, dass etwa von Gleichheit keine Rede sein könne, wenn die Bildungschancen von Kindern aus ärmeren und eingewanderten Familien signifikant geringer sind als bei denen aus bildungsnahen und wohlhabenderen Familien. Andere fürchten Einschränkungen der Meinungsfreiheit, wie sie vonseiten des Staates einerseits und von gesellschaftlichen Aktivisten andererseits betrieben werde. Manche NGOs sprechen gar von einer Heuchelei: Die Demokratie könne ihren normativen Ansprüchen nicht gerecht werden. Sie gebe ein feierliches Versprechen, könne die Durchsetzung der Norm aber nicht garantieren.

75

Herzlichen Glückwunsch, liebes Grundgesetz …

Joy Beck, Influencerin (auf Schwäbisch): „Liebes Grundgesetz, dank dir kann i meinen Glauba leba, grottenbroid schwäbisch schwätza, essa, dringa und oziega, was mia gfällt."

Dr. Nicola Leibinger-Kammüller, Vorstandsvorsitzende TRUMPF SE + Co. KG: „Alles, was wir in Deutschland erreicht haben, haben wir auch durch das Grundgesetz erreicht."

Das Grundgesetz allein garantiert nicht das Überleben unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Der Chor der Demokraten muss lauter sein als die Pauken der Demagogen.

Der Jurist Dr. Ronen Steinke findet klare Worte: Jeder hat zwar das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten.

Ja, es stimmt zweifellos: Die Norm ist das Ideal und die Wirklichkeit weicht in der Regel davon ab. Es gibt keinen idealen Staat. Doch für mich sprechen Abweichungen oder Defizite nicht gegen die Norm, vielmehr braucht es die Norm als Richtschnur im Kampf für Verbesserungen. Für die Frauen in Europa oder für die Schwarzen in den USA war die Kluft zwischen Norm und Realität ein Ansporn, um die Realität stärker der Norm anzupassen – konkret: für immer mehr Gleichberechtigung zu kämpfen. Dasselbe gilt in jüngster Zeit für Angehörige ethnischer, religiöser oder sexueller Minderheiten. Die Grundrechte enthalten insofern ein Versprechen, das darauf wartet, von den Bürgern aufgegriffen und von der Politik eingelöst zu werden.

Hier sehe ich in letzter Zeit aber auch ein gewisses Problem. Die Normen sind entstanden als Reaktion auf die nationalsozialistische Diktatur. Und sie bezogen sich auf den Kernbereich menschlicher Identität. In letzter Zeit erleben wir aber, dass das moralische Gewicht der Menschenwürde auch bei den Diskussionen etwa über die Reproduktionsmedizin, die Gentechnik oder auch über die subjektive Befindlichkeit des Einzelnen ins Feld geführt wird. Diese Entwicklung verrät zwar einerseits eine gewachsene Sensibilität in der Gesellschaft, ebnet andererseits aber die gravierenden Unterschiede ein, die zwischen existentiellen Verletzungen der Menschenwürde bestehen, in denen es um Leben und Tod geht (wie augenblicklich in der Ukraine) und moralischen Verletzungen, die unterschiedliche politische Positionen oder das subjektive Selbstbewusstsein tangieren. […]

Hier komme ich zu einem weiteren Essential des Grundgesetzes. Menschenwürde und Grundrechte sind erst einmal Abwehrrechte des Bürgers gegenüber dem Staat. Sie sind aber immer auch Entscheidungen zugunsten einer Werteordnung, einer grundlegenden Idee für unser Zusammenleben. […] Die Gründungsväter und -mütter des Grundgesetzes gingen von vornherein einen anderen Weg. Wenn eine Demokratie achtlos gegen Demokratiefeinde sei, stellte so eine Expertengruppe schon bei den Beratungen zum Grundgesetz fest, stehe sie in der Gefahr, „selbstmörderisch zu werden". Und Carlo Schmid, Jurist, Sozialdemokrat, der maßgeblich das Grundgesetz mitgestaltete, hat von Anfang an den „Mut zur Intoleranz" jenen gegenüber gefordert, „die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen".

Eine große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Bundesverfassungsgericht zu. […] Denn das Bundesverfassungsgericht hat diese Wertebindung systematisch zu einer „objektiven Wertordnung" ausgebaut. […]

Es ist dem Verfassungsstaat zwar untersagt, sich mit einer konkreten Weltanschauung oder Religion zu identifizieren. Das schließt allerdings nicht jedwede Wertebindung aus. Umgekehrt: Erst die Wertebindung der Verfassungsorgane schafft die Voraussetzung, den destruktiven Angriffen von Verfassungsfeinden nicht werterelativistisch ausgeliefert zu sein. […] Bilden Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht als seine oberste Hüterin also uneinnehmbare Hürden bei Angriffen auf unsere Demokratie? Können wir uns auf die Verfassung als eine Bastion der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen?

Bisher besaßen Rechtsextremisten keine Macht auf Landes- oder Bundesebene. Doch aus den bevorstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg können sie als stärkste Fraktion hervorgehen. Würden sie – was nicht wahrscheinlich, aber auch nicht völlig auszuschließen ist – eine Landesregierung stellen, könnten sie den Alltag des Landes bereits erheblich verändern: die Abschiebungen von Flüchtlingen vorantreiben, eine als Remigration getarnte Deportation von Migranten einleiten, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Finanzmittel kürzen, Einfluss auf die Lehrpläne nehmen etc. etc.

Unternehmerin Tijen Onaran (2. v. li.) appellierte an die Politik, den Menschen Mut zum Handeln zu geben. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Nicole Köster (li.).

Was also tun? Sollten einzelnen Verfassungsfeinden die Grundrechte entzogen werden, wie es Art. 18 des Grundgesetzes ermöglicht, an ihnen also ein Exempel statuiert werden? Oder sollten rechtsradikale Parteien und Organisationen beziehungsweise einzelne Gliederungen verboten werden, wie es Art. 21 Absatz 2 wegen Verfassungsfeindlichkeit vorsieht? Die juristischen Hürden für ein Parteiverbot liegen hoch. Eine Verfassungsfeindlichkeit müsste der gesamten Organisation nachgewiesen werden. Hinzu kommen politische Bedenken: Würde ein Verbot die Haltung der Menschen ändern, die jetzt den Rechtsradikalen ihre Stimme geben, oder würde es sie nach neuen Möglichkeiten ihrer Artikulation suchen lassen?

Verstärkt wird deswegen darüber nachgedacht, wie der Kampf gegen den Rechtsextremismus jenseits eines Parteiverbots geführt werden kann. […]

Eines muss uns allerdings bewusst sein: Politischer Streit lässt sich nicht dadurch aus der Welt schaffen, dass er in den juristischen Bereich verschoben wird. Juristen können nicht an die Stelle von Politikern treten, das Bundesverfassungsgericht ist nicht die letzte politische Instanz. Bestimmend bleibt die Politik, bleiben Regierung, Parlament und Zivilgesellschaft. […] Die Grundrechte brauchen die Bürger, damit ihr Potenzial zur Entfaltung kommt. Die Demokratie braucht die Demokraten, damit sie widerstandsfähig ist. Die vielen Demonstrationen in den letzten Monaten gegen eine Aushöhlung der Demokratie haben mir gezeigt, dass sehr viele Bürger unseres Landes den Auftrag verstanden haben.

Ich wünschte, die jungen Menschen und diejenigen, die nie in Unfreiheit leben mussten, könnten eine liberale Demokratie neu oder wieder zu ihrer inneren Überzeugung machen.

Ich bin überzeugt: Wer unsere Verfassung als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und für politische Teilhabe erfasst hat, wird sie zu schätzen wissen und sie wehrhaft gegen ihre Feinde verteidigen wollen. Mag sie auch nicht frei von Mängeln sein, so bleibt die Demokratie doch die beste Regierungsform, die wir kennen, und weltweit Zufluchts- und Sehnsuchtsziel der Unterdrückten.

75

Herzlichen Glückwunsch, liebes Grundgesetz …

Dr. Joy Alemazung, Bürgermeister Stadt Heubach: „Das Grundgesetz gibt uns Orientierung und erinnert uns daran, worauf es in einer demokratischen Gesellschaft wirklich ankommt."

Astrid Fünderich, Schauspielerin: „Dieser Text ist kein bisschen alt, kein bisschen verstaubt, sondern echt spannende Lektüre. Er ist jeden Tag und in allen Bereichen die Grundlage für das Zusammenleben von uns allen."

Ola Källenius, Vorstandsvorsitzender der Mercedes-Benz Group AG: „Wir alle merken derzeit, dass die Rechte, Freiheiten und Werte, die das Grundgesetz auszeichnen, keine Selbstverständlichkeit sind."

Landtagspräsidentin Muhterem Aras eröffnet die Abendveranstaltung mit ihrer Rede.

Das Grundgesetz als Haus der Freiheit, der Gleichheit und der Demokratie

Auszüge [...] Der Landtag feiert das 75-jährige Jubiläum des Grundgesetzes unter dem Motto: „Deine Freiheit. Mein Respekt." Für jede und jeden von uns gelten Grundrechte, die auch für das Gegenüber gelten und die wir alle gegenseitig zu wahren haben. Auf die 75-jährige Erfolgsgeschichte unseres Grundgesetzes zurückzuschauen und zu überlegen, wie wir sie weitererzählen, dazu sind wir heute hier. [...] Im Laufe der Zeit wurde das Grundgesetz vielfach geändert und angepasst, denken wir an den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, an die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union oder an die Änderungen des Asylrechts, die von großen gesellschaftlichen Debatten und Protesten begleitet waren.

Immer auch gab es innerhalb der letzten 75 Jahre in Deutschland große Krisen, die die verfassungsmäßige Ordnung herausforderten. Oft forderten diese Krisen von Politik und Justiz, Grundwerte gegeneinander abzuwägen: Wo beginnt die Sicherheit des einen und endet die Freiheit des anderen? Beispiele dafür haben wir bei der Abwehr von Terror und Extremismus erlebt oder auch bei der Bekämpfung der Pandemie.

Trotz aller Herausforderungen aber bin ich überzeugt: Das Grundgesetz hat sich bewährt und der Bundesrepublik Deutschland dazu verholfen, zu einer stabilen Demokratie zu werden, zu einem gleichberechtigten Glied in einem vereinten Europa, wie es in der Präambel des Grundgesetzes steht. [...]

Der Bau, den der Parlamentarische Rat Baustein für Baustein, Artikel für Artikel errichtet hat, dieser Bau ist ein gutes Haus geworden! Ein gutes Haus, für alle, die hier leben und die Hausordnung achten – ob sie im Geltungsbereich des Grundgesetzes geboren sind oder hier eine Heimat gefunden haben: Menschen wie meine Eltern und ich, die wir aus Unfreiheit in den Freiheitsraum und Schutz des Grundgesetzes gelangten und darin heimisch geworden sind.

Nie hätten es sich meine Eltern vorstellen können, dass Menschen die Errungenschaften der Demokratie mit Füßen treten, sie verachten, eine Diktatur oder gar einen Gottesstaat auf deutschem Boden fordern könnten. Sie hätten sich nicht vorstellen können, dass es Menschen gibt, die das Grundgesetz und die staatlichen Gewalten in Deutschland nicht akzeptieren oder sogar mit Waffengewalt bekämpfen könnten. Und ich denke, das galt für die Mehrheit der Deutschen: Nichts schien das Fundament der Demokratie wirklich erschüttern zu können. Es schien unvorstellbar, dass Antisemitismus offen auf unseren Straßen ausgetragen wird. Doch es war ein Irrtum, zu glauben, dass nicht wieder passieren kann, was nicht wieder passieren darf. [...] Wir sollten die Sprache und die Ankündigungen der Demokratiefeinde deshalb sehr ernst nehmen.

Bei all jenen Angriffen auf die Demokratie ist die Härte des Rechtsstaates gefragt. Es gilt: Alle Demokratiefeinde müssen mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden – egal aus welcher politischen Richtung, egal aus welcher Religion oder Ideologie heraus: Es darf keine Toleranz für Extremismus geben! Es ist aber auch die klare Haltung und Positionierung aller Demokratinnen und Demokraten in diesem Land gefragt. Denn so, wie das Grundgesetz unsere Menschenwürde achtet und schützt, müssen auch wir das Grundgesetz achten und schützen.

Deshalb wollen wir mit dieser Veranstaltung Mut machen: Mut zum Durchhalten, Dagegenhalten und Zusammenhalten, wenn es darum geht, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen. Jede und jeder von uns kann etwas beitragen, damit sich unser Demokratiewunder bewährt und bewahrt. [...] Ich weiß, dass unter Ihnen viele Menschen sind, die sich bereits mit viel Kraft beruflich oder ehrenamtlich engagieren. Dafür danke ich Ihnen. Und hoffe, dass Sie dieser Abend nicht nur festlich stimmt, sondern auch hoffnungsvoll. Und vor allem, dass er Sie bestärkt, gemeinsam unser Grundgesetz zu bewahren: dieses wunderschöne Haus der Freiheit, der Gleichheit und der Demokratie!

75

Herzlichen Glückwunsch, liebes Grundgesetz ...

Niko Kappel, Kugelstoßer und Paralympics-Sieger: „Liebes Grundgesetz, immer wieder merken wir, wie wichtig du in unserer Gesellschaft bist. Du schützt und förderst gleichermaßen unsere Werte."

Elisabeth Seitz, Kunstturnerin und Europameisterin: „Ich finde das Grundgesetz besonders toll, weil alle Deutschen das Recht haben, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Und ich darf das jeden Tag im Sport erleben."

Alle Geburtstagsvideos zum Anschauen gibt es auf unserem YouTube-Kanal:

Der Landtag und seine Mitglieder

„Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes."

„Der Landtag übt die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung."

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen."

– Artikel 27 der Landesverfassung –

→ Redaktionsschluss
8. Mai 2024 (Innenteil)

Der Landtag

„Das Parlament ist nicht nur Träger der gesetzgebenden Gewalt, also der Legislative, es ist auch Kontrolleur der Regierung."

Wesentliches Merkmal des parlamentarischen Regierungssystems ist die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung. Sie kommt in erster Linie zum Ausdruck in der Kompetenz des Parlaments, den Regierungschef zu wählen und ihn zu stürzen. Das Letztere, die Abwahl des Ministerpräsidenten, ist nach der Landesverfassung – entsprechend dem Vorbild des Grundgesetzes – nur in der Form des sogenannten konstruktiven Misstrauensvotums möglich, das heißt in der Weise, dass der Landtag einen Nachfolger für den Ministerpräsidenten wählt, den er ablösen will. Überhaupt bedarf jede Berufung eines Ministers/einer Ministerin durch den Ministerpräsidenten der Bestätigung durch den Landtag. Außerdem kann der Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten den Ministerpräsidenten zwingen, ein Mitglied seiner Regierung zu entlassen. Dem Landtag ist von der Verfassung damit – anders als dem Bundestag – eine unmittelbare Mitsprache auch bei der Zusammensetzung der Regierung eingeräumt.

Der Landtag kontrolliert das Handeln der Regierung. Dieser Verfassungsauftrag macht einen wesentlichen Teil des Alltagsgeschehens im Landesparlament aus. Dem Landtag steht hierfür ein vielfältiges Instrumentarium an Einwirkungsmöglichkeiten zur Verfügung. Genannt sei etwa das Recht des Plenums und der Landtagsausschüsse, Regierungsmitglieder herbeizuzitieren, damit diese dem Parlament Rede und Antwort stehen. So kann jede und jeder Abgeordnete in der Fragestunde vor dem Plenum des Landtags kurze Mündliche Anfragen an die Regierung richten. Solche Anfragen – sie müssen der Präsidentin spätestens drei Tage vor der Sitzung vorliegen – werden von der Regierung vor dem Plenum kurz beantwortet. Darüber hinaus haben die Abgeordneten die Möglichkeit, im Rahmen einer Regierungsbefragung an die Landesregierung Fragen von aktuellem Interesse zu richten. Das Thema einer Frage und das für die Beantwortung zuständige Ministerium müssen die Fraktionen bis 17 Uhr am Vortag der Sitzung benennen.

Jedes Mitglied des Parlaments kann außerdem schriftlich sogenannte Kleine Anfragen einbringen, die von der Präsidentin an die Landesregierung weitergeleitet und von dieser innerhalb von drei Wochen schriftlich beantwortet werden. Große Anfragen werden von mindestens 15 Abgeordneten oder einer Fraktion zu politisch bedeutsamen Themen eingebracht und können – nach vorheriger schriftlicher Stellungnahme der Regierung – zu einer Debatte im Plenum führen.

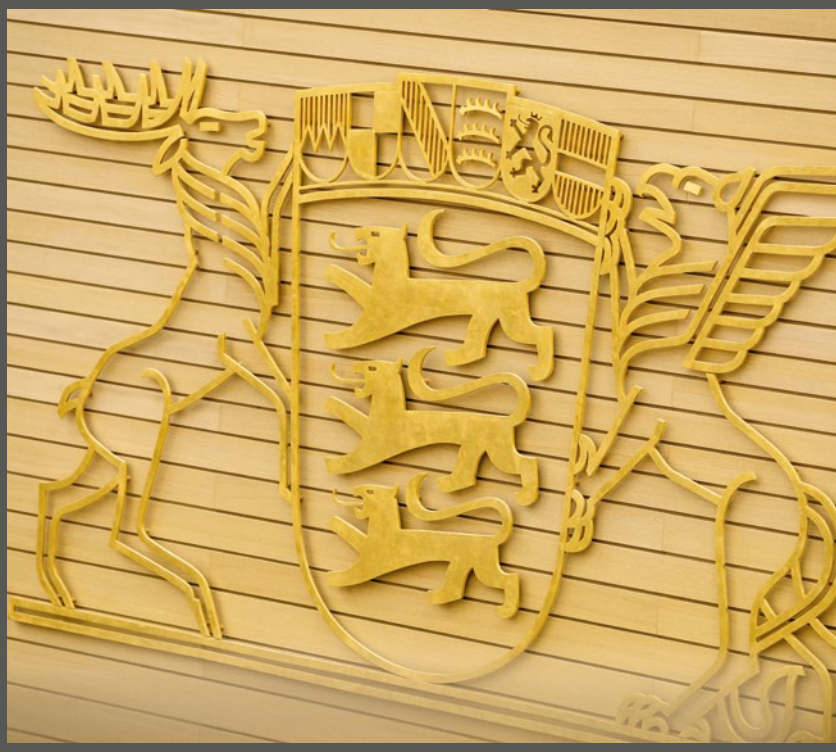
Zu Themen von aktuellem und allgemeinem Interesse kann von einer Fraktion oder Gruppe eine Aktuelle Debatte vor dem Plenum beantragt werden. Ein Mittel, aktuelle Themen im Parlament schnell zur Sprache zu bringen, ist auch der Dringliche Antrag, der in der jeweils nächsten Plenarsitzung behandelt werden muss. Dringlich sind Anträge, die Immunität einer/eines Abgeordneten aufzuheben, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu entziehen, einen Minister oder eine Ministerin zu entlassen oder einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Andere Anträge können vom Präsidium durch einen einmütigen Beschluss oder vom Landtagsplenum durch Mehrheitsbeschluss für dringlich erklärt werden. Gebräuchliche Mittel der Einwirkung auf das Handeln der Regierung sind außerdem Anträge aus der Mitte des Hauses, die darauf abzielen, die Regierung um bestimmte Maßnahmen zu ersuchen. Zum Bereich der Regierungskontrolle gehören schließlich Untersuchungsausschüsse und die Beschlüsse des Landtags zu Petitionen.

Das Recht, Gesetzentwürfe einzubringen (Gesetzesinitiativrecht), steht der Regierung und den Abgeordneten zu, prinzipiell aber auch dem Volk. In der Praxis macht die Regierung von ihrem Initiativrecht in größerem Umfang Gebrauch als die Abgeordneten. Gesetzentwürfe aus der Mitte des Landtags müssen von mindestens acht Abgeordneten oder einer Fraktion unterzeichnet sein. Die Gesetzentwürfe werden im Plenum in zwei oder drei Beratungen (Lesungen) behandelt.

Das Präsidium

Zentrales Lenkungs- und Leitungsorgan

Das Präsidium fungiert als zentrales Lenkungs- und Leitungsorgan des Parlaments. Die Sitzungstermine des Plenums, der Ausschüsse sowie der Fraktionen und deren Arbeitskreise werden hier auf ein Jahr im Voraus festgelegt. Auch die Tagesordnungen für die Plenarsitzungen werden vom Präsidium erstellt und die Redezeiten vereinbart. Das Präsidium erörtert alle grundsätzlichen Fragen in den Beziehungen des Parlaments zur Landesregierung. Ferner legt es den Haushaltsentwurf für Sach- und Personalausgaben des Landtags vor. Dem Präsidium gehören 22 Mitglieder an.



Präsidium

Präsidentin: Muhterem Aras, GRÜNE

Vizepräsident: Dr. Wolfgang Reinhart, CDU

Vizepräsident: Daniel Born, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Aras	Deuschle	Binder	Haußmann	Baron
Erikli	Hagel	Born	Dr. Kern	Lindenschmid
Hildenbrand	Hartmann-Müller	Stoch	Dr. Rülke	
Holmberg	Dr. Reinhart			
Krebs	Schweizer			
Lede Abal	Teufel			
Poreski				
Schwarz, Andreas				

Die Ausschüsse

Im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung und gründlichen Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlüsse setzt der Landtag eine ganze Reihe von Ausschüssen ein. Ihnen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für das Finanzwesen, die Bildungspolitik oder den Umweltschutz. Die Ausschüsse befassen sich mit den Angelegenheiten, die ihnen – in der Regel vom Plenum – im Einzelfall überwiesen worden sind, und geben Beschlussempfehlungen. Darüber hinaus können die Ausschüsse auch andere Fragen aus ihrem Geschäftsbereich beraten und dem Landtag zur Entscheidung vorlegen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 22.

Ständiger Ausschuss

Vorsitzender:
Guido Wolf, CDU
Stellv. Vorsitzender:
Ruben Rupp, AfD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Cataltepe Evers Häusler Hentschel Kern Lede Abal Schwarz, Andrea Tuncer	Deuschle von Eyb Dr. Löffler Dr. Miller Stächele Wolf	Binder Weber Dr. Weirauch	Goll Scheerer Weinmann	Klos Rupp

Der Ständige Ausschuss wahrt als sogenanntes Zwischenparlament nach Ablauf der Wahlperiode oder nach einer vorzeitigen Landtagsauflösung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung. Während der Wahlperiode hat der Ständige Ausschuss die Aufgaben eines Fachausschusses für Verfassungs- und Rechtsfragen sowie für Medienpolitik und Datenschutz.

Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Vorsitzender:
Ulli Hockenberger, CDU
Stellv. Vorsitzende:
Andrea Schwarz, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Cataltepe Häffner Hildenbrand Lede Abal Schwarz, Andrea Seimer Sperling Tuncer	Bückner Gehring Hocken-berger Huber Mayr Dr. Miller	Binder Hoffmann Ranger	Goll Karrais Weinmann	Goßner Lindenschmid

Das Aufgabengebiet des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen umfasst insbesondere die sogenannte Innere Sicherheit, also Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz. Daneben befassen sich die Ausschussmitglieder unter anderem mit der Digitalisierung, dem Kommunal- und Sparkassenwesen sowie der Entwicklung der Landesverwaltung.

Ausschuss für Finanzen

Vorsitzender:
Martin Rivoir, SPD
Stellv. Vorsitzende:
Sarah Schweizer, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Erikli Evers Knopf Pix Dr. Rösler Saebel Salomon Seimer	Hocken-berger Mack Mayr Dr. Reinhart Dr. Schütte Schweizer	Fink Gruber Rivoir	Bonath Brauer Fischer	Dr. Hellstern Sänze

Einnahmen, Ausgaben und Schuldenstand – damit setzt sich der Ausschuss für Finanzen auseinander. Hier werden alle Fragen erörtert, die den Landeshaushalt und somit die Finanz- und Steuerpolitik betreffen.

Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport

Vorsitzende:
Petra Häffner, GRÜNE
Stellv. Vorsitzende:
Katrin Steinhülb-Joos, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Aschhoff Bauer Häffner Mettenleiter Nentwich Poreski Saint-Cast Wehinger	Dr. Becker Gehring Hailfinger Dr. Miller Staab Sturm	Born Dr. Fulst-Blei Steinhülb-Joos	Birnstock Fink-Trauschel Dr. Kern	Dr. Balzer Hörner

Alles, was mit schulischer Bildung und dem Schulwesen zusammenhängt, wird im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beraten. Daneben gehören zu seinem Zuständigkeitsbereich unter anderem Kleinkindbetreuung, Kindergärten, vorschulische Bildung, Angelegenheiten des Sports sowie die Beziehungen zu den Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften.

Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Vorsitzende:
Nese Erikli, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Rainer Balzer, AfD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Aschhoff	Dr. Becker	Dr. Kliche-Behnke	Birnstock	Dr. Balzer
Erikli	Deuschle	Rivoir	Brauer	Bamberger
Joukov	Dr. Preusch	Rolland	Dr. Kern	
Knopf	Dr. Schütte			
Köhler	Sturm			
Saint-Cast	Wolf			
Salomon				
Seemann				

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst befasst sich in erster Linie mit dem Hochschulwesen, also Universitäten und anderen Hochschulen. Dabei geht es besonders um die Förderung der Forschung und Lehre. Wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs zählen aber auch zu seinem Aufgabenbereich. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Pflege der Kunst, also etwa die Unterstützung von Museen und Theatern.

Ausschuss für Umwelt, Klima, und Energiewirtschaft

Vorsitzender:
Daniel Karrais, FDP/DVP
Stellv. Vorsitzender:
Alexander Schoch, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Behrens	Hailfinger	Gruber	Bonath	Dr. Hellstern
Krebs	Haser	Rolland	Hoher	Steyer
Mettenleiter	Dr. Pfau-Weller	Steinhülb-Joos	Karrais	
Niemann	Dr. Schütte			
Nüssle	Schuler			
Dr. Rösler	Vogt			
Schoch				
Sperling				

Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energiepolitik, Immissionsschutz sowie Wasser- und Abfallwirtschaft sind die Themen, mit denen sich der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beschäftigt. Von zentraler Bedeutung ist die Energiewende. Deshalb sind die erneuerbaren Energien sowie die Entsorgung radioaktiver Stoffe und die Atomaufsicht häufig Gegenstand der Beratungen.

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Vorsitzender:
Dr. Erik Schweickert, FDP/DVP
Stellv. Vorsitzende:
Katrin Schindele, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Bauer	Dörflinger	Dr. Fulst-Blei	Reith	Gögel
Grath	Hailfinger	Wahl	Scheerer	Rupp
Hagmann	Mack	Dr. Weirauch	Dr. Schweickert	
Häusler	Dr. Reinhart			
Herkens	Schindele			
Niemann	Vogt			
Schoch				
Tok				

Zentrale Themen sind Wirtschafts-, Mittelstands-, Innovations- und Standortpolitik sowie Wirtschaftsförderung. Wichtig sind ebenso die Bereiche Geld- und Kreditwesen, Arbeitsmarkt, berufliche Bildung, Außenwirtschaft sowie der Tourismus in Baden-Württemberg.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Vorsitzender:
Florian Wahl, SPD
Stellv. Vorsitzende:
Dorothea Wehinger, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Hildenbrand	Bückner	Kenner	Fischer	Eisenhut
Knopf	Hailfinger	Dr. Kliche-Behnke	Haußmann	Wolle
Köhler	Huber	Wahl	Reith	
Krebs	Dr. Preusch			
Poreski	Sturm			
Seemann	Teufel			
Tuncer				
Wehinger				

Das Themenspektrum im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration ist breit gefächert: von Sozialversicherung über Gesundheitswesen, Pflege sowie Kinder- und Jugendpolitik bis hin zu Chancengleichheit und Familienpolitik. Außerdem befasst sich das Gremium vor allem mit den Grundsatzfragen der Integrationspolitik.

Ausschuss für Verkehr

Vorsitzender:
Rüdiger Klos, AfD
Stellv. Vorsitzender:
August Schuler, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg	Bückner	Hoffmann	Haag	Klauß
Braun	Dörflinger	Röderer	Dr. Jung	Klos
Gericke	Hartmann-Müller	Storz	Scheerer	
Hentschel	von Loga			
Joukov	Dr. Pfau-Weller			
Katzenstein	Schuler			
Marwein				
Nüssle				

Ob Auto, Bahn, Schiff oder Flugzeug – Mobilität ist ein wichtiges Thema im Ausschuss für Verkehr. Damit einhergehend spielen in den Ausschussberatungen Straßenbau und Lärmschutz eine große Rolle.

Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Vorsitzender:
Martin Hahn, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Klaus Hoher, FDP/DVP

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Behrens	Burger	Röderer	Fischer	Eisenhut
Bogner-Unden	Epple	Storz	Heitlinger	Klecker
Braun	von Eyb	Weber	Hoher	
Hahn	Haser			
Holmberg	Schweizer			
Nentwich	Teufel			
Pix				
Waldbüßer				

Die Förderung des ländlichen Raums, Tierschutz, Landschaftspflege und -entwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft sind zentrale Themen im Ausschuss für Ländlichen Raum. Ebenso zählen Ernährung und der Verbraucherschutz zum Themengebiet des Gremiums.

Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen

Vorsitzende:
Christiane Staab, CDU
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Christian Jung,
FDP/DVP

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg	Burger	Born	Haag	Goßner
Gericke	Neumann-Martin	Hoffmann	Dr. Jung	Klauß
Grath	Dr. Pfau-Weller	Ranger	Dr. Schweickert	
Häusler	Schindele			
Hahn	Staab			
Holmberg	Vogt			
Saebel				
Tok				

Landesentwicklung und Wohnen sind zentrale Inhalte des Gremiums. Außerdem spielen Raumordnung und Bautechnik eine große Rolle.

Ausschuss für Europa und Internationales

Vorsitzender:
Willi Stächele, CDU
Stellv. Vorsitzende:
Andrea Bogner-Unden,
GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Bogner-Unden	Hartmann-Müller	Cuny	Fink-Trauschel	Bamberger
Hagmann	Dr. Löffler	Fink	Goll	Sänze
Herkens	von Loga	Steinhülb-Joos	Heitlinger	
Joukov	Schuler			
Kern	Schweizer			
Marwein	Stächele			
Mettenleiter				
Nüssle				

Der Ausschuss für Europa und Internationales beschäftigt sich insbesondere mit den für das Land relevanten Vorhaben der Europäischen Union. Darüber hinaus ist er für Fragen der grenzüberschreitenden und internationalen Zusammenarbeit zuständig.

Petitionsausschuss

Vorsitzender:
Thomas Marwein, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Andreas Kenner, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg	Bückner	Cuny	Birnstock	Hörner
Herkens	Epple	Kenner	Heitlinger	Klecker
Katzenstein	von Loga	Ranger	Dr. Jung	
Marwein	Mayr			
Salomon	Neumann-Martin			
Seimer	Schindele			
Waldbüßer				
Wehinger				

Aufgabe des Petitionsausschusses ist es, sich mit Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern zu befassen, die sich durch eine Behörde des Landes ungerecht behandelt fühlen. Der Petitionsausschuss darf – im Unterschied zu den Gerichten – nicht nur die Rechtmäßigkeit einer behördlichen Entscheidung überprüfen, sondern auch deren Zweckmäßigkeit.

Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft

Vorsitzender:
Alexander Salomon, GRÜNE
Stellv. Vorsitzende:
Dr. Natalie Pfau-Weller, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Aschhoff	Dr. Miller	Dr. Kliche-Behnke	Karrais	Wolle
Cataltepe	Dr. Pfau-Weller	Wahl	Reith	
Köhler	Dr. Preusch			
Krebs	Staab			
Salomon				

Als externe Mitglieder wurden gewählt:
Prof. Dr. Marius R. Busemeyer, Universität Konstanz, Leiter der Arbeitsgruppe für Vergleichende Politische Ökonomie, Prof. Dr. Astrid Elsbernd, Hochschule Esslingen, Leiterin des Instituts für Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie Marco Krüger, Universität Tübingen, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (Wahlvorschläge der Grünen-Fraktion); Dr. Christoph Müller, Hauptgeschäftsführer Netze BW GmbH, und Joachim Walter, Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg und Landrat des Landkreises Tübingen (Wahlvorschläge der CDU-Fraktion); Dr. Daniela Harsch, Bürgermeisterin für Soziales, Ordnung und Kultur Tübingen (Wahlvorschlag der SPD-Fraktion); Thomas Albiez, Hauptgeschäftsführer IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg (Wahlvorschlag der Fraktion FDP/DVP); Wahlvorschlag der AfD: N. N.

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" soll Handlungsempfehlungen erarbeiten, die das Ziel haben, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen. Dabei soll sie sich insbesondere auf die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

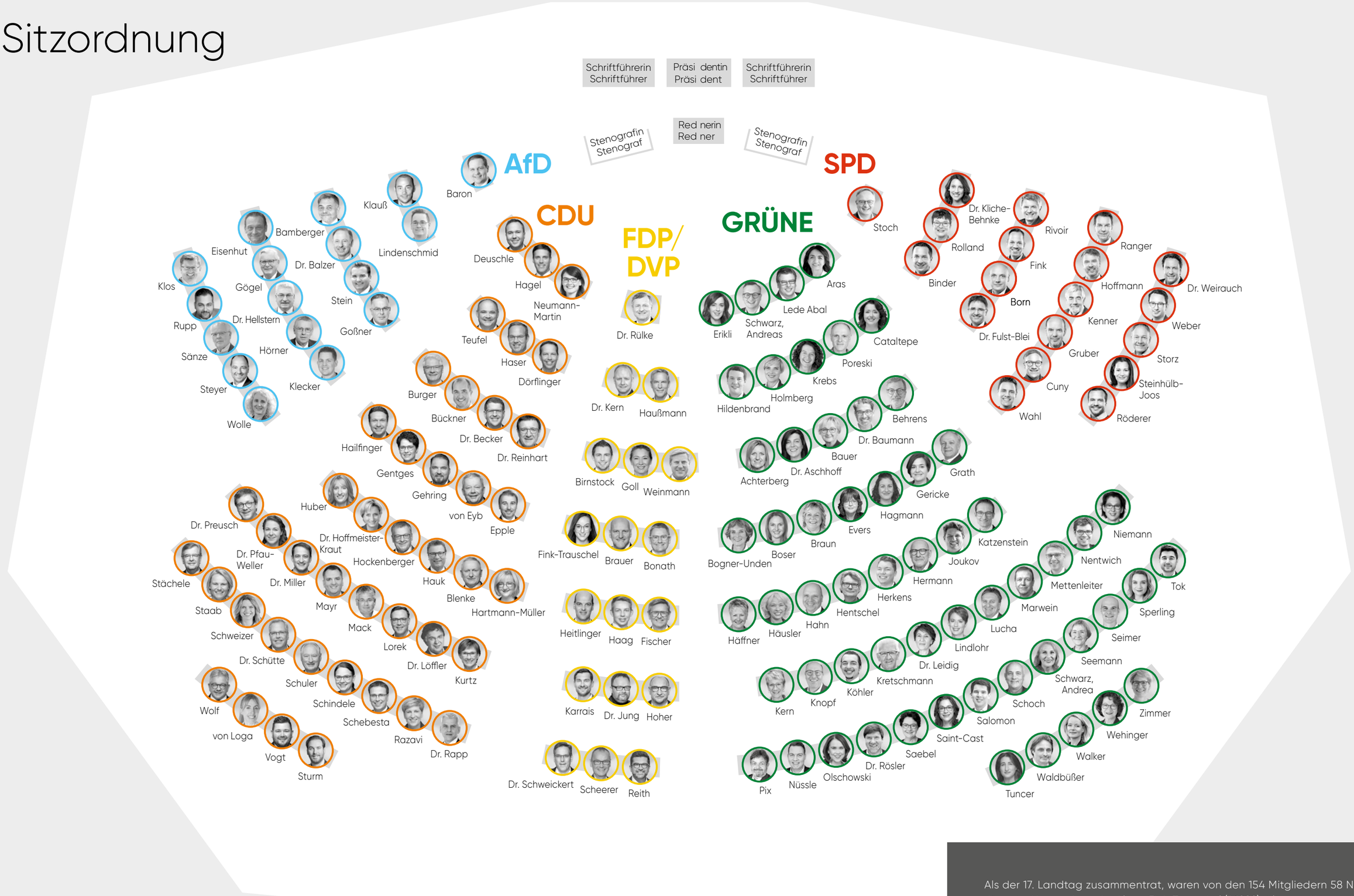
Untersuchungsausschuss „IdP & Beförderungspraxis"

Vorsitzende:
Daniela Evers, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Boris Weirauch, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Evers	Gehring	Binder	Goll	Goßner
Häffner	Dr. Löffler	Weirauch	Weinmann	
Hentschel	Staab			
Hildenbrand	Stächele			
Sperling				

Untersuchungsausschuss „Handeln des Innenministers und des Innenministeriums im Fall des Verdachts der sexuellen Belästigung gegen den Inspekteur der Polizei Baden-Württemberg und Beurteilungs-, Beförderungs- und Stellenbesetzungsverfahren in der Polizei Baden-Württemberg (UsA IdP & Beförderungspraxis)".

Sitzordnung



Als der 17. Landtag zusammentrat, waren von den 154 Mitgliedern 58 Neulinge. Jüngste Abgeordnete ist Alena Fink-Trauschel (* 1999); ältester Abgeordneter ist Winfried Kretschmann (* 1948). Der Anteil der weiblichen Landtagsabgeordneten liegt gegenwärtig bei 31,2 Prozent: Von den 154 Abgeordneten der 17. Legislaturperiode sind 48 Frauen.

Die Abgeordneten

und ihre 70 Wahlkreise

1 Stuttgart I
Muhterem Aras **GRÜNE**

2 Stuttgart II
Winfried Hermann **GRÜNE**
Friedrich Haag **FDP/DVP**

3 Stuttgart III
Oliver Hildenbrand **GRÜNE**
Dr. Reinhard Löffler **CDU**

4 Stuttgart IV
Petra Olschowski **GRÜNE**
Katrin Steinhülb-Joos **SPD**

5 Böblingen
Thekla Walker **GRÜNE**
Dr. Matthias Miller **CDU**
Florian Wahl **SPD**

6 Leonberg
Peter Seimer **GRÜNE**
Sabine Kurtz **CDU**
Hans Dieter Scheerer **FDP/DVP**

7 Esslingen
Andrea Lindlohr **GRÜNE**
Andreas Deuschle **CDU**
Nicolas Fink **SPD**

8 Kirchheim
Andreas Schwarz **GRÜNE**
Dr. Natalie Pfau-Weller **CDU**
Andreas Kenner **SPD**

9 Nürtingen
Winfried Kretschmann **GRÜNE**
Dennis Birnstock **FDP/DVP**

10 Göppingen
Ayla Cataltepe **GRÜNE**
Sarah Schweizer **CDU**
Hans-Jürgen Goßner **AfD**

11 Geislingen
Nicole Razavi **CDU**
Sascha Binder **SPD**

12 Ludwigsburg
Silke Gericke **GRÜNE**

13 Vaihingen
Dr. Markus Rösler **GRÜNE**
Konrad Epple **CDU**

14 Bietigheim-Bissingen
Tayfun Tok **GRÜNE**
Tobias Vogt **CDU**

15 Waiblingen
Swantje Sperling **GRÜNE**
Siegfried Lorek **CDU**
Julia Goll **FDP/DVP**

16 Schorndorf
Petra Häffner **GRÜNE**
Christian Gehring **CDU**
Jochen Haußmann **FDP/DVP**

17 Backnang
Ralf Nentwich **GRÜNE**
Gernot Gruber **SPD**
Daniel Lindenschmid **AfD**

18 Heilbronn
Gudula Achterberg **GRÜNE**
Nico Weinmann **FDP/DVP**

19 Eppingen
Erwin Köhler **GRÜNE**
Dr. Michael Preusch **CDU**
Dennis Klecker **AfD**
Georg Heitlinger **FDP/DVP**

20 Neckarsulm
Armin Waldbüßer **GRÜNE**
Isabell Huber **CDU**
Carola Wolle **AfD**
Klaus Ranger **SPD**

21 Hohenlohe
Catherine Kern **GRÜNE**
Arnulf Freiherr von Eyb **CDU**
Anton Baron **AfD**

22 Schwäbisch Hall
Jutta Niemann **GRÜNE**
Stephen Brauer **FDP/DVP**
Udo Stein **AfD**

23 Main-Tauber
Dr. Wolfgang Reinhart **CDU**

24 Heidenheim
Martin Grath **GRÜNE**
Andreas Stoch **SPD**

25 Schwäbisch Gmünd
Martina Häusler **GRÜNE**
Tim Bückner **CDU**
Ruben Rupp **AfD**

26 Aalen
Winfried Mack **CDU**

27 Karlsruhe I
Dr. Ute Leidig **GRÜNE**

28 Karlsruhe II
Alexander Salomon **GRÜNE**

29 Bruchsal
Ulli Hockenberger **CDU**
Dr. Rainer Balzer **AfD**

30 Bretten
Andrea Schwarz **GRÜNE**
Ansgar Mayr **CDU**
Dr. Christian Jung **FDP/DVP**

31 Ettlingen
Barbara Saebel **GRÜNE**
Christine Neumann-Martin **CDU**
Alena Fink-Trauschel **FDP/DVP**

32 Rastatt
Thomas Hentschel **GRÜNE**
Dr. Alexander Becker **CDU**
Jonas Weber **SPD**

33 Baden-Baden
Hans-Peter Behrens **GRÜNE**
Cornelia von Loga **CDU**

34 Heidelberg
Theresia Bauer **GRÜNE**

35 Mannheim I
Dr. Susanne Aschhoff **GRÜNE**
Dr. Stefan Fulst-Blei **SPD**

36 Mannheim II
Elke Zimmer **GRÜNE**
Dr. Boris Weirauch **SPD**

37 Wiesloch
Norbert Knopf **GRÜNE**
Christiane Staab **CDU**

38 Neckar-Odenwald
Peter Hauk **CDU**

39 Weinheim
Fadime Tuncer **GRÜNE**
Sebastian Cuny **SPD**

40 Schwetzingen
Dr. Andre Baumann **GRÜNE**
Andreas Sturm **CDU**
Daniel Born **SPD**

41 Sinsheim
Hermann Katzenstein **GRÜNE**
Dr. Albrecht Schütte **CDU**
Jan-Peter Röderer **SPD**

42 Pforzheim
Felix Herkens **GRÜNE**
Dr. Hans-Ulrich Rülke **FDP/DVP**
Alfred Bamberger **AfD**

43 Calw
Thomas Blenke **CDU**
Miguel Klauß **AfD**

44 Enz
Stefanie Seemann **GRÜNE**
Dr. Erik Schweickert **FDP/DVP**
Bernd Gögel **AfD**

45 Freudenstadt
Katrin Schindele **CDU**
Dr. Timm Kern **FDP/DVP**
Dr. Uwe Hellstern **AfD**

46 Freiburg I
Daniela Evers **GRÜNE**

47 Freiburg II
Nadyne Saint-Cast **GRÜNE**
Gabriele Rolland **SPD**

48 Breisgau
Reinhold Pix **GRÜNE**
Dr. Patrick Rapp **CDU**

49 Emmendingen
Alexander Schoch **GRÜNE**

50 Lahr
Sandra Boser **GRÜNE**
Marion Gentges **CDU**

51 Offenburg
Thomas Marwein **GRÜNE**
Volker Schebesta **CDU**

52 Kehl
Bernd Mettenleiter **GRÜNE**
Willi Stächele **CDU**

53 Rottweil
Stefan Teufel **CDU**
Daniel Karrais **FDP/DVP**
Emil Sänze **AfD**

54 Villingen-Schwenningen
Martina Braun **GRÜNE**
Frank Bonath **FDP/DVP**

55 Tuttlingen-Donaueschingen
Guido Wolf **CDU**
Nikolai Reith **FDP/DVP**
Rüdiger Klos **AfD**

56 Konstanz
Nese Erikli **GRÜNE**

57 Singen
Dorothea Wehinger **GRÜNE**
Hans-Peter Storz **SPD**
Bernhard Eisenhut **AfD**

58 Lörrach
Sarah Hagmann **GRÜNE**
Jonas Hoffmann **SPD**

59 Waldshut
Niklas Nüssle **GRÜNE**
Sabine Hartmann-Müller **CDU**

60 Reutlingen
Thomas Poreski **GRÜNE**

61 Hechingen-Münsingen
Cindy Holmberg **GRÜNE**
Manuel Hailfinger **CDU**
Rudi Fischer **FDP/DVP**
Joachim Steyer **AfD**

62 Tübingen
Daniel Lede Abal **GRÜNE**
Dr. Dorothea Kliche-Behnke **SPD**

63 Balingen
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut **CDU**
Hans-Peter Hörner **AfD**

64 Ulm
Michael Joukov **GRÜNE**
Martin Rivoir **SPD**

65 Ehingen
Manuel Hagel **CDU**

66 Biberach
Thomas Dörflinger **CDU**

67 Bodensee
Martin Hahn **GRÜNE**
Klaus Hoher **FDP/DVP**

68 Wangen
Petra Krebs **GRÜNE**
Raimund Haser **CDU**

69 Ravensburg
Manfred Lucha **GRÜNE**
August Schuler **CDU**

70 Sigmaringen
Andrea Bogner-Unden **GRÜNE**
Klaus Burger **CDU**

Andreas Schwarz

Als Fraktionsvorsitzender der Grünen Landtagsfraktion ist Andreas Schwarz Generalist in allen landespolitischen Themen. Er spricht für seine Fraktion im Landtag und vor den Medien. Er ist direkt gewählter Abgeordneter aus Kirchheim unter Teck (Wahlkreis 8). Geboren wurde er 1979, er ist verheiratet und lebt mit Frau und Tochter in seiner Heimatstadt Kirchheim. Andreas Schwarz ist studierter Wirtschaftsjurist und hält zudem einen Master of Business Administration. Privat fährt er leidenschaftlich Rennrad und engagierte sich in jungen Jahren sowohl bei der Freiwilligen Feuerwehr als auch als Stadt- und Kreisrat in der Kommunalpolitik.

Achterberg, Gudula, geboren 1965, Diplom-Betriebswirtin (FH), MdL seit 01.02.2022, Wahlkreis 18, Heilbronn

Aras, Muhterem, geboren 1966, Diplom-Ökonomin, Steuerberaterin, Landtagspräsidentin, MdL seit 2011, Wahlkreis 1, Stuttgart I

Dr. Aschhoff, Susanne, geboren 1971, Tierärztin, MdL seit 2021, Wahlkreis 35, Mannheim I

Bauer, Theresia, geboren 1965, Ministerin a. D., MdL seit 2001, Wahlkreis 34, Heidelberg

Dr. Baumann, Andre, geboren 1973, Staatssekretär, Dipl.-Biologe, MdL seit 2021, Wahlkreis 40, Schwetzingen

Behrens, Hans-Peter, geboren 1961, Dipl.-Ing. (FH) Elektro-/Nachrichtentechnik, MdL seit 2019, Wahlkreis 33, Baden-Baden

Bogner-Unden, Andrea, geboren 1955, Oberstudienrätin, MdL seit 2016, Wahlkreis 70, Sigmaringen

Boser, Sandra, geboren 1976, Staatssekretärin, Diplom-Betriebswirtin, MdL seit 2011, Wahlkreis 50, Lahr

Braun, Martina, geboren 1960, Biobäuerin, PTA, MdL seit 2016, Wahlkreis 54, Villingen-Schwenningen

Cataltepe, Ayla, geboren 1972, Parlamentarische Referentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 10, Göppingen

Erikli, Nese, geboren 1981, Projektleiterin, MdL seit 2016, stv. Fraktionsvorsitzende, Wahlkreis 56, Konstanz

Evers, Daniela, geboren 1971, Rechtsanwältin, MdL seit 2021, Wahlkreis 46, Freiburg I

Gericke, Silke, geboren 1974, Referentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 12, Ludwigsburg

Grath, Martin, geboren 1960, Bäckermeister, Betriebswirt des Handwerks, MdL seit 2016, Wahlkreis 24, Heidenheim

Häffner, Petra, geboren 1964, Heilpraktikerin, Physiotherapeutin, MdL seit 2011, Wahlkreis 16, Schorndorf

Hagmann, Sarah, geb. 1985, Diplom-Betriebswirtin, Historikerin, MdL seit 01.01.2024, Wahlkreis 58, Lörrach

Häusler, Martina, geboren 1964, Betriebswirtin (VWA), MdL seit 2021, Wahlkreis 25, Schwäbisch Gmünd

Hahn, Martin, geboren 1963, Landwirtschaftsmeister, MdL seit 2011, Wahlkreis 67, Bodensee

GRÜNE 58 ABGEORDNETE

Hentschel, Thomas,
geboren 1964,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 32,
Rastatt

Herkens, Felix,
geboren 1995,
Student,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 42,
Pforzheim

Hermann, Winfried,
geboren 1952,
Minister für Verkehr,
MdL 1984–1988
und seit 2016,
Wahlkreis 2,
Stuttgart II

Hildenbrand, Oliver,
geboren 1988,
Psychologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 3,
Stuttgart III

Holmberg, Cindy,
geboren 1975,
Wirtschafts-
korrespondentin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 61,
Hechingen-
Münsingen

Joukov, Michael,
geboren 1981,
Dipl.-Wirtschafts-
wissenschaftler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 64,
Ulm

Katzenstein, Hermann,
geboren 1969,
Diplom-Physiker,
wissenschaftlicher
Angestellter,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Kern, Catherine,
geboren 1961,
freiberufliche
Sprachdozentin
und Übersetzerin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 21,
Hohenlohe

Knopf, Norbert,
geboren 1967,
Sozialversicherungs-
angestellter,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 37,
Wiesloch

Köhler, Erwin,
geboren 1995,
Kunst- und Kultur-
manager,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Krebs, Petra,
geboren 1969,
Krankenschwester,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 68,
Wangen

Kretschmann, Winfried,
geboren 1948,
Ministerpräsident,
MdL 1980–1984,
1988–1992
und seit 1996,
Wahlkreis 9,
Nürtingen

Lede Abal,
Daniel,
geboren 1976,
Geschäftsführer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 62,
Tübingen

Dr. Leidig, Ute,
geboren 1963,
Staatssekretärin,
Psychologin,
MdL seit 2019,
Wahlkreis 27,
Karlsruhe I

Lindlohr, Andrea,
geboren 1975,
Staatssekretärin,
Politikwissen-
schaftlerin,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 7,
Esslingen

Lucha, Manfred,
geboren 1961,
Minister für Soziales,
Gesundheit und
Integration,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 69,
Ravensburg

Marwein, Thomas,
geboren 1958,
Bauingenieur,
Vermessungs-
techniker,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 51,
Offenburg

Mettenleiter, Bernd,
geboren 1971,
Lehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 52,
Kehl

Nentwich, Ralf,
geboren 1982,
Realschullehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 17,
Backnang

Niemann, Jutta,
geboren 1970,
Diplom-Physikerin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 22,
Schwäbisch Hall

Nüssle, Niklas,
geboren 1994,
Chemie- und
Bioingenieur,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 59,
Waldshut

Olschowski, Petra,
geboren 1965,
Ministerin für
Wissenschaft,
Forschung und Kunst,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 4,
Stuttgart IV

Pix, Reinhold,
geboren 1955,
Diplom-Forstwirt,
ehemaliger
Weingutsinhaber,
MdL seit 2006,
Wahlkreis 48,
Breisgau

Poreski, Thomas,
geboren 1963,
Diplom-Pädagoge,
Diplom-Sozial-
arbeiter,
Geschäftsführer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 60,
Reutlingen

GRÜNE 58 ABGEORDNETE

Dr. Rösler, Markus,
geboren 1961,
Landschaftsökologe,
Landschaftsökonom,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 13,
Vaihingen

Saebel, Barbara,
geboren 1959,
Landtags-
abgeordnete,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Saint-Cast, Nadyne,
geboren 1979,
Politikwissen-
schaftlerin M.A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 47,
Freiburg II

Salomon, Alexander,
geboren 1986,
Landtags-
abgeordneter,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 28,
Karlsruhe II

Schoch, Alexander,
geboren 1954,
Politologe, Geograf,
Diplom-Pädagoge,
Gewerkschaftssekretär,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 49,
Emmendingen

Schwarz, Andrea,
geboren 1957,
Landtags-
abgeordnete,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 30,
Bretten

Seemann, Stefanie,
geboren 1959,
Soziologin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 44,
Enz

Seimer, Peter,
geboren 1993,
Steuerfahnder,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 6,
Leonberg

Sperling, Swantje,
geboren 1983,
Politikwissen-
schaftlerin M. A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 15,
Waiblingen

Tok, Tayfun,
geboren 1986,
Betriebswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 14,
Bietigheim-Bissingen

Tuncer, Fadime,
geboren 1969,
Politikwissen-
schaftlerin M.A.,
MdL seit 21.02.2022,
Wahlkreis 39,
Weinheim

Waldbüßer, Armin,
geboren 1960,
selbstständiger
Kaufmann,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

Walker, Thekla,
geboren 1969,
Ministerin für Umwelt,
Klima und Energie-
wirtschaft,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Wehinger, Dorothea,
geboren 1953,
Erzieherin, Fort-
bildnerin, Coach,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 57,
Singen

Zimmer, Elke,
geboren 1966,
Staatssekretärin,
Diplom-Handels-
lehrerin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 36,
Mannheim II

Fraktion GRÜNE im Landtag
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-6000
E-Mail: post@gruene.landtag-bw.de
www.gruene-landtag-bw.de

CDU 42 ABGEORDNETE

Manuel Hagel

Direktmandat Wahlkreis 65, Ehingen; geboren 1988, verheiratet, drei Kinder; nach der Ausbildung zum Bankkaufmann folgte 2009 eine Weiterbildung zum Bankfachwirt und anschließend ein Studium zum Dipl.- Bankbetriebswirt an der Frankfurt School of Finance & Management. Bis zu seinem Einzug in den Landtag war er Filialdirektor der Sparkasse in Ehingen. Hagel trat 2006 der CDU bei, seit 2010 ist er Mitglied des Kreisvorstands der CDU Alb-Donau-Ulm. Von 2016 bis 2021 war er Generalsekretär der Südwest-Union. Am 4. Mai 2021 wählte ihn die Landtagsfraktion zu ihrem Vorsitzenden. Seit 18. November 2023 ist er Landesvorsitzender der CDU BW.

Dr. Becker, Alexander, geboren 1972, Musikwissenschaftler, MdL seit 2019, Wahlkreis 32, Rastatt

Blenke, Thomas, geboren 1960, Staatssekretär, MdL seit 2001, Wahlkreis 43, Calw

Bückner, Tim, geboren 1983, Kreisgeschäftsführer, MdL seit 2021, Wahlkreis 25, Schwäbisch Gmünd

Burger, Klaus, geboren 1958, Bankkaufmann, Geschäftsstellenleiter, MdL seit 2012, Wahlkreis 70, Sigmaringen

Deuschle, Andreas, geboren 1978, Rechtsanwalt, MdL seit 2011, Wahlkreis 7, Esslingen

Dörflinger, Thomas, geboren 1969, Bankkaufmann, Dipl.-Betriebswirt (FH), MdL seit 2016, Wahlkreis 66, Biberach

Epple, Konrad, geboren 1963, Schlossermeister, MdL seit 2011, Wahlkreis 13, Vaihingen

Freiherr von Eyb, Arnulf, geboren 1955, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, MdL seit 2011, Wahlkreis 21, Hohenlohe

Gehring, Christian, geboren 1979, Kriminalhauptkommissar, MdL seit 2021, Wahlkreis 16, Schorndorf

Gentges, Marion, geboren 1971, Rechtsanwältin, Ministerin der Justiz und für Migration, MdL seit 2016, Wahlkreis 50, Lahr

Hailfinger, Manuel, geboren 1982, Justiziar, MdL seit 2021, Wahlkreis 61, Hechingen-Münsingen

Hartmann-Müller, Sabine, geboren 1962, Dipl.-Betriebswirtin (FH), MdL seit 2017, Wahlkreis 59, Waldshut

Haser, Raimund, geboren 1975, Dipl.-Betriebswirt (BA), Wirtschaftsredakteur, Autor, Verleger, MdL seit 2016, Wahlkreis 68, Wangen

Hauk, Peter, geboren 1960, Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, MdL seit 1992, Wahlkreis 38, Neckar-Odenwald

Hockenberger, Ulli, geboren 1956, Bürgermeister a. D., MdL seit 2016, Wahlkreis 29, Bruchsal

Dr. Hoffmeister-Kraut, Nicole, geboren 1972, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, MdL seit 2016, Wahlkreis 63, Balingen

Huber, Isabell, geboren 1987, Master of Arts Public Management, MdL seit 2019, Wahlkreis 20, Neckarsulm

Kurtz, Sabine, geboren 1961, Staatssekretärin, MdL seit 2006, Wahlkreis 6, Leonberg

von Loga, Cornelia, geb. 1979, Medienmanagerin, MdL seit 01.12.2023, Wahlkreis 33, Baden-Baden

Dr. Löffler, Reinhard, geboren 1954, Rechtsanwalt, MdL seit 2021, Wahlkreis 3, Stuttgart III

Lorek, Siegfried, geboren 1977, Polizeioberrat a. D., Staatssekretär, MdL seit 2016, Wahlkreis 15, Waiblingen

Mack, Winfried,
geboren 1965,
Diplom-Verwaltungswissenschaftler,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 26,
Aalen

Mayr, Ansgar,
geboren 1972,
Dipl.-Betriebswirt (BA),
MdL seit 2021,
Wahlkreis 30,
Bretten

Dr. Miller, Matthias,
geboren 1991,
Notarassessor,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Neumann-Martin,
Christine,
geboren 1986,
Master of Arts der
Erwachsenenbildung,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Dr. Pfau-Weller,
Natalie,
geboren 1987,
wiss. Mitarbeiterin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 8,
Kirchheim

Dr. Preusch, Michael,
geboren 1975,
Arzt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Dr. Rapp, Patrick,
geboren 1969,
Dipl.-Forstwirt,
Staatssekretär,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 48,
Breisgau

Razavi, Nicole,
geboren 1965,
Parlamentsrätin a. D.,
Ministerin für Landesentwicklung und
Wohnen, MdL seit
2006, Wahlkreis 11,
Geislingen

Dr. Reinhart, Wolfgang,
geboren 1956,
Rechtsanwalt,
stellv. Landtagspräsident,
MdL seit 1992,
Wahlkreis 23,
Main-Tauber

Schebesta, Volker,
geboren 1971,
Staatssekretär im
Ministerium für Kultus,
Jugend und Sport,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 51,
Offenburg

Schindele, Katrin,
geboren 1987,
Entwicklungsingenieurin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 45,
Freudenstadt

Dr. Schütte, Albrecht,
geboren 1970,
Dipl.-Physiker,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Schuler, August,
geboren 1957,
selbstständiger
Gastronom,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 69,
Ravensburg

Schweizer, Sarah,
geboren 1983,
Rechtsanwältin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 10,
Göppingen

Staab, Christiane,
geboren 1968,
Bürgermeisterin a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 37,
Wiesloch

Stächele, Willi,
geboren 1951,
Minister a. D.,
Rechtsanwalt,
MdL seit 1992,
Wahlkreis 52,
Kehl

Sturm, Andreas,
geboren 1986,
Studienrat,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 40,
Schwetzingen

Teufel, Stefan,
geboren 1972,
Industriekaufmann,
Betriebswirt (GA),
MdL seit 2006,
Wahlkreis 53,
Rottweil

Vogt, Tobias,
geboren 1985,
Kfz-Technikermeister,
Betriebswirt M. A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 14,
Bietigheim-Bissingen

Wolf, Guido,
geboren 1961,
Minister a. D.,
MdL seit 2006,
Wahlkreis 55,
Tuttlingen-
Donaueschingen

CDU-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-8000
E-Mail: post@cdu.landtag-bw.de
www.cdufraktion-bw.de

SPD 19 ABGEORDNETE

Andreas Stoch

Wahlkreis 24, Heidenheim; geboren 1969, verheiratet, vier Kinder; seit Mai 2016 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Der Rechtsanwalt (Anwaltstätigkeit ruht) trat 1990 in die SPD ein, 1987 bis 1991 war er Juso-Kreisvorsitzender. Mitglied des Landtags seit 1. April 2009, Parlamentarischer Geschäftsführer von Mai 2011 bis Januar 2013; Minister für Kultus, Jugend und Sport von Januar 2013 bis Mai 2016. Seit November 2018 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg.

Binder, Sascha,
geboren 1983,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 11,
Geislingen

Born, Daniel,
geboren 1975,
Landtags-
vizepräsident,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 40,
Schwetzingen

Cuny, Sebastian,
geboren 1978,
Politikwissen-
schaftler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 39,
Weinheim

Fink, Nicolas,
geboren 1976,
Diplom-Verwaltungs-
wirt (FH),
MdL seit 2019,
Wahlkreis 7,
Esslingen

Dr. Fulst-Blei, Stefan,
geboren 1968,
Berufsschullehrer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 35,
Mannheim I

Gruber, Gernot,
geboren 1963,
Diplom-Mathematiker,
Politikwissenschaftler,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 17,
Backnang

Hoffmann, Jonas,
geboren 1985,
Wirtschafts-
informatiker B. Sc.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 58,
Lörrach

Kenner, Andreas,
geboren 1956,
Altenpfleger,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 8,
Kirchheim

Dr. Kliche-Behnke,
Dorothea,
geboren 1981,
Referentin der
Geschäftsleitung,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 62,
Tübingen

Ranger, Klaus,
geboren 1961,
Bankfachwirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

Rivoir, Martin,
geboren 1960,
Diplom-Ingenieur,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 64,
Ulm

Röderer, Jan-Peter,
geboren 1986,
Molekularbiologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Rolland, Gabriele,
geboren 1963,
Diplom-
Verwaltungswirtin (FH),
MdL seit 2011,
Wahlkreis 47,
Freiburg II

Steinhülb-Joos,
Katrin,
geboren 1966,
Schulleiterin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 4,
Stuttgart IV

Storz, Hans-Peter,
geboren 1960,
Religionslehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 57,
Singen

Wahl, Florian,
geboren 1984,
ltd. Angestellter,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Weber, Jonas,
geboren 1982,
Politikwissen-
schaftler,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 32,
Rastatt

Dr. Weirauch, Boris,
geboren 1977,
Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Bank-
und Kapitalmarktrecht,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 36,
Mannheim II

SPD-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
www.spd-landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.x.com/spdlandtagbw
www.instagram.com/spdlandtag_bw

FDP/DVP 18 ABGEORDNETE

Dr. Hans-Ulrich Rülke

Wahlkreis 42, Pforzheim, ist Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP. Geboren 1961 in Tuttlingen, verheiratet, drei Kinder. Studiendirektor (beurlaubt), von 2001 bis 2006 Fachberater für Politik beim Oberschulamt Karlsruhe. Mitglied des Landtags seit 2006. Seit 1999 im Pforzheimer Gemeinderat, seit 2001 Vorsitzender der FDP-Gemeinderatsfraktion und seit 2019 Erster Ehrenamtlicher Gemeinderätlicher Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Pforzheim. Stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg und Mitglied im Bundespräsidium der FDP.

Birnstock, Dennis,
geboren 1991,
Biotechnologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 9,
Nürtingen

Bonath, Frank,
geboren 1972,
Dipl.-Volkswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 54,
Villingen-
Schwenningen

Brauer, Stephen,
geboren 1970,
Dipl.-Handelslehrer,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 22,
Schwäbisch Hall

Fink-Trauschel, Alena,
geboren 1999,
Studentin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Fischer, Rudi,
geboren 1954,
Maschinenbautechniker und technischer
Betriebswirt,
MdL seit 2019,
Wahlkreis 61,
Hechingen-Münsingen

Goll, Julia,
geboren 1964,
Richterin am
Landgericht a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 15,
Waiblingen

Haag, Friedrich,
geboren 1989,
Unternehmer,
Landwirt im
Nebenerwerb,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 2,
Stuttgart II

Haußmann, Jochen,
geboren 1966,
Diplom-
Betriebswirt (DH),
MdL seit 2011,
Wahlkreis 16,
Schorndorf

Heitlinger, Georg,
geboren 1970,
Landwirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Hoher, Klaus,
geboren 1968,
Landwirt,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 67,
Bodensee

Dr. Jung, Christian,
geboren 1977,
Historiker,
Studiendirektor a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 30,
Bretten

Karrais, Daniel,
geboren 1990,
Maschinenbau-
ingenieur,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 53,
Rottweil

Dr. Kern, Timm,
geboren 1972,
Gymnasiallehrer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 45,
Freudenstadt

Reith, Nikolai,
geboren 1969,
Versicherungsmakler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 55,
Tuttlingen-
Donaueschingen

Scheerer,
Hans Dieter,
geboren 1958,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 6,
Leonberg

Dr. Schweickert, Erik,
geboren 1972,
Professor für
Internationale
Weinwirtschaft,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 44,
Enz

Weinmann, Nico,
geboren 1972,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 18,
Heilbronn

FDP/DVP-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-9112
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-landtag-bw.de

AfD 17 ABGEORDNETE

Anton Baron

Wahlkreis 21, Hohenlohe; geboren 1987, verheiratet. Wirtschaftsingenieur, B. Eng., Produktmanager. Sprecher des AfD-Kreisverbands Hohenlohe/Schwäbisch Hall. Mitglied des Gemeinderats der Stadt Öhringen, AfD-Gruppensprecher im Kreistag des Hohenlohekreises; seit Januar 2023 Fraktionsvorsitzender der AfD.

Dr. Balzer, Rainer, geboren 1959, Ingenieur, Studiendirektor, MdL seit 2016, Wahlkreis 29, Bruchsal

Bamberger, Alfred, geboren 1957, Dipl.-Informatiker, MdL seit 2022, Wahlkreis 42, Pforzheim

Eisenhut, Bernhard, geboren 1958, Kaufmann, MdL seit 2021, Wahlkreis 57, Singen

Gögel, Bernd, geboren 1955, selbstständiger Speditionskaufmann und Geschäftsführer, MdL seit 2016, Wahlkreis 44, Enz

Goßner, Hans-Jürgen, geboren 1970, Angestellter, MdL seit 2021, Wahlkreis 10, Göppingen

Dr. Hellstern, Uwe, geboren 1960, Dipl.-Chemiker, MdL seit 2021, Wahlkreis 45, Freudenstadt

Hörner, Hans-Peter, geboren 1951, Oberstudienrat a. D., MdL seit 2021, Wahlkreis 63, Balingen

Klauß, Miguel, geboren 1986, techn. Betriebswirt, MdL seit 2021, Wahlkreis 43, Calw

Klecker, Dennis, geboren 1990, Werkfeuerwehrmann, Betriebssanitäter, MdL seit 01.09.2023, Wahlkreis 19, Eppingen

Klos, Rüdiger, geboren 1960, Landtags-abgeordneter, MdL seit 2016, Wahlkreis 55, Tuttlingen-Donaueschingen

Lindenschmid, Daniel, geboren 1992, Fachinformatiker für Systemintegration, MdL seit 2021, Wahlkreis 17, Backnang

Rupp, Ruben, geboren 1990, wiss. Referent, MdL seit 2021, Wahlkreis 25, Schwäbisch Gmünd

Sänze, Emil, geboren 1950, Geschäftsführer, MdL seit 2016, Wahlkreis 53, Rottweil

Stein, Udo, geboren 1983, Kaufmann im Einzelhandel, MdL seit 2016, Wahlkreis 22, Schwäbisch Hall

Steyer, Joachim, geboren 1966, Gas- und Wasser-installateurmeister, MdL seit 2021, Wahlkreis 61, Hechingen-Münsingen

Wolle, Carola, geboren 1963, Dipl.-Kauffrau, MdL seit 2016, Wahlkreis 20, Neckarsulm

AfD-Landtagsfraktion
Haus der Abgeordneten
Urbanstr. 32
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-5000
www.afd-fraktion-bw.de
www.facebook.com/AfDFraktionBW

Die Fraktionen

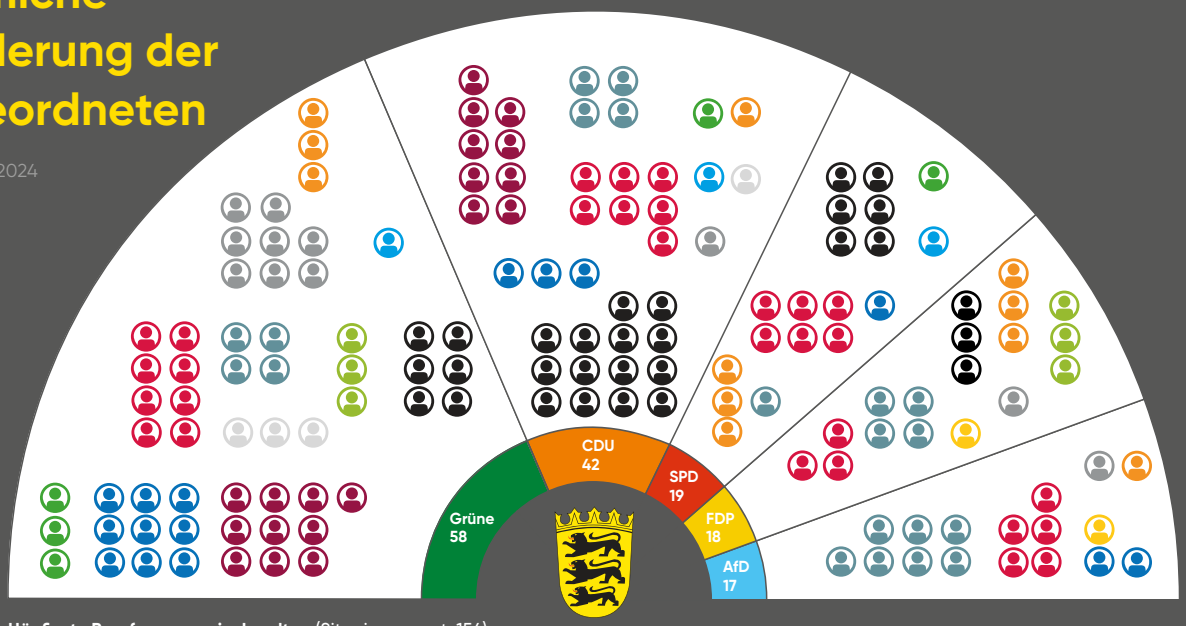
Die Fraktionen sind die politischen Gliederungen, in denen die Abgeordneten derselben Partei zusammengeschlossen sind. In den Fraktionen formiert sich die politische Haltung der Abgeordneten einer Partei zu den im Plenum und in den Ausschüssen anstehenden Entscheidungen und Debatten.

Aus den Fraktionen kommt ein großer Teil der politischen Initiativen für die Parlamentsarbeit. Auch in organisatorischer Hinsicht sind die Parlamentsfraktionen wichtige Einheiten, ohne die das Parlament nicht arbeitsfähig wäre. Die Planung und Steuerung der Parlamentsarbeit beruht weithin auf Absprachen unter den Parlamentsfraktionen. Auch der Ablauf der Debatten im Plenum ist in weitgehendem Maße nach Fraktionen geordnet, etwa wenn dort das Wort der Rednerin oder dem Redner für eine Fraktion oder im Rahmen des Redezeitkontingents ihrer/seiner Fraktion erteilt wird.

Die Fraktionen haben das Vorschlagsrecht oder Benennungsrecht bei einer Vielzahl von Personalentscheidungen, zum Beispiel für die Besetzung der Landtagsausschüsse, für den Vorsitz in den Ausschüssen und für die Wahl der Präsidentin und der Vizepräsidenten. Sie sind selbstständig initiativberechtigt, das heißt, sie können Gesetzentwürfe und andere Anträge einbringen, die vom Vorsitzenden der Fraktion unterzeichnet sind. Für die verschiedenen Sachgebiete der Landespolitik haben die Fraktionen Arbeitskreise gebildet, die vor allem Initiativen der Fraktion vorbereiten und die Beratungen der Ausschüsse begleiten. Die Fraktionen verfügen über einen Stab von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Beraterinnen und Beratern.

Berufliche Gliederung der Abgeordneten

Stand: April 2024



Häufigste Berufsgruppen im Landtag (Sitze insgesamt: 154)

- Recht und Verwaltung
- Lehrer/-innen
- Landesbehörden, Polizei
- Medizinisch Tätige
- Sozialer Bereich
- Verbände, Parteien, Gewerkschaften
- Privatwirtschaft
- Regierungs-mitglieder
- Unternehmer/-innen, selbstständig Tätige, Gewerbe-treibende
- Landwirtschaft, Weinbau
- Pensionäre/Pensionärinnen, Rentner/-innen
- Andere Berufe

Quelle: Volkshandbuch; Mehrfachnennungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt.

Das Kabinett

Die Landesregierung besteht aus dem **Ministerpräsidenten, Ministerinnen** und **Ministern** sowie einem **Staatssekretär** für Medienpolitik und einer **Staatsrätin** für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, jeweils mit Stimmrecht in der Regierung. Drei **Staatssekretäre** sowie 10 **politische Staatssekretäre** unterstützen die Landesregierung in ihrer Arbeit.

Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
(GRÜNE), MdL

Stellv. Ministerpräsident,
Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen
Thomas Strobl
(CDU)

Minister für Finanzen
Dr. Danyal Bayaz
(GRÜNE)

Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport
Theresa Schopper
(GRÜNE)

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst
Petra Olschowski
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft
Thekla Walker
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut
(CDU), MdL

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration
Manfred Lucha
(GRÜNE), MdL

Minister für Ernährung, Ländlichen
Raum und Verbraucherschutz
Peter Hauk
(CDU), MdL

Ministerin der Justiz
und für Migration
Marion Gentges
(CDU), MdL

Minister für Verkehr
Winfried Hermann
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Landes-
entwicklung und Wohnen
Nicole Razavi
(CDU), MdL

Landtags-ABC

A

→ Abgeordnete/Abgeordneter
Gewähltes Mitglied des Parlaments. Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen (Art. 27 Abs. 3 der Landesverfassung).

→ Anhörung (Hearing)
Öffentliche Anhörungen werden von Ausschüssen zur Information über ein bestimmtes Thema veranstaltet. Indem Sachverständige hinzugezogen werden, sollen die Abgeordneten umfassend informiert werden. Es gibt Anhörungen auch im Rahmen der Gesetzgebung, die zum Teil sogar von der Verfassung (Art. 71 Abs. 4) vorgeschrieben sind (Beispiel: Anhörung der kommunalen Landesverbände bei Änderungen der Gemeindeordnung).

→ Ausschüsse
Parlamentsausschüsse haben die Aufgabe, die Beschlüsse des Plenums vorzubereiten. Sie sind der Ort für eine gründliche und detaillierte Beratung. Ihnen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für Finanzen und Wirtschaft, Bildung oder Umweltschutz. Die Zahl der Mitglieder beträgt in allen Fachausschüssen 22.

B

→ Bannmeile
Ein abgegrenztes Gelände rund um das Landtagsgebäude in der Konrad-Adenauer-Straße 3 wurde in einem Gesetz zur Bannmeile erklärt; dort sind Versammlungen und Demonstrationen grundsätzlich verboten. Der Sperrbezirk soll physischen und psychischen Druck vom Parlament abwenden.

D

→ Demokratie
Volksherrschaft (griechisch: Demokratie) bedeutet, die Staatsleitung liegt in den Händen des Volkes. Nach der Form der Beteiligung des Volkes – direkt oder indirekt – unterscheidet man a) direkte Demokratie und b) indirekte Demokratie (auch: repräsentative Demokratie) durch die Wahl von Repräsentantinnen und Repräsentanten (Abgeordneten) in die Parlamente. Bei uns wird die Herrschaft des Volkes vorwiegend indirekt ausgeübt. Die vom Volk frei gewählten Abgeordneten im Landtag wählen die Regierung; der Landtag, das Parlament, besitzt somit eine herausragende Stellung (parlamentarische Demokratie).

→ Diäten/Abgeordnetenbezüge
Die Abgeordnetenbezüge, auch Diäten genannt, sind das berufliche Einkommen der Abgeordneten aus ihrer Mandatstätigkeit. Sie sichern zugleich die Unabhängigkeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Eine Landtagsabgeordnete/Ein Landtagsabgeordneter erhält ab 1. Juli 2024 eine steuerpflichtige Entschädigung von monatlich 8.878 Euro. Die Anpassung erfolgt jedes Jahr zum 1. Juli. Hinzu kommt eine steuerfreie Aufwandsentschädigung zur Bestreitung der mandatsbedingten Aufwendungen.

→ Drucksachen
Schriftliche Vorlagen in gedruckter Form an das Parlament, zum Beispiel Anfragen oder Gesetzentwürfe, werden Drucksachen genannt. Sie tragen eine Nummer und werden an alle Abgeordneten verteilt.

E

→ Enquetekommission
Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte kann der Landtag eine Enquetekommission einrichten. Er ist dazu verpflichtet, wenn dies von einem Viertel der Mitglieder des Landtags oder von zwei Fraktionen, deren Mitglieder verschiedenen Parteien angehören müssen, beantragt wird. Der Enquetekommission können auch sachverständige Personen angehören, die nicht Mitglied des Landtags sind. Die Enquetekommission erstattet dem Landtag einen abschließenden schriftlichen Bericht.

→ Exekutive
Die staatlichen Funktionen (Gewalten) sind gemäß dem Grundgesetz und der Landesverfassung in drei Bereiche zu teilen: Gesetzgebung (Legislative), vollziehende Gewalt (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative). Die Exekutive, also Regierung und Verwaltung, ist an Gesetz und Recht gebunden und hat die von der Legislative beschlossenen Gesetze auszuführen.

F

→ Föderalismus
Nach dem Prinzip des Föderalismus werden mehrere Gliedstaaten zu einem Gesamtstaat (Bund) zusammengefasst. Der Bund ist für Angelegenheiten zuständig, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger einheitlich im Bundesgebiet gestaltet werden müssen. Die übrigen Aufgaben werden von den Gliedstaaten – den Ländern – erfüllt.

F

→ Fraktion
Die Abgeordneten des Parlaments, die derselben Partei angehören, schließen sich zu einer Fraktion zusammen. Der Fraktionsstatus wird bei einer Mindestzahl von sechs Abgeordneten zuerkannt. Derzeit gibt es im Landtag fünf Fraktionen (GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD). Fraktionen können zum Beispiel Gesetzentwürfe, Anträge oder Große Anfragen einbringen.

→ Fünfprozentklausel
Bei der Verteilung der Mandate auf die Parteien im Verhältnis ihrer Stimmen werden nur diejenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf Prozent der in Baden-Württemberg abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben. Auch bei Bundestagswahlen gibt es eine Fünfprozentklausel (für die Zuteilung von Sitzen über die Landeslisten).

G

→ Geschäftsordnung
Die Geschäftsordnung regelt die Organisation und den Ablauf der dem Landtag übertragenen Geschäfte (zum Beispiel Gesetzgebungsverfahren, Wahlen im Landtag, Überwachung der Regierungstätigkeit durch Anfragen, Anträge und anderes mehr).

→ Gesetz
Unter einem Gesetz versteht man die für jede Bürgerin/jeden Bürger verbindlichen generellen Anordnungen, die vom Parlament beschlossen werden.

→ Gewaltenteilung
Gewaltenteilung soll die Zusammenballung von staatlicher Macht in einer Hand (bei einer Person oder einem Staatsorgan) verhindern, um einem Missbrauch der Macht vorzubeugen. Der französische Staatsphilosoph Montesquieu schlug im 18. Jahrhundert vor, die Staatsgewalt in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (richterliche Gewalt) aufzuteilen. Dementsprechend sieht sowohl das Grundgesetz (in Artikel 20) als auch die Landesverfassung (in Artikel 25) die Aufteilung auf drei Staatsgewalten vor. Gewaltenteilung bedeutet aber keine strikte Trennung der drei Gewalten voneinander; diese sind zum Teil voneinander abhängig (Beispiel: Wahl des Ministerpräsidenten und der Richter/-innen des Verfassungsgerichtshofs durch den Landtag).

H

→ Haushalt (Budget, Etat)
Der Haushalt des Landes legt vorab alle voraussichtlichen Einnahmen und geplanten Ausgaben des Landes fest. Er wird vom Landtag jeweils für ein oder für zwei Jahre (Doppelhaushalt) beschlossen. Bestandteile des Haushalts sind das Haushaltsgesetz sowie der Haushaltsplan. Der Haushaltsplan wird im Rahmen des Haushaltsgesetzes durch den Landtag beschlossen. Die Feststellung des Haushalts (Budgetrecht) ist eines der ältesten Rechte der Parlamente.

I

→ Immunität
Eine Abgeordnete/Ein Abgeordneter darf nicht ohne Genehmigung des Landtags strafrechtlich verfolgt oder festgenommen werden. Dies gilt nicht, wenn die Abgeordnete/der Abgeordnete auf frischer Tat oder am darauffolgenden Tag festgenommen wird. Dieses Recht dient dazu, die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten (Art. 38 der Landesverfassung).

→ Indemnität
Eine Abgeordnete/Ein Abgeordneter darf nicht wegen einer Äußerung oder wegen ihres/seines Abstimmungsverhaltens im Landtag gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden, auch nicht mit Genehmigung des Landtags. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrer/seiner Abgeordnetentätigkeit. Dieses Recht dient dazu, die Rede- und Abstimmungsfreiheit der Abgeordneten speziell bei der Ausübung des Parlamentsmandats zu sichern (Art. 37 der Landesverfassung).

→ Inkompatibilität
Die Regelung, dass eine Abgeordnete/ein Abgeordneter nicht gleichzeitig verschiedene Ämter ausüben kann, bezeichnet man als Inkompatibilität (Unvereinbarkeit). Mitglieder des Landtags können nicht zugleich als Richter/-innen, Staatsanwälte/-anwältinnen, Landräte/-rätinnen, Bürgermeister/-innen oder Beamte/Beamtinnen mit leitenden Aufgaben tätig sein.

J

→ Judikative
Die dritte, rechtsprechende Gewalt (Judikative) tritt im Rahmen der Gewaltenteilung neben Legislative (gesetzgebende Gewalt) und Exekutive (vollziehende Gewalt). Sie ist unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen Richterinnen und Richtern anvertraut.

K

→ Koalition
Wenn nach einer Wahl keine Partei die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, können sich zwei oder mehr Fraktionen zusammenschließen, um mit der Mehrheit der Mandate einen Regierungschef zu wählen. Eine Koalition unterstützt das Regierungsprogramm und tritt in der Regel bei Abstimmungen im Parlament geschlossen auf. Die Bildung einer Koalition erfordert von den beteiligten Fraktionen Kompromissbereitschaft; jede Fraktion muss in ihren Entscheidungen Rücksicht auf den oder die Koalitionspartner nehmen. Im Landtag von Baden-Württemberg gibt es seit 2016 eine Koalition zwischen GRÜNEN und CDU.

K

→ Kontrolle
Der Landtag überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt und kontrolliert die Regierung. Kontrollinstrumente sind vor allem: Fragerecht (Anfragen, Regierungsbefragung) und parlamentarische Debatten, Zitierrecht (der Landtag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Mitglieds der Landesregierung verlangen, es herbeizitieren), Untersuchungsrecht (ein Viertel aller Abgeordneten oder zwei Fraktionen können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen, der ein weitgehendes Recht auf Auskunft hat und gerichtsähnlich arbeitet) und Misstrauensvotum (hat die Regierung das Vertrauen der Mehrheit verloren, kann der Ministerpräsident durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden; Art. 54 Abs. 1 der Landesverfassung).

L

→ Landesregierung
Der Ministerpräsident, die Landesminister/-innen sowie die Staatssekretäre/-sekretärinnen mit Kabinettsrang und die ehrenamtlichen Staatsräte/-rätinnen bilden die Landesregierung. Der Ministerpräsident wird vom Landtag gewählt, die weiteren Regierungsmitglieder werden vom Ministerpräsidenten berufen und durch den Landtag bestätigt. Die Mitglieder der Landesregierung sind zumeist gleichzeitig Abgeordnete. Die Landesregierung ist dem Landtag verantwortlich. Durch Misstrauensvoten kann der Landtag sowohl dem Ministerpräsidenten als auch (mit Zweidrittelmehrheit) einzelnen Mitgliedern der Regierung das Vertrauen entziehen. Regierung und Verwaltung bilden die Exekutive.

→ Legislative
Als Legislative bezeichnet man im Rahmen der Gewaltenteilung die gesetzgebende Gewalt. Sie ist auf Landesebene dem Landtag übertragen.

→ Legislaturperiode
Bei der Legislaturperiode handelt es sich um die durch Wahl legitimierte Amtszeit eines Parlaments. Die Legislatur- oder auch Wahlperiode dauert in Baden-Württemberg fünf Jahre.

→ Lesungen
Gesetzentwürfe werden im Plenum in zwei Beratungen (Lesungen) behandelt. Besonders wichtige Vorhaben wie Verfassungsänderungen oder Haushaltsgesetze benötigen drei Lesungen.

→ Lobby
In der Lobby, dem Vorraum des Plenarsaals, finden Besprechungen unter den Abgeordneten und mit Regierungsvertretern statt, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern und Interessenvertreterinnen/-vertretern.

M

→ Mandat
Auftrag (auch Sitz) der/des Abgeordneten im Parlament: In der Bundesrepublik spricht man von einem „freien" Mandat, da die Abgeordnete/der Abgeordnete nicht an Weisungen ihrer/seiner Partei oder ihrer/seiner Wählerinnen und Wähler gebunden ist – das wäre ein „imperatives" Mandat.

→ Mehrheit
Der Landtag fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit. In der Regel genügt eine einfache Mehrheit, bei der die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übersteigen muss. Die relative Mehrheit ist oftmals bei Wahlen entscheidend, sie ist etwa bei Landtagswahlen maßgebend für die Erstauszählung der Stimmen in den Wahlkreisen. Dabei gilt die Kandidatin/der Kandidat als gewählt, auf die/den im Verhältnis (Relation) zu den anderen Kandidatinnen/Kandidaten die meisten Stimmen entfallen. Die/Der so Gewählte erringt das Direktmandat. Von der absoluten Mehrheit spricht man, wenn mehr als die Hälfte aller Abgeordneten für einen Vorschlag stimmen muss, etwa bei Art. 46 Abs. 1 der Landesverfassung: Der Ministerpräsident bedarf zu seiner Wahl der Mehrheit der Mitglieder des Landtags. Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags ist erforderlich, um einem Mitglied der Landesregierung das Misstrauen auszusprechen.

N

→ Nachtragshaushalt
Wenn nach Verabschiedung des Haushalts wesentliche Änderungen bei den Einnahmen oder Ausgaben des Landes notwendig werden, holt die Landesregierung dazu in einem Nachtragshaushalt die Zustimmung des Landtags ein.

O

→ Offenlegungsregeln
Die Offenlegungsregeln verpflichten die Abgeordneten, ihre beruflichen Verhältnisse, ihre Tätigkeit in Organen von Unternehmen sowie ihre Funktionen in Interessenverbänden auf Landes- oder Bundesebene zur Veröffentlichung im amtlichen Handbuch des Landtags anzugeben. Außerdem haben Parlamentarier/-innen der Landtagspräsidentin unter bestimmten Voraussetzungen eine entgeltliche Beratungstätigkeit anzuzeigen. Dasselbe gilt, wenn Abgeordnete Gutachten erstatten, publizistisch tätig sind oder Vorträge halten, sofern die Einnahmen hieraus 511 Euro im Einzelfall und 5.113 Euro jährlich übersteigen. Anzuzeigen sind der Landtagspräsidentin ferner Spenden, die Abgeordnete als Kandidatin oder als Kandidat für eine Landtagswahl oder als Mitglied des Landtags erhalten, wenn diese Zuwendungen 1.534 Euro je Spender/-in pro Jahr übersteigen. Schließlich ist es Abgeordneten untersagt, in beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten auf die Mitgliedschaft im Landtag hinzuweisen.

O

→ Opposition
Die Opposition ist wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie. Sie hat die Aufgabe, Kritik am Regierungsprogramm öffentlich zu vertreten. Sie ist die politische Alternative zur Regierungsmehrheit. Im Landtag gibt es gegenwärtig drei Oppositionsfraktionen: SPD, FDP/DVP und AfD.

P

→ Partei
Unter Parteien versteht man Vereinigungen von Bürgerinnen und Bürgern, die auf die politische Willensbildung im Bereich des Bundes oder eines Landes Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Bundestag oder in einem Landtag mitwirken wollen. Die Gründung von Parteien ist frei.

→ Petition
Als Petition bezeichnet man Eingaben der Bürgerinnen und Bürger an Verwaltung und Parlament; so bestimmt das Grundgesetz: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden." Das Petitionsrecht gehört zu den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger (Grundgesetz Art. 17).

R

→ Rechnungshof
Als unabhängige Einrichtung (den Gerichten vergleichbar) hat der Rechnungshof die ordnungsgemäße Führung des Haushalts des Landes zu überprüfen. Nach Ablauf des Haushaltsjahres berichtet der Rechnungshof dem Landtag und der Landesregierung über das Ergebnis der Rechnungsprüfung; dabei werden auch Vorschläge zur Wirtschaftsführung gemacht.

U

→ Untersuchungsausschuss
Ein Viertel der Abgeordneten des Landtags oder zwei Fraktionen, deren Mitglieder verschiedenen Parteien angehören müssen, können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen. Ein Untersuchungsausschuss ist die schärfste Möglichkeit der Regierungskontrolle durch das Parlament. Ihm stehen gerichtsähnliche Befugnisse zu, so zum Beispiel die Zeugenvernehmung (gegebenenfalls unter Eid) oder die Einsichtnahme in Akten (vergleiche auch Art. 35 der Landesverfassung).

V

→ Verfassung
Die Verfassung enthält die grundlegenden Vorschriften für das Funktionieren eines Staates und das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern. In der Verfassung sind auch Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Aufgaben des Landtags sowie die Wahl seiner Mitglieder festgelegt. Die Verfassung des Landes steht im Rang über allen anderen Landesgesetzen. Landesgesetze, die nicht mit der Verfassung zu vereinbaren sind, kann der Verfassungsgerichtshof auf Antrag für nichtig erklären.

→ Verfassungsgerichtshof
Der Verfassungsgerichtshof (ehemals Staatsgerichtshof) für das Land Baden-Württemberg wacht als Verfassungsgericht über die Auslegung der Landesverfassung. Ihm gehören neun Mitglieder an: Drei sind Berufsrichter/-innen, drei nichtrichterliche Juristinnen/Juristen und drei Mitglieder ohne Befähigung zum Richteramt. Die Mitglieder werden vom Landtag auf neun Jahre gewählt.

→ Volksabstimmung
Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg bestimmt in Art. 25: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen … ausgeübt." Im Unterschied zum Bund besteht in Baden-Württemberg die Möglichkeit, Volksabstimmungen über Gesetze, über Verfassungsänderungen sowie über die Auflösung des Landtags durchzuführen. Näheres steht in den Artikeln 43, 60 und 64 der Landesverfassung.

→ Volksbegehren
Nach einer Verfassungsänderung von 1974 können in Baden-Württemberg Gesetzentwürfe nicht nur durch die Abgeordneten und durch die Regierung beim Landtag eingebracht werden, sondern auch durch das Volk selbst: mit Volksbegehren. Seit Dezember 2015 ist es möglich, dass ein Volksbegehren auch per Volksantrag beantragt werden kann. Innerhalb eines Jahres müssen 0,5 Prozent (ca. 39.000) der Wahlberechtigten den Volksantrag unterzeichnen, damit sich der Landtag damit befassen muss. Ist das Volksbegehren erfolglos und stimmt der Landtag der Gesetzesvorlage nicht unverändert zu, findet anschließend eine Volksabstimmung statt.

W

→ Wahlrecht
Wahlberechtigt (aktives Wahlrecht) sind ab der kommenden Landtagswahl alle Deutschen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihre Hauptwohnung in Baden-Württemberg haben. Die Wählbarkeit (passives Wahlrecht) erhält man erst mit 18 Jahren. Nach Art. 28 der Landesverfassung werden in Baden-Württemberg die Abgeordneten nach einem Verfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl (Bewerbung in einem der 70 Wahlkreise) mit den Grundsätzen der Verhältniswahl (Zuteilung der Mandate an die Parteien nach Stimmenproporz) verbindet. Künftig hat jeder Wähler/jede Wählerin zwei Stimmen, eine für die Wahl eines Kreiswahlvorschlags (Erststimme) und eine für die Wahl einer Landesliste (Zweitstimme). Mit der Erststimme wird eine Abgeordnete/ein Abgeordneter in einem der 70 Wahlkreise persönlich gewählt, die Zweitstimme bestimmt über die Verteilung der Sitze auf die Parteien im Landtag. Insgesamt setzt sich der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten zusammen.

Freuen sich über eine gelungene Kooperation (v. li.): Marc-Oliver Hendriks, Viktor Schoner, Präsidentin Muhterem Aras und Cornelius Meister.

Fest zur Festigung der Demokratie

Das Fest zum Verfassungsjubiläum beginnt am 8. Mai zu Mittag mit einem Lunchkonzert im Foyer I. Rang des Opernhauses. Cellisten des Staatsorchesters Stuttgart präsentieren Musik-Highlights aus Klassik, Pop und Oper in mitreißenden Arrangements. Es begrüßen der Intendant der Staatsoper Stuttgart Viktor Schoner und Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

Im Anschluss wird das Geburtstagsfest auf dem Opernvorplatz fortgesetzt. Der Landtag lädt ein zu Austausch und Gesprächen mit Abgeordneten aller Fraktionen, der Bürgerbeauftragten des Landes sowie Vertreterinnen und Vertretern der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesverfassungsgerichtshofs. Bei verschiedenen Mitmachaktionen kann jede und jeder selbst aktiv werden und sich informieren. Für musikalische Unterhaltung sorgt Sänger und Gitarrist Matthias Klink, der mit seiner Band JABB Blues und Jazzrock spielt.

Im Austausch

Der Vorsitzende der Jüdischen Studierendenunion Württemberg, Alon Bindes, hielt im Dezember 2023 zum Lichterfest Chanukka eine Rede im Landtag und traf auf Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Für den Landtagsspiegel haben beide ihren Austausch über junges jüdisches Leben in Baden-Württemberg, Lebensgefühl, Selbstverständnis sowie Forderungen und Wünsche junger Jüdinnen und Juden fortgesetzt.

Präsidentin: Lieber Herr Bindes, schön, Sie wiederzusehen! Wir haben uns die letzten Monate immer wieder darüber ausgetauscht, wie der barbarische Terrorangriff der Hamas gegen Israel vom 7. Oktober 2023 Ihr Leben und das Leben jüdischer Studierender in Baden-Württemberg verändert hat. Wie geht es Ihnen inzwischen?

Bindes: Der Schock, den der 7. Oktober ausgelöst hat, sitzt noch tief, gerade auch bei jungen Jüdinnen und Juden. Deutschland, Baden-Württemberg und Stuttgart, das war ganz selbstverständlich unsere Heimat. Nach dem 7. Oktober haben wir uns gefragt: Ist es hier überhaupt sicher für mich? Habe ich hier eine Zukunft? Die vielen Kundgebungen, Äußerungen und Straftaten mit antisemitischem Hintergrund haben uns sehr zugesetzt. Da kam eine existenzielle Angst hoch nach dem Angriff der Hamas. Israel war ja immer unser sicherer Hafen. Aber wenn dort so etwas möglich ist – wo können wir dann überhaupt noch Zuflucht finden?

Präsidentin: Welche Auswirkung hat diese Ausnahmesituation für den Alltag jüdischer Studierender?

Bindes: In Hohenheim, wo ich studiere, und auch anderswo hatten viele Angst, sich auf dem Campus zu zeigen. Es gab ja die klare Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, zur Sicherheit keine jüdischen Symbole öffentlich zu tragen. Zum Glück gab es bisher in Baden-Württemberg keine krassen antisemitischen Zwischenfälle an Unis wie in Berlin oder München, keine besetzten Hörsäle und Angriffe. Es scheint, dass die Politisierung an Hochschulen bei uns bisher nicht so stark ist. Trotzdem gab es auch bei uns unschöne Szenen. Oder sei es im zwischenmenschlichen Bereich mit Leuten, die man zu kennen glaubte. Da sind Freundschaften zerbrochen.

Präsidentin: Wo konnten, wo können Studierende Hilfe und Unterstützung finden?

Bindes: Es gibt bundesweit Beratungsstellen für Personen, die von Antisemitismus betroffen sind. Auch in Baden-Württemberg gibt es eine Hotline, wo man anrufen kann. Wir als Studierendenunion sind im direkten Austausch mit den Beratungsstellen und wissen, wie gut das angenommen wird. Allein im Oktober und November 2023 gab es genauso viele Anfragen wie in den drei Quartalen zuvor. Da ging es dann zum Beispiel um Dozenten, die problematische Meinungen ver-

treten und in ihren Unterricht einbringen. Ich habe von einigen Studenten gehört, die auch deswegen pausiert oder das Studium ganz abgebrochen haben.

Präsidentin: Jüdisches Leben sichtbar zu machen, hier und heute, das ist dem Landtag und auch mir persönlich ein großes Anliegen. Ganz besonders in Zeiten wie diesen. Es macht mich betroffen zu hören, dass junge Jüdinnen und Juden daran zweifeln, ob sie in Deutschland noch sicher sind. Der Landtag, jedenfalls die vier Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP, positionieren sich ganz klar an der Seite der Jüdinnen und Juden. Wir sind uns einig, dass der Rechtsstaat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen Antisemitismus vorgehen muss. Gibt es aus Ihrer Sicht etwas, was wir noch zusätzlich tun können?

Bindes: Unmittelbar nach dem Massaker gab es sehr starke politische Statements gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens. Das gab und gibt Hoffnung. Es hat auch gutgetan, dass wir als jüdischer Verband zu der Veranstaltung „Junges jüdisches Leben sichtbar machen" am 7. November 2023 oder zum Chanukkafest in den Landtag eingeladen wurden und unsere Stimme in die Gesellschaft hineintragen konnten. So konnten wir auch deutlich machen, dass wir wie die Mehrheit der Jüdinnen und Juden weltweit hinter Israel stehen, ohne damit automatisch die Politik der israelischen Regierung zu unterstützen.

Präsidentin: Wie und wo begegnet Ihnen aktuell Antisemitismus?

Bindes: Momentan beobachten wir, dass Antisemitismus immer mehr in aller Öffentlichkeit zur Schau gestellt wird. Die Radikalisierung findet oft in geschlossenen Veranstaltungen und Räumlichkeiten statt. Es ist bekannt, welche Organisationen sich dahinter verbergen. Dagegen sollte auf verschiedenen Ebenen vorgegangen werden, auch im universitären Bereich. Dort sind diese Organisationen ebenfalls aktiv und verbreiten ihre Propaganda. Die Uni Hohenheim hat beispielsweise ihre Antidiskriminierungsstelle ausgeweitet. Das kann jede Uni eigenständig entscheiden. In solchen Stellen geht es zunächst einmal um alle Diskriminierungsformen, aber natürlich auch um Antisemitismus. Die Menschen, die dort arbeiten, müssen gut geschult sein. Nur so sind sie in der Lage, Antisemitismus zu erkennen und als Verschwörungsmythos zu entlarven. Handlungsbedarf sehe ich auch an Schulen. Den meisten jüdischen Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg ist Antisemitismus schon begegnet. Wie die Reaktion von Schule und Lehrern ausfällt, ist entscheidend. Letztere sollten gezielt darauf vorbereitet werden, im Studium und später in Fortbildungen. Es gibt Experten, die man dazu einladen kann. Noch einmal: Es geht hier nicht nur um Antisemitismus, sondern um alle Formen von Diskriminierung.

Präsidentin: Was sind Ihre Erwartungen oder Forderungen an die Zivilgesellschaft?

Bindes: Wo immer sich Antisemitismus zeigt, sollten Staatsschutz und Verfassungsschutz übernehmen. Aber genauso wichtig ist, dass jede und jeder im eigenen persönlichen Umfeld wachsam ist. Wenn sich jemand antisemitisch äußert, sollte man sie oder ihn darauf hinweisen und sagen, dass das nicht richtig ist. Es geht darum, kurz die Komfortzone zu verlassen und Haltung zu zeigen. Ich bin überzeugt davon, dass das schon ein Umdenken bewirken kann und vielleicht sogar einen Perspektivwechsel. Denn letztlich gehen antisemitische Äußerungen nicht nur gegen Jüdinnen und Juden, sondern gegen uns alle. Sie sind ein direkter Angriff auf die Demokratie, auf unser Verständnis von Vielfalt und Freiheit. Die Leute, die gegen Juden sind, die sind auch gegen andere Gruppen, gegen Andersdenkende. Insofern ist es ein Warnsignal, wenn sich die Lage für Jüdinnen und Juden verschärft.

Präsidentin: Ihr Alltag als Studierender hat sich durch Ihr politisches Engagement im letzten Halbjahr komplett verändert, oder? Was gibt Ihnen persönlich Kraft?

Bindes: Es stimmt schon, das Studium kommt momentan zu kurz. Zum Glück bin ich schon weit fortgeschritten. Deutschland ist und bleibt selbstverständlich meine Heimat, und ich habe eine große Zuversicht, dass jüdisches Leben in Deutschland in den nächsten Jahren einen starken Aufschwung erleben wird. Junge Juden und Jüdinnen, die hier aufgewachsen sind, sagen, ich bin deutsch und will meine Identität ausleben. Wir wollen nicht hinter hohen Mauern leben. Das ist meine Perspektive für die Zukunft. Und dafür brauchen wir Unterstützung.

Präsidentin: Sie können sich auf den Landtag verlassen. Das Landesparlament steht mit klarer Mehrheit zu jüdischem Leben in Deutschland und zum Staat Israel. Und es freut mich sehr, dass Sie trotz aller Herausforderungen in der Folge des 7. Oktober 2023 so viel Zuversicht ausstrahlen. Vielen Dank für Ihren Besuch.

Bindes: Und ich danke Ihnen für die Einladung und den Austausch.

Alon Bindes

ist Vorsitzender der Jüdischen Studierendenunion Württemberg. Der Verband wurde 2019 gegründet und ist die Vertretung junger jüdischer Erwachsener im Alter von 18 bis 35 Jahren. Als Stimme für jüdische Studierende und Berufseinsteiger setzt sich der Verband für politische Repräsentanz ein und organisiert regelmäßig politische, kulturelle oder gemeinschaftliche Veranstaltungen. Alon Bindes studiert Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hohenheim.

Wir stellen vor: das Referat Grundsatz und Konzepte

Im Fokus

Demokratie fördern und jüdisches Leben sichtbar machen

Entwickeln Dialogformate und Konzepte zur Stärkung der Demokratie: Christine Heinz (li.) und Anita Omercevic-Gültekin aus dem Referat Grundsatz und Konzepte.

Im Landtag von Baden-Württemberg geht das Referat Grundsatz und Konzepte (III/1) seit Ende 2022 mit zwei Referentinnen, Christine Heinz und Anita Omercevic-Gültekin, der Frage nach, mit welchen Konzepten und Dialogformaten die Demokratie gefördert und der Parlamentarismus weiter gestärkt werden kann.

Menschen für die Demokratie begeistern

Die Demokratie steht vor neuen Herausforderungen, die nach neuen Ideen verlangen, wie Demokratie gefestigt werden kann. Wie kann der Landtag sich über die bestehenden Angebote hinaus noch mehr für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen öffnen? Wie fühlen sich Menschen von unseren Veranstaltungen angesprochen, die bisher nicht den Weg in den Landtag finden? Das sind Leitfragen des Referats. „Dabei ist es unser Anliegen, mit unseren Dialogformaten dazu beizutragen, dass sich der Landtag nicht nur weiterhin offen zeigt, sondern auch zu den Menschen geht", berichtet Christine Heinz. Mehr Veranstaltungen finden daher noch gezielter außerhalb des Landtagsgebäudes in allen Landesteilen statt.

Neues Veranstaltungsformat: „Demokratie in Bewegung" zu historischen Orten in Freiburg bei der Premiere.

Demokratie vor Ort und in Bewegung

So wurde im Mai 2023 anlässlich des 175-jährigen Jubiläums der ersten Demokratiebewegung des Südwestens, der Badischen Revolution 1848, in Kooperation mit dem Landesverband Badische Heimat e.V. eine öffentliche Begehung zu historisch bedeutsamen Orten in Freiburg organisiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfuhren beim Wandern interessante Details zu diesem demokratiegeschichtlichen Ereignis und hatten darüber hinaus Gelegenheit zum Austausch mit Landtagspräsidentin Aras. 2025 wird es in Biberach eine neue Auflage der „Demokratie in Bewegung" geben. Anlass wird der 150. Geburtstag des Zentrum-Politikers Matthias Erzberger sein, der als Reichfinanzminister politische Verantwortung in der frühen Demokratie der Weimarer Republik übernommen hatte und 1921 von Angehörigen einer rechtsextremen Organisation ermordet wurde.

Hoch soll es leben: Der Landtag feiert den 75. Geburtstag des Grundgesetzes u. a. mit einem Fest zur Festigung der Demokratie.

Was ist Heimat? So die zentrale Frage bei den Lesungen und Gesprächsrunden mit der Autorin Lena Gorelik.

Demokratie stärken und Austausch befördern

Das Flaggschiff des Referats ist die Reihe „WERTSACHEN – Was uns zusammenhält", die 2017 von Landtagspräsidentin Muhterem Aras ins Leben gerufen wurde und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt wird. Im Fokus steht jeweils eine Auseinandersetzung mit den Werten des Grundgesetzes anhand gesellschaftlich relevanter Fragen. Ganz aktuell wurde anlässlich des 75. Geburtstags des Grundgesetzes die Jubiläumsveranstaltung unter dem Motto „Unsere Verantwortung für Demokratie und Zusammenhalt" konzipiert und durchgeführt (s. Seite 16 ff. in dieser Ausgabe). Die Konzeptionen und Veranstaltungen des Referats drehen sich darüber hinaus inhaltlich um Erinnerungskultur, die Sichtbarmachung jüdischen Lebens, den Kampf gegen Antisemitismus und die Förderung des interkulturellen und -religiösen Dialogs sowie Heimat und Vielfalt.

Jüdisches Leben sichtbar machen

Zur Sichtbarmachung jüdischen Lebens sind neue Formate entwickelt worden, die den Blick ins Heute und in die Zukunft richten. Damit wurde dem Wunsch des Parlaments Rechnung getragen, über die Erinnerungskultur hinaus jüdische Kultur als selbstverständlichen Teil der heutigen Gesellschaft erlebbar zu machen. So las die Schriftstellerin Lena Gorelik am 15. Juni 2023 im Landtag Auszüge aus ihrem Roman „Wer wir sind". Darin verarbeitet sie die gemeinsame Ausreise ihrer russisch-jüdischen Familie von Russland nach Baden-Württemberg und die Suche nach Identität. Im Herbst 2024 wird es nach Stuttgart und Heilbronn (07.02.2024) noch eine weitere Lesung mit der Autorin geben (am 28.11.2024 in Lahr).

„Mit unseren Lesungen mit Lena Gorelik ist es uns gelungen, die Perspektiven auf jüdisches Leben in Baden-Württemberg zu erweitern", sagt Christine Heinz. „Das war auch unser Ansatz für die Veranstaltung „Junges jüdisches Leben sichtbar machen" am 7. November im Landtag." (s. Seite 62 in dieser Ausgabe).

Die Reihe WERTSACHEN – Was uns zusammenhält, blickt auf grundlegende Wertvorstellungen, die sich aus der Verfassung ableiten lassen, wie Gerechtigkeit, Solidarität, Verantwortung und Vertrauen.

Nahezu sechs Monate hat III/1 daran geplant, wollte jungen Jüdinnen und Juden eine zeitgenössische Bühne geben und einen Austausch darüber ermöglichen, was es bedeutet, heute jung und jüdisch in Baden-Württemberg zu sein. Doch der 7. Oktober – mit dem barbarischen Angriff der Hamas auf Israel – hat den ursprünglich anvisierten Charakter des Abends komplett verändert. „Wie werden wir dieser Situation gerecht? Wie werden wir den Menschen gerecht, die auf dem Podium sitzen? Wie setzen wir ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus?": Fragen, auf die in kürzester Zeit Antworten gefunden werden mussten.

Weitere Veranstaltungen und Vernetzung

In der kurzen Zeit, in der es das Referat gibt, konnten schon so manche neuen inhaltlichen Akzente gesetzt sowie viele gut besuchte Veranstaltungen konzipiert und umgesetzt werden. „Wir freuen uns darauf, weitere neue Veranstaltungsformate, vor allem unter Beteiligung vieler jüngerer Menschen, anzubieten", so Anita Omercevic-Gültekin. Die Planungen laufen bereits, so beispielsweise für die nächste WERTSACHEN-Veranstaltung im Herbst 2024. Darüber hinaus haben die Kolleginnen die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen im Blick und vernetzen sich mit Einrichtungen und Initiativen zur Förderung der Demokratie und einer vielfältigen, lebendigen Gesellschaft. Was sie anspornt, ist die Chance, mit vielen Partnern innerhalb und außerhalb des Landtags unter Einbezug ihrer Perspektiven und Expertisen die parlamentarische Demokratie zu stärken und den Dialog zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern.

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ legt Handlungsempfehlungen vor

Rund zwei Jahre lang hat sich die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ mit der Frage befasst, wie Staat und Gesellschaft krisenfester werden können. Dazu hörten die Mitglieder 136 Sachverständige an. Nun steht das Gremium kurz vor dem Abschluss seiner Arbeit. Im Juli will die Enquetekommission ihren umfangreichen Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerforums sowie der Jugend- und Kinderbeteiligung übergeben ihre Empfehlungen an die Enquetekommission.

Der Landtag hatte die Kommission nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie im März 2022 eingesetzt, im April 2022 hat sich das Gremium konstituiert. Es setzt sich aus 14 Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen zusammen und darüber hinaus aus acht Sachverständigen, die als dauerhaft stimmberechtigte Mitglieder von den Fraktionen gewählt wurden.

Die Enquetekommission nahm mit dem Auftrag ihre Arbeit auf, Handlungsempfehlungen zu den vier Bereichen Gesundheit, Staat und Verwaltung, Gesellschaft sowie Wirtschaft zu erarbeiten, die das Ziel haben, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen. In 22 Sitzungen hat das Gremium dafür insgesamt 136 Sachverständige öffentlich angehört. Dazu gehören Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Innenminister Thomas Strobl und Sozialminister Manfred Lucha sowie Expertinnen und Experten von Universitäten, Kliniken, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Kommunen, Behörden, Gewerkschaften und Verbänden. Zudem wurden von Organisationen, Verbänden und Institutionen 75 Stellungnahmen eingereicht.

In den Abschlussbericht und die Handlungsempfehlungen fließen nicht nur die Ausführungen von Expertinnen und Experten ein, sondern auch die Meinungen und Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern. Zwischen Oktober 2022 und März 2023 haben sich Erwachsene, Jugendliche und Kinder mit der Frage beschäftigt, wie krisenfest die baden-württembergische Gesellschaft aufgestellt ist und welche Maßnahmen nötig sind, um die Resilienz (Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit) von Staat und Gesellschaft für mögliche künftige Krisen und Gefahrenlagen zu stärken. Rund 70 Jugendliche aus ganz Baden-Württemberg beteiligten sich am Jugendforum, das im Januar 2023 in Böblingen mit einer Auftaktveranstaltung begonnen hat. Im Mai 2023 wurden schließlich die von den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiteten Empfehlungen an die Enquetekommission übergeben.

Die Enquetekommission befragte in 22 Sitzungen insgesamt 136 Sachverständige.

Interview mit dem Vorsitzenden der Enquetekommission Alexander Salomon

Wie wichtig war die Einsetzung der Enquetekommission durch den Landtag?

Die Einsetzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" durch den Landtag war eine enorm bedeutende Maßnahme, sozusagen als Wegmarke, um adäquat und präzise auf bestehende sowie zukünftige Krisen reagieren zu können. Der Klimawandel, internationale Krisen und Kriege sowie Preissteigerungen bzw. die Inflation sind nur einige Beispiele für die vielfältigen und immer komplexer werdenden Herausforderungen, mit denen wir uns als Gesellschaft, aber auch jede und jeder einzeln konfrontiert sehen.

Welche Erkenntnisse hat das Gremium gewonnen?

Einen so umfassenden Ein- und Überblick zum Thema Krise – über die Felder Gesundheit, öffentliche Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft – erhält man meines Erachtens nirgendwo anders. Dabei war es ermutigend zu sehen, wie viel Einsatzbereitschaft und Unterstützungswille in unseren Menschen im Land vorhanden sind und wie bereichernd die Arbeit mit dem Bürgerforum sowie der Kinder- und Jugendbeteiligung war. Sie haben unsere Arbeit nicht nur begleitet, sondern auch in vielen Punkten bestärkt.

Zwei Punkte haben sich durch unsere Arbeit wie ein roter Faden gezogen. Da wäre vor allem der Faktor Zeit in Kombination mit Unterlassen zu nennen, weil sehr viele krisenhafte Situationen und Lagen nicht aufgrund von Unkenntnis oder Unfähigkeit entstehen, sondern weil der Satz „Man hätte doch mal …" am Anfang steht. Wichtig ist, dass man sich auf den Weg macht und den Weg auch als Teil der Zielführung versteht. Daneben steht ein Schlüsselbegriff in Krisen und zwar das Vertrauen – in Institutionen und den politischen Raum an sich. Darüber hinaus kann man im Bereich Gesundheit sehen, wie wichtig es ist, dass wir Themen vernetzt und ressortübergreifend denken, konzipieren und dann auch so handeln.

Wohl der beste Umgang mit der Krise sind somit die Vorsorge und der frühe Start von Maßnahmen. So wäre es für eine solide Krisenfestigkeit unerlässlich, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen nicht nur zu stabilisieren, sondern weiter auszubauen.

Welche Herausforderungen musste die Enquetekommission meistern?

Die Enquetekommission stand vor allem vor der Herausforderung, sich auf dem schmalen Grat zu bewegen, alle wichtigen Aspekte und Zusammenhänge zu bedenken, ohne sich dabei in der Fülle an komplexen und interdisziplinären Themen „zu verlieren".

Die Herausforderung war also nicht der Mangel an Informationen, sondern die zielgerichtete Erhebung und anschließende Einordnung durch das Gremium. Darüber hinaus musste die Kommission sicherstellen, dass ihre Empfehlungen nicht nur theoretisch fundiert, sondern auch praktisch und vor allem auf Landesebene umsetzbar sind.

Rund 60 Schülerinnen und Schüler nahmen an der Kinderbeteiligung in Schwäbisch Gmünd und Neubulach teil.

Bürgerinnen und Bürger stimmen über Vorschläge ab, um Staat und Gesellschaft krisenfester zu machen.

Der steinerne Patient

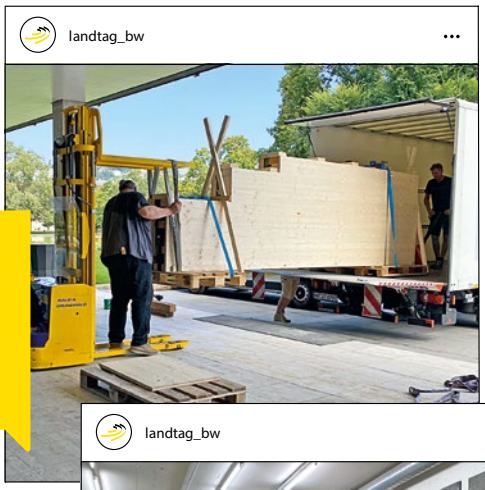
oder wie ein Meereskrokodil aus der Eingangshalle des Landtagsgebäudes ins Naturkundemuseum geschafft wurde

Fotos und Videos von süßen Tieren in den sozialen Medien ziehen mit großer Zuverlässigkeit besonders viele Aufrufe und Likes an. Ob tollpatschige Waschbären, gähnende Igel, die südamerikanischen Capybaras oder die Familienkatze im WhatsApp-Status – Tiere sind in der Social-Media-Welt ein absoluter Garant für Likes und wohlgesonnene Kommentare.

Livestreams von Plenarsitzungen und Posts mit landespolitischen Inhalten sind oftmals weniger „kuschelig" und erreichen nicht ganz so viele begeisterte Social-Media-Nutzerinnen und -Nutzer wie Grumpy Cat oder der Einzug der Koalas Auburn und Navy in der Stuttgarter Wilhelma. Was tierischen Content angeht, konnte das Landesparlament – von den störrischen Nilgänsen am Eckensee oder dem gelegentlichen Besuch eines Feldhasen einmal abgesehen – bislang eher nicht mithalten. Umso erfreuter war das /**Team LandtagBW** im vergangenen Jahr, als sich endlich die Gelegenheit bot, den Followerinnen und Followern ein originales parlamentarisches „Haustier" zu präsentieren …

Eine kurze Vorstellung: Besagtes Tier im Haus des Landtags ist 140 Millionen Jahre alt, wiegt rund eine Tonne und leidet aktuell unter Bauchschmerzen. Es versteckt sich normalerweise unter der Treppe in der Eingangshalle und ist außerdem versteinert. Na, schon erraten? Es geht natürlich um das Fossil eines Meereskrokodils, das schon seit den 1960er-Jahren an der Posidonienschieferwand am Fuße der Schreittreppe zum Plenarsaal hängt. Im August 2023 wurde das Fossil, ein Steneosaurus aus der Nähe von Holzmaden am Fuße der Schwäbischen Alb, in mühevoller Kleinstarbeit ausgebaut.

Ein Team um FRANK EGER, Restaurator für Steinobjekte, schaffte das vorsichtig verpackte Fossil mitsamt einem Stück Schieferwand in die Paläontologische Abteilung im Naturkundemuseum Stuttgart.



„Das war eine heikle Aktion, zu der auch viel Planung und Logistik gehört hat. Man baut nicht jeden Tag einen Hunderte von Millionen Jahre alten Saurier aus der Wand, insgesamt haben wir über eine Tonne Gewicht bewegt."

Momentan restauriert das Naturkundemuseum Stuttgart in Amtshilfe das etwas in die Jahre gekommene Objekt: Restauratorin CRISTINA GASCÓ MARTÍN hat uns erklärt, woran der Steneosaurus erkrankt ist:

„Das Meereskrokodil aus dem Landtag hat – wie alle Fossilien aus diesem Schwarzen-Jura-Schiefer aus Holzmaden – Pyrit in den Knochen und auch im fossilisierten Mageninhalt. Das Pyrit reagiert mit der Luftfeuchtigkeit, es gibt einen chemischen Prozess und das Fossil beginnt zu zerfallen."

Das Besondere an dem versteinerten Landtagskrokodil sei unter anderem seine Größe von etwa fünf Metern. Auch der deutlich hervorstehende Bauch des Krokos sei eine Besonderheit. Gerade dieser Bereich müsse besonders vorsichtig konserviert werden.

Zunächst müsse die ganze Montage, auf der das Fossil in der Schieferwand angebracht ist, gewechselt werden. In den 60er-Jahren wurde nämlich noch auf Holz montiert, das sich mit der Zeit verziehen kann. „Wir werden das Holz jetzt gegen Aluminium-Wabenplatten austauschen", erklärt die Restauratorin, die auch bereits den Abbau des Fossils aus dem Landtag im vergangenen Sommer begleitet hat. „Diese ganze Zone mit den Zerfallsproblemen muss zudem stabilisiert werden. Wir haben auch schon 3D-Modelle angefertigt, wollen mit 3D-Druck arbeiten und neue Technologien nutzen, damit das Fossil stabil wieder an seinen Platz im Landtag zurückkehren kann." Wann das sein wird, steht noch nicht fest.

Social Media

Das **/Team LandtagBW** ist in den sozialen Netzwerken aktiv und informiert Bürgerinnen und Bürger auf fünf Kanälen über Neues aus dem Landesparlament. Auf Facebook, Instagram, X (vormals Twitter), YouTube und Mastodon wird die Community über die Veranstaltungen und Sitzungstermine auf dem Laufenden gehalten, sieht, welche spannenden Personen im Landtag zu Gast waren, und lernt, wie das Parlament und seine Verwaltung funktionieren. Hinter dem **/Team LandtagBW** steckt das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Das sind die offiziellen Social-Media-Kanäle des Landtags von Baden-Württemberg:

LandtagBW **landtag_bw** **Landtag_BW** **BWLandtag** **bawü.social/@Landtag_BW**

„Neugier war mein Job“

Burghard Hüdig auf dem Roten Platz in Moskau. Das Foto wurde während der UdSSR-Reise des Bundesratspräsidenten Lothar Späth im März 1985 aufgenommen.

Burghard Hüdig (1933–2020) begleitete fast ein halbes Jahrhundert südwestdeutsche Landespolitik mit seiner Kamera: Landtagsdebatten, Staatsbesuche, Reisen der Ministerpräsidenten Filbinger und Späth, Begegnungen mit Staatenlenkerinnen, Wirtschaftsbossen, Schauspielerinnen, Musikern, Sportlerinnen und Gelehrten. Während seiner jahrzehntelangen Arbeit als Fotograf schuf er bedeutende zeithistorische Dokumente, zeigte Außergewöhnliches und Alltägliches im politischen wie im gesellschaftlichen Wandel.

Seine Karriere widmete Burghard Hüdig als talentierter und beharrlicher Bildjournalist der Demokratie. Dicht am politischen und kulturellen Geschehen der jungen Bundesrepublik, lichtete er nicht nur bedeutende Persönlichkeiten des demokratischen Deutschlands ab. Er stellte den Fokus ebenso scharf auf die Umwelt- und Friedensbewegungen, die Deutschland ab den 60er-Jahren prägten. Das Panorama seiner Motive reicht darüber hinaus von der englischen Königin Elisabeth II. bis hin zum namenlosen Obdachlosen, von internationalen Staatsgästen bis hin zu den sogenannten Gastarbeitern, die über die Jahrzehnte Deutschlands Wohlstand mit aufbauten.

Burghard und Karin Hüdig in der Villa Reitzenstein anlässlich der Überreichung des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland im Dezember 1986.

Der Plenarsaal des Landtags von Baden-Württemberg im November 1992.

Einweihung des neuen Landtagsgebäudes in Stuttgart mit Altbundespräsident Theodor Heuss und Bundespräsident Heinrich Lübke am 6. Juni 1961.

Vor allem im neu entstandenen Bundesland Baden-Württemberg war Hüdig als begnadeter Beobachter unterwegs. Er dokumentierte die Spuren des Zweiten Weltkriegs in Stuttgart, aber auch den Wiederaufbau und die Fortentwicklung der Landeshauptstadt. 1961 begleitete er die Grundsteinlegung und Einweihung des neuen Landtagsgebäudes. Immer wieder gab Hüdig bei Plenarsitzungen wie auch feierlichen Anlässen Einblicke in das Landesparlament oder porträtierte parteiübergreifend die Abgeordneten. Als „Hoffotograf der Villa Reitzenstein" betitelt, begleitete er zudem mehrere Ministerpräsidenten bei ihren täglichen Terminen wie auch auf internationalen Delegationsreisen.

TV-Gespräch am Wahlabend am 16. März 1980 mit Wolf-Dieter Hasenclever (Grüne) und Jürgen Morlok (FDP/DVP).

Protestaktion von Umweltschützerinnen und -schützern in Stuttgart am 30. Januar 1971.

Anlässlich des **70. Jubiläums der Landesverfassung** würdigt der Landtag von Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart den großen Beobachter der Landespolitik und des Zeitgeschehens.

Ende Januar 2024 wurde die Ausstellung „Neugier war mein Job – Landespolitik und Zeitgeschehen in Pressebildern von Burghard Hüdig" im Haus des Landtags eröffnet. Die Kuratoren Dr. Albrecht Ernst und Dr. Thomas Fritz präsentierten Hüdigs Schaffen mit einer Performance in Wort und Bild.

70 JAHRE LANDESVERFASSUNG
DEINE FREIHEIT. MEIN RESPEKT.

Landtag feiert 70. Jubiläum

der Verfassung von Baden-Württemberg

Mit einem Festakt hat der Landtag von Baden-Württemberg am Dienstag, 28. November 2023, an das Inkrafttreten der Landesverfassung vor gut 70 Jahren erinnert. Mit ihr vereinten sich die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern endgültig zum heutigen Südweststaat. „Erst mit dem gemeinsamen Wertegerüst der Landesverfassung wurden die drei Länder zu einer Wertegemeinschaft", erklärte Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

„Wir leben heute in einem vereinten Südweststaat, in einem vereinten Deutschland und in einem vereinten Europa. Davon konnten die Menschen in den Trümmern des Krieges und der Diktatur nur träumen", sagte die Landtagspräsidentin in ihrer Begrüßungsrede. Rückblickend betrachtet sei es eigentlich ein Wunder, dass es gelungen ist, aus diesen Trümmern und Träumen eine demokratische Heimat zu schaffen. Und dies nicht nur für Badener und Württemberger, sondern auch für die Heimatvertriebenen in der Nachkriegszeit, später für die sogenannten Gastarbeiterfamilien und für die Geflüchteten in neuerer Zeit. Die Menschen seien vom Land geprägt worden, doch hätten sie auch das Land geprägt und somit zu seiner Erfolgsgeschichte beigetragen. „Gerade weil es so vielfältig ist, ist Baden-Württemberg ein liebenswertes und lebenswertes Land", sagte Aras.

Der Mannheimer Zeithistoriker Prof. Philipp Gassert rief im Festvortrag dazu auf, die demokratische Tradition und Erinnerung zu stärken. In der Rückbesinnung auf demokratische Gründungsgeschichten und die langen Freiheitsstränge unserer Geschichte liege eine Macht des Faktischen, die demokratische Identität und Stabilität schaffen könne. In einem Podiumsgespräch mit der Verfassungsrechtlerin Prof. Daniela Winkler, der Landesbischöfin der Evangelischen Landeskirche in Baden Prof. Heike Springhart und dem Vorsitzenden des Landesschülerbeirats Berat Gürbüz ging es auch um die Perspektiven zukünftiger Generationen. Alle Teilnehmenden zeigten sich einig, dass die Verfassung wie schon in der Vergangenheit behutsam angepasst werden könne und müsse, um aktuelle und zukünftige politische wie gesellschaftliche Herausforderungen meistern zu können.

Junge Stimmen für Europa

Bei der Europawahl 2024 dürfen erstmals 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. „Es ist ein großes Geschenk, dass wir in allgemeiner und freier Wahl Einfluss nehmen können auf die EU-Politik. Allgemein und frei heißt: Alle ab 16 dürfen wählen, und das ganz ohne Druck oder Einfluss von außen. Und da zählt jede Stimme. Da zählt eure Stimme", betont Landtagspräsidentin Muhterem Aras anlässlich einer Europa-Jugendveranstaltung, die im April 2024 im Landtag von Baden-Württemberg stattfindet.

Amanda Trieu (Hilda-Gymnasium Pforzheim) stimmt mit ihrem Impulsvortrag zum „Green Deal, Klimaschutz und Wirtschaft in der EU" auf den Tag ein. Genauso wie **Leon Pohl** (Albertus-Magnus-Gymnasium Ettlingen) mit seinem Referat über „Europa in der Welt – die EU in einer Welt voller Krisen". Und schließlich **Jasmina Meis** (Albertus-Magnus-Gymnasium Ettlingen), die „Demokratie und Werte" thematisiert. In Arbeitsgruppen, moderiert von den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), werden die Schwerpunkte vertieft und in der abschließenden Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten und Europapolitikerinnen und -politikern engagiert erörtert.

Warum sollten sich junge Menschen für die EU interessieren?

Amanda: Jugendliche sollten sich für die EU interessieren, allein weil wir die Zukunft sind und wir mit unserer Stimme lenken können, in welche Richtung sich die EU entwickelt.

Leon: Der europäische Gedanke ist seit Generationen immer fortgetragen worden. Und für mich ist es wichtig, dass meine Generation diesen Gedanken auch weiterträgt, damit wir in Zukunft diese Werte der EU und den Grundgedanken weiterleben und ihn stärken.

Jasmina: Ich denke, dass sich junge Menschen mehr für Europa interessieren sollten. Viele denken, dass es eine Sache von den Politikern ist. Aber ich denke, dass es uns alle betrifft, weil wir ja auch die Zukunft sind von Europa.

Mit welchem Thema habt ihr euch vertieft beschäftigt?

Amanda: Mit dem Green Deal. Da wir gerade global das Problem mit dem Klimawandel und der Klimakrise haben, sieht die EU den Green Deal als dessen Lösungsansatz, in dem wir uns vornehmen, bis 2050 klimaneutral zu werden.

Leon: Mit dem Friedensprojekt EU. Mehr als jede andere Leistung, die die EU mit sich gebracht hat, ist der langwierige und sichere Frieden für mich die größte Errungenschaft.

Jasmina: Meine Rede drehte sich um das Thema „Demokratie und Werte" und die zukünftige Handlungsfähigkeit der EU im Hinblick darauf. Und in dem Zusammenhang habe ich den Begriff „Rechtsstaatsmechanismus" erläutert. Inwieweit er greift und welche Dinge er hervorbringt.

Warum „brennt" ihr für Europa?

Amanda: Ich brenne für Europa aufgrund der Krisen, die wir derzeit haben. Ich denke, es ist nicht möglich, diese Krisen im nationalstaatlichen Alleingang zu bewältigen, sondern nur in der Gemeinschaft.

Leon: Für mich ist Europa einfach der beste Kontinent auf der Welt. Es sind so viele Nationen, so viele Kulturen, viele Sprachen auf engstem Raum und trotzdem leben wir dank der EU alle in Frieden zusammen und können uns gegenseitig die Kulturen zeigen. Und der internationale Austausch, gerade auch im Rahmen des ERASMUS-Projekts, ist für mich einfach fantastisch.

Jasmina: Ich brenne für Europa, weil ich davon überzeugt bin, dass die EU für Jugendliche viele Vorteile bietet, etwa dass wir in jedem beliebigen EU-Land arbeiten, leben oder studieren können. Und für mich gehört auch das ERASMUS-Projekt stark dazu, weil es mir einfach dabei hilft, in den Austausch zu kommen.

Veranstaltungen und Begegnungen

Eine Auswahl – mehr auf www.landtag-bw.de

29.06.2024

Einladung zum Bürgerfest unter dem Motto „75 Jahre Grundgesetz: Deine Freiheit. Mein Respekt."

Am Samstag, 29. Juni 2024, von 11 bis 17 Uhr, lädt der Landtag wieder herzlich zum Bürgerfest nach Stuttgart ein. Austausch, Begegnung und Diskussion sind elementar für unsere Demokratie und stehen im Mittelpunkt des Bürgerfests. Sie erhalten Einblicke in das Haus des Landtags sowie in die Aufgaben und Strukturen des Parlaments und in die Arbeit der Fraktionen. Wie sieht der Alltag der Abgeordneten aus? Sie wollten schon immer einmal wissen, wie es sich eigentlich auf den Stühlen im Plenarsaal sitzt? Beim Bürgerfest können Sie es erleben. Passend zum Verfassungsgeburtstag besteht die Möglichkeit, sich in einem Instagram-Rahmen fotografieren zu lassen und so für Demokratie und Grundrechte zu werben.

25.04.2024

Rund 100 Schülerinnen kommen zum **Girls'Day** ins Parlament, um sich über Berufe in der Politik zu informieren. Landtagspräsidentin Muhterem Aras begrüßt die Besucherinnen im Plenarsaal. „Ich freue mich sehr, dass so viele junge Frauen heute in den Landtag gekommen sind", sagt die Präsidentin. Sie rät den Schülerinnen, neugierig zu sein, sich alle Berufsbereiche anzuschauen und sich nicht einreden zu lassen, etwas nicht zu können. „Ihr seid mindestens genauso gut, genauso fit wie die Jungs", betont Aras und beantwortet viele Fragen über ihre Arbeit und ihren Weg in die Politik. Nach dem Austausch gehen die Schülerinnen zu den Landtagsfraktionen, die jeweils ein individuelles Programm anbieten.

24.04.2024

Die **Förderpreisverleihung des 66. Schülerwettbewerbs** findet im Plenarsaal im Landtag von Baden-Württemberg statt. Glückwünsche an Antonia Kazi, Johanna Heintze, Amelie Schmädeke, Svenja Winkler, Emma Lyanne Pastink und Jil Bopp, die aufgrund ihrer hervorragenden Beiträge den Förderpreis des diesjährigen Schülerwettbewerbs erhalten haben. Fast 2.600 Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg haben sich mit ihren Beiträgen an der aktuellen Auflage des Schülerwettbewerbs beteiligt. Zu den eingereichten Beiträgen zählen unter anderem tolle Plakate, aufschlussreiche Erörterungen, hörenswerte Songs und sogar bereichernde Poetry-Slam-Beiträge.

19.04.2024

So sehen (Landes-)Siegerinnen und Sieger aus! Am Freitagnachmittag findet das große **Landesfinale des Schülerwettbewerbs „Jugend debattiert"** im Plenarsaal statt. Acht Schülerinnen und Schüler aus zwei Altersgruppen kämpfen in inhaltlich spannenden und sprachlich ausgefeilten Debatten um den Einzug ins Bundesfinale. Für die Sekundarstufe I zieht Katharina Heinen als Landessiegerin in die Bundesqualifikation ein. Für die Sekundarstufe II hat Amélie Heimpold die Jury am meisten überzeugt. Die Zweitplatzierten Julian Gringmuth (Sekundarstufe I) und Elena Meyder (Sekundarstufe II) dürfen sich ebenfalls mit den Besten aus ganz Deutschland messen.

17.04.2024

Zur 92. Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg stellt das **baden-württembergische Handwerk** sich und seine Tätigkeiten vor. Am Rande des Plenums besucht Landtagspräsidentin Muhterem Aras den Infostand und tauscht sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus. Ausgezeichnete Meisterstücke verschiedener Branchen, wie des Schuh- und Hutmacherhandwerks, des Steinmetzhandwerks, der Orthopädietechnik und des Goldschmiedehandwerks, stehen zur Ansicht.

19.03.2024

Die **9. Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der EU-Strategie für den Donauraum** findet in Wien statt. Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart vertritt den Landtag von Baden-Württemberg bei dem Treffen. Ziel der Konferenz ist es, die Zusammenarbeit der Staaten im Donauraum zu stärken, nachhaltige Entwicklung zu schaffen und Projekte voranzubringen. Das Gebiet der EU-Donauraumstrategie erstreckt sich vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer und ist Heimat von 115 Millionen Menschen.

07.03.2024

Netzwerken, Austauschen, Zukunft planen – im Haus des Landtags wird das vom Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V. initiierte **Mädchennetzwerk Baden-Württemberg** gegründet. Es zielt darauf ab, junge Frauen für ein Engagement in der Politik zu ermutigen sowie auf die Kandidatur für politische Ämter vorzubereiten. Landtagspräsidentin Muhterem Aras eröffnet die Gründungsveranstaltung: „Wenn Frauen sich vernetzen, wenn Frauen gemeinsam arbeiten, dann sind wir unschlagbar", betont Aras.

28.02.2024

Vlad Vasiliu, der Generalkonsul von Rumänien in Stuttgart, kommt zu seinem Antrittsbesuch in den Landtag. Aus diesem Anlass wird er von Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart zu einem Gespräch in seinem Dienstzimmer empfangen. Nach mehreren beruflichen Stationen auf Regierungsebene und im diplomatischen Dienst seines Landes amtiert er seit 22. November 2023 als Generalkonsul Rumäniens in Stuttgart; sein Amtsbezirk umfasst Baden-Württemberg.

26.01.2024

Die **Gedenkstunde des Landtags von Baden-Württemberg zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus** findet im Konzerthaus in Karlsruhe statt. Vor rund 450 Gästen, darunter Abgeordnete der Fraktionen, Vertreterinnen und Vertreter von Regierung und Opfergruppen sowie Repräsentanten der Region und zahlreiche Schülerinnen und Schüler, betont Aras mit Blick auf aktuelle Ausschläge von Demokratiefeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland: „Wir begreifen die Erinnerung auch als Mahnung für unsere heutige Zeit."

24.01.2024

Welchen Wert hat Kultur? Das journalistische Projekt **CONMEDIA** von und mit Studierenden der Hochschule der Medien Stuttgart bringt ein spannendes Programm auf die Bühne im Landtag von Baden-Württemberg. Das diesjährige Thema „Kulturduell – Wenn Vielfalt auf Grenzen trifft" wird mit Live-Performances, Diskussionen und Interviews, Kurzfilmen und Impulsen aus dem Publikum kreativ und von verschiedensten Perspektiven aus beleuchtet.

24.01.2024

Die **Gewinnerin und die Gewinner des Landtagsquiz** Selina, Luca und Julius sind im Landtag von Baden-Württemberg zu Besuch. Neben einer kurzen Führung durch das Landtagsgebäude stehen ein Besuch der Plenarsitzung auf der Besuchertribüne und ein persönliches Treffen mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras auf dem Programm.

19.12.2023

Pfadfinderinnen und Pfadfinder bringen das **Friedenslicht aus Bethlehem** in den Landtag von Baden-Württemberg. „Kriege und Konflikte unserer Gegenwart erinnern uns daran, wie wertvoll Frieden ist, wie zerbrechlich Frieden ist", sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras bei der Übergabe des Friedenslichts unter dem Weihnachtsbaum aus dem Nordschwarzwald und bedankt sich bei den jungen Pfadfinderinnen und Pfadfindern. Bereits zum 23. Mal stiften die drei Gemeinden Bad Wildbad, Enzklösterle und Höfen an der Enz einen Tannenbaum für den Landtag.

07.12.2023

Die Israelitischen Religionsgemeinschaften von Württemberg und Baden feiern gemeinsam mit Abgeordneten, Vertreterinnen und Vertretern der beiden großen christlichen Kirchen und der muslimischen Gemeinde sowie weiteren Gästen in der Lobby des Landtags von Baden-Württemberg den Beginn von **Chanukka.** Das Licht am achtarmigen Chanukka-Leuchter entzünden der Stuttgarter Rabbiner Yehuda Pushkin und die Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

24.11.2023

Der jährliche Austausch der Parlamentspräsidien auf der **Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK)** findet heuer in München statt. Die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Mitgliedsländer und -kantone der IPBK, darunter der Vizepräsident des Landtags von Baden-Württemberg Daniel Born, treffen sich am Sitz des Bayerischen Landtags. Der zweite Vizepräsident des Bayerischen Landtags Alexander Hold leitet als neuer Vorsitzender der IPBK die Zusammenkunft.

22. + 23.11.2023

Der diesjährige Know-how-Transfer der **Wirtschaftsjunioren Baden-Württemberg** findet im Landtag statt. 30 Wirtschaftsjunioren begleiten Abgeordnete des Landtags über mehrere Tage bei deren Arbeit. Neben einem Besuch der Plenarsitzung und des Europaausschusses steht auch ein Austausch mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras auf dem Programm. Der Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren Baden-Württemberg mit dem Landtag wird seit 1999 einmal jährlich durchgeführt und soll Wirtschaft und Politik miteinander ins Gespräch bringen. Die Wirtschaftsjunioren Baden-Württemberg sind mit rund 2.500 Mitgliedern der größte Verband junger Unternehmerinnen, Unternehmer und Führungskräfte.

13.11.2023

Der **Botschafter der Republik Tadschikistan Imomudin Sattorov** besucht den Landtag von Baden-Württemberg. Der stellvertretende Landtagspräsident Dr. Wolfgang Reinhart empfängt den Diplomaten in seinem Dienstzimmer. Der Botschafter ist seit Januar 2022 im Amt. Zuvor war er als Botschafter der Republik Tadschikistan in der Republik Armenien tätig.

09.11.2023

Zur Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg stellt die **Stiftung Forum Recht** sich und ihre Tätigkeiten vor. Im Foyer gibt es die Möglichkeit, zu den Angeboten und verschiedenen rechtspolitischen Schwerpunktthemen der Stiftung ins Gespräch zu kommen. Die Stiftung Forum Recht wurde 2019 als bundesunmittelbare Stiftung gegründet. Sie gestaltet vielfältige Möglichkeiten zum Austausch, sowohl in Karlsruhe als auch in Leipzig, aber auch mobil in ganz Deutschland und vor allem auch digital.

07.11.2023

Mehr als 300 Gäste besuchen die Veranstaltung **„Junges jüdisches Leben im Land“** im Landtag von Baden-Württemberg. Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat die Veranstaltungsplanung verändert. „Es ist wichtig, dass der Abend stattfindet“, so Landtagspräsidentin Muhterem Aras. „85 Jahre nach der Reichspogromnacht erleben wir in Deutschland einen Antisemitismus, den ich nicht für möglich gehalten hätte“, sagt sie. „Wir alle – als Politik, als Zivilgesellschaft und als Rechtsstaat – sind gefordert, hier eindeutig Position gegen antisemitische Hetze und Bedrohung zu beziehen und Haltung zu zeigen. Nie wieder – das haben wir uns geschworen – sollen Jüdinnen und Juden Angst haben müssen, in Deutschland zu leben.“ Die israelische Generalkonsulin Talya Lador-Fresher erinnert in ihrer emotionalen Rede an die Grausamkeiten des Terrorangriffs. „Ganze Familien wurden in ihren eigenen Häusern abgeschlachtet. Kinder wurden vor den Augen ihrer Eltern erschossen. Und Eltern vor den Augen ihrer Kinder.“ Auch einen Monat nach dem barbarischen Massaker der Hamas sei sie immer noch schockiert,

so die Konsulin. „Der brutale Angriff hat ganz Israel in einen Schockzustand versetzt. Das ganze Land ist traumatisiert.“ Im Anschluss wird der Film „Masel Tov Cocktail“ des Regisseurs Arkadij Khaet gezeigt. Danach diskutieren bei einem Podiumsgespräch: Regisseur Arkadij Khaet, Hanna Veiler, Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), Sarah Gerdiken, Stipendiatin des Landtagsstipendienprogramms mit Israel, und Sami Wedde, Vertreter des Projekts Meet a Jew.

11. + 12.10.2023

200 Jugendliche nehmen am **8. Jugendlandtag 2023** teil. Der Landesjugendring, der Landtag und der Ring politischer Jugend motivieren unter dem Motto „Was uns bewegt“ Jugendliche, an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken. „Ihr könnt Politikerinnen und Politiker direkt zu den Dingen befragen, die euch wichtig sind“, so die Präsidentin. Nach Einführung und Kennenlernen startet im Foyer des Landtags ein Themen-Worldcafé. Nach der Mittagspause geht es in die Workshop-Phase. Der Höhepunkt des zweiten Tages des Jugendlandtags ist die Übergabe eines Hausaufgabenheftes, das Landtagspräsidentin Muhterem Aras gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz, Andreas Stoch und Anton Baron sowie den

jugendpolitischen Sprechern Manuel Hailfinger und Dennis Birnstock entgegennimmt. „Ihr zeigt, wie konkret und vielfältig ihr seid“, zeigt sich Aras begeistert über die rund 30 Forderungen, die im Hausaufgabenheft niedergeschrieben wurden.

13.10.2023

Die **Botschafterin der Republik Chile Magdalena Atria Barros** besucht den Landtag von Baden-Württemberg. Empfangen wird sie zu einem Gedankenaustausch von Landtagsvizepräsident Daniel Born in seinem Amtszimmer. Die Botschafterin ist seit Juli 2022 im Amt und von Beruf Rechtsanwältin; sie studierte an der Juristischen Fakultät der Universidad de Chile. Vor ihrer Botschaftertätigkeit leitete sie die Rechtsabteilung der nationalen Foreign Investment Promotion Agency („InvestChile“).

11.10.2023

Der Landtag von Baden-Württemberg hat in einer **Schweigeminute der Opfer der jüngsten Terroranschläge auf den Staat Israel und seine Menschen** gedacht. In ihrer Ansprache zum Auftakt der Plenarsitzung, zu der auch Generalkonsulin Talya Lador-Fresher sowie Vertreterinnen und Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaften eingeladen waren, erklärte Landtagspräsidentin Muhterem Aras: „Als Zeichen der Trauer und der Solidarität ist der Landtag in dieser Woche mit der Fahne des Staates Israels beflaggt.“

09.10.2023

1939 musste **Charlotte Isler,** damals noch Charlotte Nussbaum, mit ihrer Familie aus Deutschland in die USA fliehen. Dieser Tage ist die bald 99-Jährige zu Besuch in der Stadt ihrer Kindheit und trifft Landtagspräsidentin Muhterem Aras im Landtag. Charlotte Isler ist in der Stadt, um ihre Autobiografie „Stuttgart: Flucht und Wiederkehr" vorzustellen.

06.10.2023

Mehrere **Mitglieder der Crews Delta und Foxtrott der Fregatte F125 Baden-Württemberg** besuchen den Landtag von Baden-Württemberg. Landtagspräsidentin Muhterem Aras begrüßt die Soldatinnen und Soldaten und ihren Kommandanten Tilmann von der Lühe im Plenarsaal. An dem Treffen nehmen auch der Vorstand des Freundeskreises Fregatte BW e.V. sowie die Landtagsabgeordneten Andrea Schwarz, Cindy Holmberg, Christian Gehring und der Bundestagsabgeordnete Markus Grübel teil.

29.09.2023

Der **Botschafter von Irland in Berlin, Dr. Nicholas O'Brien,** besucht den Landtag von Baden-Württemberg. Er wird von Landtagsvizepräsident Daniel Born zu einem Gespräch in seinem Dienstzimmer empfangen. Der Botschafter wird vom irischen Honorargeneralkonsul in Stuttgart Dr. Wolfgang Häfele begleitet. Dr. Nicholas O'Brien trat im August 2019 sein Amt als irischer Botschafter in Berlin an. Zuvor war er sowohl in verschiedenen Ministerien als auch im diplomatischen Dienst seines Heimatlandes tätig.

21.09.2023

Die Literaturwissenschaftlerin **Anat Feinberg** und der Journalist **Anton Maegerle** sind mit der **Joseph-Ben-Issachar-Süßkind-Oppenheimer-Medaille** geehrt worden. Landtagspräsidentin Muhterem Aras bedankt sich bei beiden für ihr gesellschaftliches Engagement: „Ich danke Ihnen beiden von Herzen für Ihren großen und unermüdlichen Einsatz für unsere Demokratie und die unantastbare Würde des Menschen." Die Auszeichnung wird alle zwei Jahre von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW) und dem Landtag von Baden-Württemberg verliehen.

12. + 13.07.2023

Landtagspräsidentin Muhterem Aras beginnt ihre diesjährige **Gedenkstättenreise** in Mössingen mit einem **Besuch der Ausstellung „Vor 90 Jahren – Generalstreik in Mössingen"** in der Kulturscheune. Die Reise führt zu Gedenkorten in den Landkreisen Tübingen, Böblingen und Freudenstadt und steht im Zeichen der Erinnerung an die Opfer der NS-Diktatur und an den Widerstand gegen den Terror. „Unsere Demokratie hat nur eine Zukunft, wenn das Erinnern eine Zukunft hat", sagt Aras mit Blick auf die oft ehrenamtliche Gedenkstättenarbeit. Bei ihren Gedenkstättenreisen in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung sucht die Landtagspräsidentin den Austausch mit Ehrenamtlichen, die sich an unterschiedlichen Gedenkorten in Baden-Württemberg für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen einsetzen. Am Abend diskutieren junge Ehrenamtliche mit dem Tübinger Kreisarchivar Hon. Prof. Wolfgang Sannwald, Dr. Ines Mayer von der KZ-Gedenkstätte Bisingen und der Mössinger Museumsleiterin Dr. Franziska Blum darüber, wie das Erinnern an die NS-Zeit zukünftig gestaltet werden kann.

Der Donnerstag, 13. Juli, beginnt in **der Forschungs- und Archivstelle Artur und Felix Löwenstein** in Mössingen. Weiter geht es in **der ehemaligen Synagoge und auf dem jüdischen Friedhof** in Rexingen. **Die KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen,** nächste Station auf der Gedenkstättenreise, erinnert an die 601 jüdischen Häftlinge, die 1944/45 im KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen Zwangsarbeit leisten mussten, um den damaligen Nachtjägerflugplatz auszubauen und instand zu halten. Aras besucht **das Dokumentationszentrum in Gäufelden-Tailfingen** sowie **das Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen** in Rottenburg am Neckar-Hailfingen.

20.06.2023

Die Präsidentinnen und Präsidenten der 30 deutschsprachigen Landtage aus Deutschland, Österreich, Südtirol und der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien haben eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Demokratie verabschiedet. Mit der **„Westfälischen Erklärung"** vereinbaren die Spitzen der Parlamente, mit Angeboten der politischen Bildung und mit Kommunikation die Demokratie zu stärken. Die Konferenz fand in Ostwestfalen-Lippe in Nordrhein-Westfalen statt. Für den Landtag von Baden-Württemberg nahm Direktorin Christine Werner (6. von links) teil.

Nachruf
Erich Schneider

Baden-Württemberg verliert Parlamentarier mit Leib und Seele

Mit großer Trauer hat Landtagspräsidentin Muhterem Aras am 8. Februar 2024 die Nachricht vom Tod des langjährigen Abgeordneten und ehemaligen Landtagspräsidenten Erich Schneider aufgenommen. „Baden-Württemberg verliert einen profilierten Politiker, einen Parlamentarier mit Leib und Seele und überzeugten Demokraten, der sich immer für das Wohl der Menschen im Land eingesetzt hat", sagte Aras. Insbesondere als Parlamentspräsident habe sich Schneider über Parteigrenzen hinweg Respekt und Anerkennung erworben. Aras würdigte Erich Schneiders politisches Leben als Parlamentarier und Europäer, der immer die Interessen der Menschen im Blick gehabt habe: „Erich Schneider hat sich mit Leidenschaft und Ehrgeiz für ein selbstbewusstes Landesparlament eingesetzt, das nicht nur in Deutschland, sondern auch im Europa der Regionen eine starke und wahrnehmbare Stimme der Bürgerinnen und Bürger ist; inhaltliche Schwerpunkte seiner Arbeit waren der Umweltschutz und der Ausbau der internationalen Beziehungen. So hat Erich Schneider beispielsweise das deutsch-israelische Stipendienprogramm des Landtags mit ins Leben gerufen und insbesondere die Beziehungen des Landes zu Burundi mit auf- und ausgebaut." Fast ein Vierteljahrhundert, von 1968 bis 1992, hat Erich Schneider als Abgeordneter für den Wahlkreis Backnang die Landespolitik mitgeprägt. Am 2. August 2023 hatte Schneider im Beisein von Präsidentin Aras noch seinen 90. Geburtstag mit einem Festakt in Burgstetten-Burgstall gefeiert.

Sitzungsplan

Juli – Dezember 2024

Scannen Sie den QR-Code, um den Sitzungsplan 2025 aufzurufen.

Im August finden keine Sitzungen statt.

- **Ständiger Ausschuss**
- **Innenausschuss**
- **Finanzausschuss**
- **Bildungsausschuss**
- **Wissenschaftsausschuss**
- **Umwelt- und Energieausschuss**
- **Wirtschaftsausschuss**
- **Sozial- und Integrationsausschuss**
- **Verkehrsausschuss**
- **Landwirtschaftsausschuss**
- **Landesentwicklungs- und Wohnungsausschuss**
- **Europaausschuss**
- **Petitionsausschuss**
- **Präsidium**
- **Plenum**
- **Fraktionen**
- **Reserviert für Sitzungen der Ausschüsse, Sondergremien und Fraktionen**
- **Informationswoche**

JULI 2024	SEPTEMBER 2024	OKTOBER 2024	NOVEMBER 2024	DEZEMBER 2024
1 Mo	1 So	1 Di	1 Fr	1 So
2 Di	2 Mo	2 Mi	2 Sa	2 Mo ⓘ
3 Mi	3 Di	3 Do	3 So	3 Di
4 Do	4 Mi	4 Fr	4 Mo	4 Mi
5 Fr	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Do
6 Sa	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Fr
7 So	7 Sa	7 Mo	7 Do	7 Sa
8 Mo	8 So	8 Di	8 Fr	8 So
9 Di	9 Mo	9 Mi	9 Sa	9 Mo
10 Mi	10 Di	10 Do	10 So	10 Di
11 Do	11 Mi	11 Fr	11 Mo	11 Mi
12 Fr	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do
13 Sa	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Fr
14 So	14 Sa	14 Mo	14 Do	14 Sa
15 Mo	15 So	15 Di	15 Fr	15 So
16 Di	16 Mo	16 Mi	16 Sa	16 Mo
17 Mi	17 Di	17 Do	17 So	17 Di
18 Do	18 Mi	18 Fr	18 Mo	18 Mi
19 Fr	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do
20 Sa	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Fr
21 So	21 Sa	21 Mo	21 Do	21 Sa
22 Mo	22 So	22 Di	22 Fr	22 So
23 Di	23 Mo	23 Mi	23 Sa	23 Mo
24 Mi	24 Di	24 Do	24 So	24 Di
25 Do	25 Mi	25 Fr	25 Mo	25 Mi
26 Fr	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do
27 Sa	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr
28 So	28 Sa	28 Mo	28 Do	28 Sa
29 Mo	29 So	29 Di	29 Fr	29 So
30 Di	30 Mo ⓘ	30 Mi	30 Sa	30
31 Mi		31 Do		31

Impressum

Der LANDTAGSSPIEGEL wird herausgegeben von der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg.

Redaktion
Willi Reiners (verantw.)
Bettina Schreitmüller
Marco Piljic
Constanze Loser
Michelle Binder

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Entsprechendes gilt für die Beiträge der Fraktionen.

Layout & Design
unger+ kreative strategen GmbH, Stuttgart
www.ungerplus.de

Herstellung
Bonifatius GmbH, Paderborn
www.bonifatius.de

Gedruckt auf chlor- u. säurefrei gebleichtem Papier

Fotos
© Bayerischer Landtag [S. 61 (o. re.)]
© Burghard Hüdig [S. 54, 55]
© Fraktion AfD [S. 14, 15]
© Fraktion FDP/DVP [S. 12, 13 (o.)]
© Fraktion Grüne [S. 06, 07 (o.)]
© Fraktion SPD [S. 10, 11]
© iStock [S. 13 (u.)]
© Jan Potente [S. 64 (u.)]
© Landtag NRW/Besim Mazhiqi [S. 64 (Mi.)]
© Lena Lux [S. 07 (u.), 31 (Porträt Sarah Hagmann)]
© LTBW/Leif Piechowski [Titel, Inhalt (o. li., o. re., Mi. re.), S. 01, 02 (u.), 03 (Mi.), 16, 17 (o.), 18, 19 (o. li, o. re., Mi.), 20 (o.), 21, 22, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51 (o., u. re.), 56, 57, 58 (Mi. re., u. li.), 59 (o. li., Mi. li.), 60 (o. re, Mi. li., u. li.), 61 (o. li., u. li.), 62 (o. re., Mi. re., Mi. li.), 63 (o. li., u. re.)]
© LTBW/Max Kovalenko [S. 64 (o.)]
© LTBW/Julian Rettig [S. 58 (Mi. li.)]
© LTBW [Inhalt (Mi. li.), S. 02 (o.), 03 (o.), 04 (u.), 05 (o.), 17 (Mi.), 19 (Mi. re.), 20 (Kasten li.), 23 (o.), 52, 53, 59 (u. re.), 60 (Mi. re.), 61 (Mi. re., u. re.), 62 (u. re.), 63 (Mi. re., Mi. li.)]
© Marcel Ditrich [S. 08, 09]
© Mercedes-Benz Group AG [S. 19 (u.)]
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner und Thomas Topf [S. 59 (Mi. re.)]
© picture alliance/dpa I Maya Hitij [S. 03 (u.)]
© picture alliance/ZB I Sascha Steinach [S. 05 (u.)]
© Staatsministerium Baden-Württemberg/ Franziska Kraufmann [S. 40]
© Thomas Rebel [S. 51 (u. li.)]
© TRUMPF [S. 17 (u.)]

Der LANDTAGSSPIEGEL kann kostenlos angefordert werden bei der

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
E-Mail: landtagspressestelle@landtag-bw.de

Texte im Internet
Im Internet steht der LANDTAGSSPIEGEL als barrierefreies PDF-Dokument zur Verfügung:
www.ltbw.de/Informationsmaterial

Redaktionsschluss
08. Mai 2024 (Mantel)

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

© 2024 Landtag von Baden-Württemberg

Weitere Informationen

→ Volkshandbuch
Das Volkshandbuch zur 17. Wahlperiode mit Fotos und Kurzbiografien der Abgeordneten, einem Auszug aus der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtags

→ Willkommen im Landtag
Kurz gefasster Überblick über Aufgaben und Organisation des zentralen Verfassungsorgans Baden-Württembergs

→ Grundgesetz/Landesverfassung
Taschenbuch

→ Reise in den Landtag
Kinderbroschüre
Max und Bea sollen einen Aufsatz zum Thema Politik/Landtag in Baden-Württemberg schreiben. Gemeinsam mit einem Außerirdischen und dessen Raumschiff unternehmen die Kinder eine nächtliche Reise in den Landtag.

→ Das Petitionsrecht
Faltprospekt

→ Weg der Erinnerung
Flyer mit Informationen über fünf Stuttgarter Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

Diese Publikationen können *kostenlos* angefordert werden beim

Landtag von Baden-Württemberg
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
E-Mail: post@landtag-bw.de

Bestellmöglichkeit im Internet:
www.ltbw.de/Informationsmaterial

→ Internet
Homepage des Landtags (einschließlich Live-Übertragung von Plenardebatten und Mediathek):
www.landtag-bw.de

→ Aktuelle Sitzungstermine

→ Anmeldung zu Besuchen
Landtag von Baden-Württemberg
Besucherdienst
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-2009, Telefax: 0711 2063-142402
E-Mail: bsd@landtag-bw.de

→ Landtagsfilm
Der Film erklärt in vier Kapiteln Aufgaben und Organisation des Landtags und vermittelt einen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten.

LandtagBW **landtag_bw** **Landtag_BW** **BWLandtag** **bawü.social/@Landtag_BW**

unger+